

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Avner Yaniv

Schwierige Alternativen  
im arabisch-israelischen Konflikt  
Zwischen einer zweiten Teilung  
und einem dritten Palästina-Staat

Rolf Tophofen

PLO — Zwischen Terror und  
Diplomatie

Alexander Schölch

Zum Selbstverständnis und  
zu den politischen Bestrebungen  
der Palästina-Araber seit 1967

ISSN 0479-611X

B 50/79

15. Dezember 1979

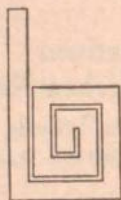
Avner Yaniv, Dr. phil., geb. 1942 in Jerusalem, Senior Lecturer am Department of Political Science an der Haifa-Universität, Israel; B.A. 1967 an der Hebräischen Universität von Jerusalem; Dr. phil. an der Oxford University 1973. 1978/79 war er Visiting Fellow am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.

Rolf Tophoven, geb. 1937; Studium der Geschichte und Germanistik; derzeit Lehrtätigkeit an einem Gymnasium in den Fächern Geschichte, Politik und Deutsch.

Veröffentlichungen u.a.: Fedayin — Guerilla ohne Grenzen, Bd.97 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1973 (Verlagsausgabe: München 1975<sup>2</sup>); (Hrsg.) Politik durch Gewalt. Guerilla und Terrorismus heute, Bonn 1976; Die Palästinenser und das Netz des internationalen Terrorismus, in: M. Funke (Hrsg.), Terrorismus. Untersuchungen zur Strategie und Struktur revolutionärer Gewaltpolitik, Bd.123 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1977; GSG9 — Kommando gegen Terrorismus, Bonn 1978<sup>2</sup>; (zusammen mit H. Becker) Terrorismus und Guerilla, Düsseldorf 1979. Darüber hinaus zahlreiche Veröffentlichungen in Tages- und Wochenzeitungen sowie in Fachzeitschriften.

Alexander Schölch, Dr. phil., geb. 1943; Studium der Politikwissenschaft, der Geschichte, des Völkerrechts und orientalischer Sprachen; Akademischer Rat an der Universität Essen — Gesamthochschule (Geschichte der Region Nordafrika/Vorderasien).

Veröffentlichungen zur Geschichte und zu Gegenwartsproblemen nahöstlicher Länder.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46171, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

## Schwierige Alternativen im arabisch-israelischen Konflikt

### Zwischen einer zweiten Teilung und einem dritten Palästina-Staat

#### Einführung

Es geschehen seltsame Dinge. Bruno Kreisky, Österreichs jüdischer Bundeskanzler, dessen Bruder israelischer Staatsbürger ist, inszenierte ein weltweit beachtetes Treffen zusammen mit dem früheren Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland — der eine so einwandfreie Vergangenheit als Nazigegner hat, daß er sich noch heute manchmal dem Vorwurf des Vaterlandsverrats ausgesetzt sieht — und einem wild aussehenden Palästinenser-Führer, Verwandter des früheren Großmufti von Jerusalem, der bekanntlich ein Protegé der Nazis war, während er selber für zahlreiche Terroraktionen gegen Österreicher und Westdeutsche verantwortlich ist. Knapp zwei Monate später findet ein geheimes Treffen zwischen dem UNO-Botschafter der USA — ehemals eine prominente Persönlichkeit der Bürgerrechtsbewegung, an der zahlreiche Juden beteiligt waren — und dem Vertreter einer Organisation statt, zu deren Glaubensbekenntnis es gehört, den Juden jedes Anrecht auf das Land abzuspochen, wohin sie während ihrer zweitausendjährigen Leidensgeschichte ihre Gebete richteten, und die es sich zur Aufgabe gesetzt hat, sie mit Gewalt aus diesem Land zu vertreiben. Als der UNO-Botschafter von seinem Präsidenten zum Rücktritt aufgefordert wird, gibt er offen zu, seine Befugnisse überschritten zu haben, tritt zurück und initiiert eine Auseinandersetzung, die selbst eine so nüchterne Zeitung wie die New York Times als „giftigen Rassen- und Religionsstreit“ zwischen Schwarzen und Juden bezeichnet<sup>1)</sup>.

Man muß nicht unbedingt ein guter Kenner der verzwickten politischen Problematik des arabisch-israelischen Konflikts sein, um den roten Faden auszumachen, der sich durch diese Ereignisse zieht. Sie sind in einer etwas dramatischen Art und Weise der Beweis dafür, daß der Westen in wachsendem Maße davon

überzeugt ist, daß der arabisch-israelische Konflikt mit all seinen Konsequenzen für den Weltfrieden und selbstverständlich auch für die Energieversorgung des Westens nur gelöst werden kann, wenn die Forderung der Palästinenser auf Selbstbestimmung akzeptiert und die PLO diplomatisch — und damit auch international — anerkannt wird. Kurz gesagt: der Westen scheint also — wie zuvor schon die Dritte Welt und die Staaten des Warschauer Pakts — für die Schaffung eines dritten Staates im historischen Gebiet Palästinas zu plädieren, der von der Palästinensischen Befreiungsfront regiert werden soll.

Dieser Trend hat in Israel Bestürzung hervorgerufen. Solange die PLO nur von der Sowjetunion, China und den radikaleren der blockfreien Staaten unterstützt wurde, konnten die Israelis das Thema als für ihre praktische Politik ziemlich irrelevant beiseiteschieben (für die Sicherheitspolitik traf das allerdings nicht im gleichen Maße zu). Als jedoch bei den Nordatlantikpakt-Staaten eine gewisse Abbröckelung des Widerstandes gegen die PLO spürbar wurde, wurden viele Israelis von der Vision eines bevorstehenden zweiten Holocaust heimgesucht. In Israel wurden jene Stimmen immer lauter, die eine Parallele zogen zwischen dem 1938 von England und Frankreich auf die Tschechoslowakei ausgeübten Druck zur Abtretung des Sudetenlandes an Nazi-Deutschland und ihrem (zusammen mit anderen Mitgliedstaaten der EG und indirekt auch den USA) gegenwärtig forcierten Druck auf Israel, die Gründung eines Palästinenserstaates auf der Westbank zuzulassen. Die Tatsache, daß die westlichen Nationen hartnäckig leugnen, der Hauptgrund für ihren Sinneswandel sei das Erdöl, und statt dessen fadenscheinige moralische Motive vorschreiben, macht sie in den Augen der Israelis nur noch verdächtiger.

Abgesehen von diesen Befürchtungen sind die meisten Israelis der Ansicht, daß die Vorstellungen über einen dritten Staat kurzfristig

<sup>1)</sup> New York Times, 28. August 1979.

Aus dem Englischen übersetzt von Ingemarie Grabendorff, Icking. Titel der englischen Fassung: „Weighing the Alternatives: Between a second Partition and a Third Palestine State“.

und wenig erfolgversprechend seien und die einzig mögliche Alternative nur in einer zweiten Teilung Palästinas liege; — dabei denken sie nicht an das 1947 amputierte Gebilde, sondern vielmehr an die zur Zeit der Balfour-Deklaration bestehenden Grenzen (d. h. Israel, Gazastreifen, Westbank und Jordanien). Wo in diesem Falle die Demarkationslinien zu ziehen wären, darüber werden hitzige Debatten ausgetragen. Eine kleine, aber lautstarke und engagierte Gruppe von Israelis macht sich für eine Teilung stark, die den Status quo nach 1967 erhalten und das Westufer sowie den Gazastreifen unter israelischer Souveränität belassen will. Die Mehrheit der politischen und intellektuellen Elite Israels verwirft diese Vorstellung jedoch als undurchführbar und befürwortet statt dessen eine Unterscheidung in strategische und politische Grenzen. Aus ihrer Sicht sollte der Jordan für alle Zeit Israels *strategische* Grenze bleiben. Die politische Grenze dagegen sollte irgendwo westlich davon verlaufen und sich eventuell sogar mit den Waffenstillstandslinien von 1949—1967 decken. Anders ausgedrückt würde die Mehrheit der israelischen Öffentlichkeit eher auf einer *Oberhoheit* (suzereignty) Israels über das Westufer und den Gazastreifen bestehen als auf der israelischen *Souveränität* (sovereignty) über diese Gebiete<sup>2</sup>).

## Alternative: Dritter Staat

Die Gründe für einen dritten Staat auf dem Gebiet Israels und Jordaniens können auf vielfältige Weise dargelegt werden; im wesentlichen beruhen sie jedoch auf folgenden acht „Bausteinen“:

*Erstens:* Ein dauerhafter Friede im Nahen Osten ist heute dringlicher denn je zuvor. Die Verschlechterung seiner Energieversorgungssituation hat den Westen äußerst anfällig für Pressionen arabischer Ölproduzenten werden lassen, wie sich 1973/74 anlässlich des Teilembargos von Rohöllieferungen an die USA und die Niederlande zeigte. In den Jahren 1975 bis 1977 wurde die Verhandlungsposition der Produzentenstaaten durch ein relatives Überangebot auf dem Erdölmarkt geschwächt; sie sahen sich gezwungen, die Auswirkungen

<sup>2</sup>) Diese Thema ist vom Autor ausführlich in „Doves, Hawks and Other Birds of a Feather“, The British Journal of Political Science (im Druck) behandelt worden. Eine gute Analyse des Unterschiedes zwischen ‚sovereignty‘ und ‚suzereignty‘ findet sich bei Martin Wight, Power Politics (hrsg. von Hedly Bull und Carsten Bolbrod), London, Pelican Books, 1978.

Diese zwei Meinungen (die noch in mindestens vier unterschiedliche Denkschulen unterteilt werden könnten) werden von fast 90 v. H. aller Israelis geteilt, d. h., es würden also nur schätzungsweise 10 v. H. die Vorstellung eines dritten Staates ohne Vorbehalte akzeptieren. Und da zu diesen wiederum vorwiegend die israelischen Araber gehören, dürfte die Behauptung, daß die überwältigende Mehrheit der Israelis eher einer zweiten Teilung als der Schaffung eines dritten Staates zustimmen würde, sehr wahrscheinlich zutreffen<sup>3</sup>).

Es fragt sich nun, welche dieser beiden Alternativen als praktische politische Lösung vernünftiger ist. Entspricht der interne israelische Konsens zugunsten einer zweiten Teilung überhaupt den Notwendigkeiten der politischen Situation, oder trifft dies vielleicht eher auf den sich abzeichnenden weltweiten Konsens zugunsten eines dritten, PLO-kontrollierten Staates zu? In diesem Artikel soll versucht werden, auf diese Frage eine Antwort zu geben: Zuerst sollen die Hauptargumente für die Alternative „dritter Staat“ zusammengestellt und erörtert werden. Im zweiten Teil sollen sie dann auf der Grundlage der Konzeption einer zweiten Teilung überprüft werden.

der Inflation zu absorbieren und folglich in der Praxis einen allmählichen Rückgang ihrer Gewinne hinzunehmen. Im Laufe des Jahres 1978 kam es jedoch zu einer neuen und möglicherweise schlimmeren Verknappung des Erdöls.

Rein theoretisch könnten die USA und ihre europäischen Verbündeten die Ölproduzenten zwingen, ihre Lieferungen aufrechtzuerhalten. Dies käme jedoch einem Akt der Verzweiflung gleich, der im schlimmsten Fall im Nahen Osten Zerstörungen anrichten würde, von denen nur die Sowjetunion profitieren könnte. Im günstigsten Fall würden die US-europäischen Beziehungen unerträglichen Belastungen ausgesetzt sein und somit wiederum die Haltung des Westens gegenüber der Sowjetunion geschwächt werden. Darüber hinaus sind sich die arabischen Ölproduzenten voll der Tatsache bewußt, daß extremer Druck den Westen als Ganzes oder einzelne westli-

<sup>3</sup>) Siehe Louis Guttman's Beitrag zu Daniel J. Elazar (ed.), Self Rule/Shared Rule: Federal Solutions to the Middle East Conflict, Tel Aviv, Turtledove Publishing, 1979, S. 76—80.

che Staaten zu sehr harten Reaktionen treiben könnte. Ebenso sehr sind sie sich ihrer eigenen wachsenden Abhängigkeit von westlicher Technologie und dem Schutz vor arabischem Radikalismus bewußt. Sie haben daher bisher eine äußerst vorsichtige Taktik angewandt, um in der Einstellung des Westens gegenüber der arabischen — und insbesondere der palästinensischen — Sache einen Wandel herbeizuführen. Sie würden ohne weiteres die Ölpreise noch weiter in die Höhe treiben und die Produktion verringern, jedoch sicher nicht so weit gehen, den Westen zu Sanktionen zu provozieren. Gelegentlich zeigen sie sich marginal konzessionsbereit, indem sie darauf hinweisen, daß dies die Belohnung für positive Aktionen des Westens sein würde.

Die westlichen Regierungen sind sich voll bewußt, daß eine Befriedigung der arabischen Erwartungen in der Palästina-Frage keine Lösung des Energieproblems ist. Sie sind jedoch genauso ängstlich bemüht, eine Konfrontation zu vermeiden und den arabischen Öllieferanten möglichst keinen Anlaß zu geben, die Ölwanne einzusetzen. Schließlich hat das Energieproblem noch dazu geführt, daß die westlichen Länder in gesteigertem Maß davon abhängig sind, ihre Produkte und ihr „Know-how“ in die arabischen Staaten zu exportieren. Diesen wird dadurch eine stumpfe, aber gelegentlich wirksame zusätzliche Waffe an die Hand gegeben, den Westen zu „positiven“ Aktionen zu zwingen, nämlich durch den Widerstand bestimmter Handelsverträge. Eine derartige Aktion kann leicht einen zwar marginalen, aber spürbaren Effekt auf die Zahlungsbilanz des betreffenden Verbraucherlandes sowie auf seinen Arbeitsmarkt haben.

*Zweitens:* Wie der Beinahe-Zusammenstoß zwischen den USA und der Sowjetunion am 23./25. Oktober 1973 bewies, sind der arabisch-israelische Konflikt und die weltweite Interaktion der Supermächte durch die Beziehungen zwischen Lieferant und Kunde auf dem Gebiet der Waffenlieferungen so untrennbar miteinander verbunden, daß jedes Aufflackern von Gewalttätigkeiten im Nahen Osten eine weltweite Katastrophe auslösen kann. Da die Supermächte inzwischen ziemlich verfeinerte Krisenmanagement-Methoden entwickelt haben, muß es im Falle einer militärischen Auseinandersetzung zwischen Arabern und Israelis nicht unweigerlich zu einer Katastrophe kommen; zumindest aber können weitere Gewalttätigkeiten oder Beinahe-Gewalttätigkeiten zwischen Arabern und Israelis zu einem

Rückschlag in dem bereits stockenden Prozeß der Ost-West-Entspannung führen.

*Drittens:* Die Suche nach den Bedingungen für einen Frieden im Nahen Osten muß damit beginnen, das Grundproblem für den arabisch-israelischen Konflikt auszumachen. Es wurde bis 1967 zu Unrecht in der Konfrontation zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten und indirekt auch in der komplexen Dynamik der inter-arabischen Beziehungen und der besonderen Abneigung der Araber gegen Kompromisse gesehen. Dies sind zwar weiterhin entscheidende Faktoren, doch ist offenkundig geworden, daß der wesentlichste Grund für den Konflikt in der Verzweiflung der Palästinenser liegt, weil ihnen von den Israelis, aber auch von der arabischen Welt beständig ihre legitimen Rechte verweigert werden. Die Palästinenser sind nicht in der Lage, auf irgend jemanden im Nahen Osten Druck auszuüben, ganz zu schweigen von Israel. Aber durch die Dynamik der inter-arabischen Beziehungen fungieren sie oft als eine Art Zünder und lösen somit weitreichende regionale Unruhen aus. In dem Bemühen um Frieden im Nahen Osten muß daher stets zuerst nach Maßnahmen gesucht werden, die den Palästinensern möglichst wenig Vorwände liefern, gefährliches Unheil anzurichten.

*Viertens:* Die Konferenz von Rabat im September 1974 und die im Dezember 1978 in Bagdad zustande gekommene erweiterte Ablehnungsfront, durch die Ägypten gezwungen werden sollte, seine Bemühungen um Frieden mit Israel abzubrechen, haben eindrucksvoll die Entschlossenheit der Araber demonstriert, den Palästinensern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Jordanien ahnte diesen Trend voraus und versuchte bereits im September 1970, die PLO zu zerschlagen. Dies gelang zwar, doch stellte König Hussein sehr schnell fest, daß die PLO in der Lage war, diesen Schlag zu verwinden. Infolgedessen versuchte er, die Palästinenser zu bewegen, ihn bei der Fortführung der von seinen Vorgängern eingeleiteten Politik einer Kontrolle über Palästina zu unterstützen, indem er im März 1972 einen Plan für eine jordanisch-palästinensische Konföderation vorschlug. Als auch dieses Angebot zurückgewiesen wurde, fand sich Jordanien schließlich mit seiner Ablehnung durch die Palästinenser ab und akzeptierte das Verdikt des vorherrschenden panarabischen Konsensus. Auch Syrien versuchte, die PLO im Libanon zur Unterwerfung zu zwingen. Aber obwohl es den Palästinensern große Verluste an Menschenleben und Gütern zufügte, hat es

stillschweigend anerkannt, daß die PLO nicht wieder auf den Status von vor 1967 zurückgedrängt werden kann.

*Fünftens:* Diese Entwicklungen griffen auf die von Israel besetzten Gebiete am Westufer und im Gazastreifen über. In dem Zeitraum von 1967 bis 1973, als die PLO wiederholt von Israel und Jordanien militärisch geschlagen wurde und selbst keinerlei Möglichkeit hatte, eigene Operationen von Syrien oder Ägypten aus zu starten, konnte Israel den Widerstand gegenüber der Besetzung sehr erfolgreich in Schranken halten. Seit 1973 hat sich seine Herrschaft über diese Gebiete jedoch abgeschwächt. Dieser Trend wurde sehr wahrscheinlich durch die sich aus der Besetzung ergebenden Härten verstärkt, vor allem aber — wie oben bereits erwähnt — durch den „spill-over“-Effekt, den der Aufstieg der PLO in den arabischen Staaten und in der Welt überhaupt hatte.

Zu diesen beiden Faktoren kam als dritter der Niedergang der alternden, pro-haschemitischen Elite des Westufergebietes und der Aufstieg einer neuen, jungen und nationalbewußten Elite hinzu. Die Kanaan's, die Nusseibeh's und die Ja'abaries haben ihren Einfluß verloren; jetzt ist die Zeit der Qawasmeh's der Sha'ahs und der Khalaphs — und damit der breiten Unterstützung der PLO und ihrer Ziele — gekommen:

*Sechstens:* Bei ihrem Aufstieg aus dem Dunkel zu politischer Wirksamkeit machte die PLO einen zwar schmerzlichen, aber konstruktiven Lernprozeß innerhalb ihrer Organisation durch. Der vor 1967 gültige Begriff des *Völkermords* an den Juden wurde verworfen. Die zwischen 1967 und 1973 vorherrschenden Zielvorstellungen einer *politischen Liquidierung* („*politicide*“) Israels wurden weiterentwickelt; zugleich aber nimmt die Auffassung zu, daß ein säkularer und demokratischer Palästinenser-Staat geschaffen werden sollte, in dem die Juden ebenfalls Platz haben könnten — wie es angeblich in der arabischen Welt immer der Fall war.

Dieser Lernprozeß spiegelte sich in intensiven Diskussionen innerhalb der PLO-Elite wider, die zunehmend auch die Demontage Israels in Frage stellt. Es gibt immer mehr Anzeichen dafür, daß eine Anerkennung der PLO durch den Westen und Israel den gemäßigeren Kräften helfen könnte, sich gegen den militanten Flügel durchzusetzen, um so das bislang sakrosankte Prinzip der Unteilbarkeit Palästinas aufzugeben und sich mit der Vorstellung

eines Ministaates auf dem Westjordanufer und im Gazastreifen anzufreunden.

*Siebtens:* Der Erfolg und die Zustimmung, die die PLO inzwischen bei der breiten Masse der Palästinenser gefunden hat, hat auch auf Israel selbst übergegriffen. Einstmals unterdrückt und gedemütigt durch die herablassende Haltung ihrer Bekannten und Verwandten jenseits der Grenze wie auch durch die israelische Politik der „Judaisierung“, haben die ständig zahlreicher werdenden gebildeten Araber innerhalb Israels rasch ein eigenes, lebendiges palästinensisches Nationalbewußtsein entwickelt. Konkrete Form nahm es während der Ereignisse des „Tages des Bodens“ an — wo es bei Zusammenstößen mit israelischen Sicherheitskräften Tote gab und so der Bewegung eigene Märtyrer erstanden — und durch das Bekanntwerden des berüchtigten König-Memorandums, worin Repressionen gegen israelische Araber diskutiert wurden.

In einer etwas verspäteten Reaktion auf diesen Trend beschleunigte Israel in einer publizistisch stark beachteten, aber praktisch eher begrenzten Kampagne die Errichtung jüdischer Siedlungen im Herzen des oberen, überwiegend arabischen Teils von Galiläa. Dieser Versuch trug jedoch nur zu einer Steigerung des palästinensischen Nationalbewußtseins bei den israelischen Arabern bei. Es ist daher in Israels eigenem Interesse, dieses auflodernde Feuer durch umfassende Abmachungen mit den Palästinensern zu löschen, die hoffentlich *inter alia* auch das Problem der eigenen arabischen Bevölkerung Israels lösbar machen würden.

*Achtens:* Alle diese praktischen Aspekte werden in den Augen vieler westlicher Befürworter eines dritten Staates noch durch eine moralische Überlegung unterstrichen. Sie argumentieren damit, daß die „Ersünde“, die zum arabisch-israelischen Konflikt geführt habe, der Antisemitismus Europas sei. Dies sei der Grund für die jüdische Tragödie gewesen, ohne die — aus ihrer Sicht — der Zionismus vielleicht nie einen ernst zu nehmenden Auftrieb erhalten hätte. Die zionistische Lösung der jüdischen Tragödie ihrerseits habe die palästinensische Tragödie heraufbeschworen. Die Palästinenser hätten also nicht nur legitime Rechte, sondern der Westen habe die Pflicht, dazu beizutragen, daß sie diese Rechte zurückerlangten. Das Ziel dabei wäre nicht — wie die Verfechter dieser These eilig hinzuzufügen pflegen — die Demontage Israels, da dadurch die jüdische Tragödie mit Sicherheit neu erzeugt werden würde. Der Beitrag des

Westens zur Lösung der Palästinafrage sollte vielmehr darin liegen, Israels Verwundbarkeit und hohe Abhängigkeit von westlichen Fonds als Instrument dazu zu benutzen, es sanft, aber fest zu einer Anerkennung der Rechte der Pa-

lästinenser zu bewegen. Um es mit den Worten George Balls, eines der prononciertesten Befürworter dieser These, zu sagen: der Westen solle „Israel gegen seinen eigenen Willen retten“<sup>4)</sup>.

## Alternative: Zweite Teilung

Zahlreiche Argumente zugunsten der Alternative eines dritten Staates können also vorgebracht werden. Dennoch ist es zweckmäßig, danach zu fragen, ob dies a) alle Fakten sind und b) ob daraus unfäusweichlich die Schlußfolgerung gezogen werden muß, daß eine Lösung des arabisch-israelischen Konflikts allein in der Schaffung eines dritten palästinensischen Staates auf dem Westufer und dem Gazastreifen liege. Auch hier lassen sich die Antworten in mehrere Teile aufgliedern, von denen einige in direktem Bezug zu den Hauptpunkten des vorhergehenden Kapitels stehen.

*Erstens:* Ist es wahrscheinlich, daß die Alternative „Dritter Staat“ das ‚hochpolitische‘ Problem der palästinensischen Aspiration nach unabhängiger Staatlichkeit und das damit verbundene ‚unpolitische‘ Problem der Flüchtlinge unmittelbar löst? Nichtkenner der Situation sollte man an den Ablauf der Ereignisse erinnern, durch die sich das Problem in seinen gegenwärtigen Dimensionen entwickelt hat: Die PLO ist zwar bereits 1964 gegründet worden, sie war aber zu diesem Zeitpunkt eher ein Werkzeug der panarabischen Ambitionen Nassers als eine echte palästinensische Organisation. Daher wurde im Herbst 1967 bei der UNO-Debatte über die Rahmenbedingungen eines Friedens zwischen Arabern und Israelis trotz aller Absichten und Vorsätze kein ernsthafter Anspruch auf ein unabhängiges Palästina erhoben; dementsprechend wurde in der schließlich verabschiedeten Resolution 242 lediglich von dem nichtpolitischen Problem der Flüchtlinge gesprochen.

Seitdem hat die PLO in der interarabischen Politik bedeutend an Gewicht gewonnen, und die arabische Welt selbst hat sich aufgrund der revolutionären Veränderungen auf dem Weltenergiemarkt in einem geradezu kometenhaften Aufstieg einen führenden Status in der Welt erobert. Das Ergebnis davon war, daß auf den von der Arabischen Liga 1974 in Rabat gefaßten Beschluß, die PLO als die einzig legitime Vertretung der Palästinenser anzuerkennen, auch eine entsprechende Anerkennung seitens der OAU und anschließend auch durch die Blockfreien-Bewegung folgte. Seitdem hat

der Druck für eine Revision der UNO-Resolution 242 — wonach nicht länger die Flüchtlingsfrage, sondern die nationale Selbstbestimmung ihren Kernpunkt bilden soll — ständig zugenommen, so daß zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Artikels eine Änderung bereits als ausgemachte Sache erscheint<sup>5)</sup>.

Die meisten dieser internationalen Organisationen übersahen absichtlich die Tatsache, daß die PLO nichts Geringeres bezweckte als die Demontage Israels und die vollständige Rückkehr aller Flüchtlinge in ihre Heimat. Falls diese Absicht ausgeführt werden sollte, wird die Selbstbestimmung für die Palästinenser schon allein dadurch eine Lösung des Flüchtlingsproblems beinhalten. Die 3,25 Millionen Juden würden dann gewaltsam aus Palästina hinausgedrängt und gleichzeitig der Exodus der Palästinenser von 1948 und 1967 umgekehrt.

Die logische Folgerung aus dieser apokalyptischen Vorschau ist freilich, daß jegliche Regelung, die nicht einem totalen Sieg der PLO gleichkommt, niemals ausreichen würde, um das schwerwiegende Flüchtlingsproblem innerhalb von Palästina westlich des Jordanflusses zu lösen. Da diese Frage, obwohl ihrem Wesen nach eigentlich mehr demographisch-technisch ist, von politischer Brisanz begleitet wird, sind verlässliche Angaben über die genaue Größenordnung der Flüchtlingszahl schwer zu erhalten.

Nach UNO-Quellen waren die palästinensischen Flüchtlinge zwischen dem 1. Juli 1975 und dem 30. Juni 1976 geographisch wie folgt verteilt<sup>6)</sup>:

<sup>4)</sup> George W. Ball, How to Save Israel in Spite of Herself, in: Foreign Affairs, Vol. 55, No. 3 (April 1977).

<sup>5)</sup> Zur Hintergrundinformation siehe W. B. Quandts Beitrag in: W. B. Quandt, Fuad Jabber, Ann Mosely Lesch, The Politics of Palestinian Nationalism, Los Angeles (University of California Press) 1973.

<sup>6)</sup> Vgl. Report of the Commissioner-General of the United Nations Relief and Works Agency for Palestinian Refugees in the Near East, 1 July 1975 — 30 June 1976. General Assembly Official Records; Thirty First Session, No. 13 (A/31/13) United Nations, Table 4, S. 76.

Ort	Registrierte Gesamtbevölkerung	In Lagern lebend
Ostufer	644 669	89 214
Westufer	296 628	74 941
Gazastreifen	339 824	201 960
Libanon	198 637	102 136
Syrische Arab. Rep.	188 447	35 550
Insgesamt	1 668 205	505 299

Wenn alle registrierten Flüchtlinge im Libanon, Syrien und Jordanien in einen Ministaat am Westjordanufer repatriert werden sollten, würde sich die Bevölkerung in diesem Gebiet *fast verdoppeln*. Und selbst wenn man sich an die Zahl der in Lagern im Libanon, Syrien und Ostjordanufer lebenden Flüchtlinge hält — was die PLO aus offenkundigen politischen Gründen nicht tut — müßten rund 227 000 Menschen (schätzungsweise 20 % der Bevölkerung auf der Westbank und im Gazastreifen) von diesen Gebieten absorbiert werden, die bekanntermaßen unfruchtbar und schwer zu besiedeln sind und die nicht einmal über eine rudimentäre industrielle Infrastruktur verfügen<sup>7)</sup>. Ob dies angesichts der gegenwärtigen und wahrscheinlich auch zukünftigen Wirtschaftslage des Westufers und des Gazastreifens überhaupt durchführbar ist, bleibt äußerst fraglich. Doch selbst wenn dies machbar wäre, besteht kein Zweifel darüber, daß der geplante Ministaat ungeheure Schwierigkeiten zu bewältigen haben wird, selbst wenn man — wie Walid Al Khalidi — davon ausgeht, daß er großzügige internationale Unterstützung erhalten wird<sup>8)</sup>. Es ist aber keineswegs unsinnig, anzunehmen, daß ein großer Teil der durch solche Entwicklungen oft entstehenden Frustrationen und Bitterkeiten sich auf die benachbarten Staaten Israel und Jordanien ausbreiten werden.

Wenn umgekehrt eine Art übergeordnete politische Verbindung zwischen dem Gazastreifen, dem Westufer und Jordanien als Gesamtrahmen geschaffen wird, innerhalb dessen der palästinensisch-israelische Konflikt gelöst

<sup>7)</sup> Die Grenzen der wirtschaftlichen Absorptionsfähigkeiten Palästinas erkennt sogar Walid Al Khalidi an in: „Thinking the Unthinkable: A Sovereign Palestinian State“, in: *Foreign Affairs*, Vol. 56, No. 4 (Spring 1978). Eine ausführliche Einschätzung der wirtschaftlichen Infrastruktur der Westbank findet sich bei Brian Van Arkadie, *Benefits and Burdens: A Report on the West Bank and Gaza Strip Economies Since 1967*, Washington D. C. (Carnegie Endowment for International Peace) 1977.

<sup>8)</sup> Khalidi, a. a. O.

werden soll, wird der für Umsiedlungsprojekte verfügbare Raum sieben- bis achtmal größer sein, und die Anzahl der umzusiedelnden Menschen würde nur ein Drittel derjenigen betragen, die im Falle der Westufer-Gaza-Lösung zu bewältigen wäre. Dies wäre für sich allein zwar noch keine Garantie dafür, daß der Umsiedlungsprozeß keine Spannungen von internationaler Reichweite hervorrufen würde, aber er könnte dazu beitragen, daß sie weniger wahrscheinlich würden und von geringerer Tragweite wären.

*Zweitens:* Selbst wenn man davon ausgeht, daß die Schaffung eines dritten Staates sowohl eine Lösung für die nationalen Hoffnungen der Palästinenser als auch für das Flüchtlingsproblem darstellt, bedeutete dies dann auch, daß die Energieprobleme des Westens mit der Gründung eines solchen Staates verschwinden würden? Auch hier scheint es keine überzeugende — eher aber eine ins Negative tendierende — Antwort zu geben. Wenn es auch schwerfällt, Argumente dagegen vorzubringen, daß die Energiekrise eine ernste Bedrohung der Interessen des Westens darstellt, so kann doch vorausgesetzt werden, daß das Verhalten der Ölproduzenten gegenüber den führenden Abnehmerstaaten nur sehr marginal durch den arabisch-israelischen Konflikt beeinflusst wird.

Wie zwei führende britische Beobachter festgestellt haben, sehen sich die ölproduzierenden Länder vor allem drei Hauptproblemen gegenüber: a) sicherzustellen, daß ihre kostbaren Erdölreserven noch für möglichst viele Jahre ausreichen, b) sicherzustellen, daß ihre schnell anwachsenden Währungsreserven gut investiert werden und c) ihr Rohöl zur Schaffung einer gesunden wirtschaftlichen Grundlage zu nutzen, um so das Wohlergehen ihrer Länder langfristig zu sichern. Dies bedeutet keineswegs, daß sie die Sache der Palästinenser nicht aufrichtig unterstützten. Ganz im Gegenteil: Als gute Mohammedaner sind sie entschieden gegen Israels Kontrolle über die Heiligen Stätten. Darüber hinaus bieten ihre Reichtümer ebenso wie ihre internen Modernisierungsprogramme — das drastischste Beispiel dafür ist der Iran — und auch ihre militärische Schwäche Angriffsflächen für die Subversion. Um dies zu vermeiden, haben sie der PLO sozusagen eine ansehnliche Bestechungssumme gezahlt. Sie scheinen sich jedoch absolut der Tatsache bewußt zu sein, daß ein weiteres Nachgeben den Appetit des Erpressers nur noch größer machen würde. Infolgedessen scheinen sie die Hoffnung zu hegen,



daß sie derartige Gefahren für sich selbst leichter abwehren können, wenn es ihnen gelingt, die politischen Ansprüche der gemäßigeren Palästinenser zu befriedigen.

Doch selbst wenn man davon ausgeht, daß die Ölstaaten einerseits ihre politischen Motive haben und andererseits gleichzeitig Sympathie für die weniger militanten Mitglieder der PLO empfinden, so bleibt es doch fraglich, inwieweit dies ihr Verhalten auf dem Welterdölmarkt beeinflusst. Letztendlich aber scheint das nur sehr wenig zu zählen. Im spezifischen Fall kann man von der Annahme ausgehen, daß die Ölwanne oder die Bedrohung der einen oder anderen westlichen Investition *nur dann* eingesetzt werden wird, wenn die Aussicht besteht, daß dies den oben genannten Grundinteressen der Ölstaaten dienlich ist oder ihnen zumindest nicht zuwiderläuft<sup>9)</sup>.

*Drittens:* Wenn es auch auf den ersten Blick unstrittig zu sein scheint, daß der arabisch-israelische Konflikt eine Gefahr für den Weltfrieden bedeutet, so lassen sich doch drei einschränkende Hinweise nennen: Einmal kann die sowjetische Einflußnahme im Nahen Osten zwar durch die Feindseligkeiten zwischen Arabern und Israelis gefördert werden, sie darf jedoch den arabisch-israelischen Spannungen nicht allein angelastet werden. Seit den allerersten Anfängen, seit dem Bestehen des modernen Rußland, stoßen die Russen nach Süden vor. Daß die Sowjetunion nach jahrhundertelangen Fehlschlägen nun darin in letzter Zeit erfolgreicher ist, liegt einerseits im modernen Nationalismus der weniger entwickelten Länder der Welt einschließlich des Nahen Ostens begründet und andererseits paradoxerweise in der diesbezüglichen Zurückhaltung des Westens. Denn durch den Versuch, auf der Grundlage der Dreiererklärung von 1950 Waffenlieferungen in jene Teile der Welt zumindest teilweise einzuschränken, ließ der Westen sie nach Waffen „hungern“, ohne die Konflikte zu lösen, die diesen Hunger nach Waffen überhaupt erst hatten entstehen lassen. Die Sowjetunion dagegen erwies sich als geduldiger und großzügiger Alternativlieferant, nachdem sie ihre Abnehmerstaaten nicht mehr wie früher nach streng ideologischen Kriterien auswählt.

Es läßt sich daher behaupten, daß jeder Konflikt im Nahen Osten potentiell ein Vehikel für sowjetisches Engagement darstellt, worauf

sich fast automatisch auch der Westen engagiert und daraus wiederum ein weiterer Konfliktherd entsteht. Afrika hat das demonstriert — und auch das sogenannte „Krisenquadrat“ von Ostafrika über das Horn von Afrika, Süd-arabien, den Persischen Golf und den Iran bis nach Indien<sup>10)</sup>.

Auf der anderen Seite wäre es einfach, zu behaupten, daß der arabisch-israelische Konflikt nicht das Potential für einen weltweiten Konflikt enthalte. Das wachsende Interesse der Sowjets am Öl des Nahen Ostens und das bereits vorhandene vitale Interesse des Westens scheinen jedoch darauf hinzuweisen, daß ein möglicherweise noch schlimmerer Konfliktherd der Supermächte in Teilen Nordafrikas und um den Persischen Golf herum entsteht — in einer Gegend also, die am Rande der israelisch-arabischen Auseinandersetzung liegt<sup>11)</sup>.

Schließlich läßt der israelisch-ägyptische Friedensvertrag vermuten, daß gerade die steigenden Kosten eines Krieges als Ergebnis besserer Ausbildung und umfangreicherer, hochtechnisierter Ausrüstung die gegnerischen Parteien letzten Endes veranlassen könnten, sich gütlich zu einigen. Die einem derartigen Wandel zugrunde liegende Logik ist durch den Verlauf des Ost-West-Konflikts bekannt. Sie bedeutet im wesentlichen, daß ein Risiko (sprich die „Kosten“) bzw. die Neigung zum Eingehen eines Risikos im umgekehrten Verhältnis zunehmen, wenn ein Konflikt erst einmal ein bestimmtes Stadium überschritten hat. Wir bringen diesen Grundsatz gewöhnlich mit dem nuklearen Gleichgewicht in Zusammenhang. Der Fall Israel-Ägypten zeigt jedoch, daß dies auch für konventionelle Konflikte gilt, die sich bis zu einem Punkt gesteigert haben, wo Krieg auf jeden Fall hohe Opfer an Material und Menschenleben fordert, sich jedoch zunehmend weniger auszahlt. Damit soll nicht einer Bewaffnung der Nationen bis zu den Zähnen das Wort geredet werden. Ein weiteres Wettrüsten im Nahen Osten als Folge

<sup>10)</sup> Eine relativ aktuelle Darstellung der Sowjetpolitik im arabisch-israelischen Konflikt findet sich bei G. Golan, *Yom Kippur and After: The Soviet Union and the Middle East Crisis*, London (Cambridge University Press) 1977.

<sup>11)</sup> Zum sowjetischen Energieproblem siehe A. J. Klinghoffer, *The Soviet Union and International Oil Politics*, New York (Columbia University Press) 1977; L. Dienes, *Energy Self-Sufficiency in the Soviet Union*, in: *Current History* (July-August, 1975); A. L. Horelick, *The Soviet Union, the Middle East, and the Evolving World Energy Situation*, in: *Policy Science*, Vol. 6, No. 1 (March 1975), S. 41—48.

<sup>9)</sup> Vgl. E. Monroe and R. Mabro, *Arab Wealth from Oil: Problems of its Investment*, in: *International Affairs*, Vol. 50, No. 1 (January 1974).

des andauernden Konfliktes in dieser Region kann aber immer noch eher zu einer Beilegung führen, als daß es unausweichlich zu einer neuen Katastrophe kommen müßte<sup>12)</sup>.

*Viertens:* Die Erkennung klarer Kausalzusammenhänge in politischen Prozessen gehört zu den am wenigsten entwickelten Bereichen politikwissenschaftlicher Forschung. Es ist daher bestenfalls als oberflächlich zu bezeichnen, wenn man behauptet — wie es die Befürworter eines dritten Staates oft tun —, daß das Grundproblem des arabisch-israelischen Konfliktes in der Palästinenserfrage liege. Denn es läßt sich genauso überzeugend darlegen, daß die Palästinenserfrage das Resultat davon ist oder lediglich eine oberflächliche Widerspiegelung des herrschenden panarabischen Unbehagens, das sich in einer ständigen Gärung in den inter-arabischen Beziehungen, in endlosen blutigen Fehden und in dem immer noch ungelösten panarabischen Legitimationsproblem manifestiert<sup>13)</sup>. Es soll hier nicht noch einmal die moderne Geschichte des Nahen Ostens wiederholt werden, und genauso wenig wird behauptet, daß die Ansprüche der Palästinenser in irgendeiner Weise oberflächlich oder nur eine Widerspiegelung der inter-arabischen Gegensätze seien. Es erscheint hier jedoch angebracht, einige Punkte herauszustellen, die ernsthafte Zweifel darüber zulassen, ob die Unzufriedenheit der Palästinenser stets das einzig entscheidende Hindernis für eine Beilegung des Konflikts gewesen ist.

Einmal läßt sich anhand zahlreicher neuerer Untersuchungen belegen, daß der palästinensische Nationalismus nicht so neu ist, wie manche Israelis glauben machen möchten. Seine Anfänge lassen sich im Gegenteil bis zur Jahrhundertwende zurückverfolgen, als auch die zionistische Bewegung noch in den Kinderschuhen steckte. In ihrer Gesamtheit lassen diese Untersuchungen aber auch den indirekten Schluß zu, daß der palästinensische Nationalismus bestimmte zyklische Bewegungen durchmachte: daß er zunahm, abklang, wieder anstieg. Die erste Welle setzte vor dem Ersten Weltkrieg ein. Die zweite folgte in den Jahren 1920—1924. Die dritte Welle kündigte sich schon 1929 an, kam aber erst in dem arabischen Aufstand von 1936—1939 zum Aus-

bruch. Die vierte Welle machte sich in der Zeit von 1944—1948 bemerkbar. Unter diesem Gesichtspunkt ist die gegenwärtige Welle, die sich bis zu den frühen 60er Jahren zurückverfolgen läßt, eine fünfte — zwar sehr ernst zu nehmende, aber nicht unbedingt endgültige — Welle. Zwischen diesen einzelnen Wellen wurde der nationale Glaube durch kleine Gruppen relativ isolierter Fanatiker am Leben gehalten. In dem Auf und Ab der Reaktionen des Volkes auf ihre Vorstellungen läßt sich jedoch ein fast zyklisches Muster ausmachen. Dies ist natürlich eher eine Feststellung im nachhinein als eine Vorhersage, doch scheinen sich daraus einige Fragen in bezug auf die Standfestigkeit und Beständigkeit der palästinensischen Revolution zu ergeben.

Im Wechsel mit diesen Wellen palästinensischen Selbstverständnisses gab es auch Wellen der Unterwerfung der palästinensischen Sache unter die allumfassende panarabische Sache. Während des Ersten Weltkrieges und in den späten zwanziger Jahren war dies in der Tat der vorherrschende Zug in der politischen Haltung der Palästina-Araber. Auch während des Zweiten Weltkrieges war diese Tendenz ausgeprägter als der palästinensische Partikularismus. In den Tagen des arabischen Kalten Krieges gab es eine starke Strömung, sich mit der Idee eines großsyrischen Staates zu identifizieren. Dieser Idee wurde durch eine weitreichende palästinensische Mobilisierung zugunsten Nassers Anspruch auf die Vorherrschaft Ägyptens in der arabischen Welt genauso entgegengewirkt wie dem damit rivalisierenden Versuch der Irakis, Nasser in Schach zu halten. Einerseits war dies alles ein Spiegelbild der inneren Zerrissenheit der politischen Elite der Palästinenser, andererseits wurden diese Mikrosplattungen innerhalb der Palästinenser abgelöst durch Makrosplattungen innerhalb der panarabischen Welt<sup>14)</sup>.

Die Zäsur, bei der diese Phase einsetzte, war zweifellos der Krieg von 1948, ausgelöst durch das auf palästinensische Belange ausgerichtete Oberste Arabische Komitee, dessen Lei-

<sup>12)</sup> Diese Argumentation basiert auf einer früheren Arbeit des Autors. Siehe A. Yaniv and E. Katz, *M.A.D. Dente and Peace: A Hypothesis on the Evolution of International Conflicts and its Mathematico-Deductive Extension*, in: *International Interactions* (im Druck).

<sup>13)</sup> Vgl. M. Hudsons neuere Arbeit: *Arab Politics: The Search for Legitimacy*, New Haven (Yale University Press) 1977.

<sup>14)</sup> Zu den besten Quellen in bezug auf diesen historischen Prozeß gehören: N. Mandel, *The Arabs and Zionism Before World War I*, Berkeley (University of California Press) 1976; Y. Porath, *The Emergency of the Palestinian Arab National Movement 1918—29*, London 1974; Y. Porath, *The Palestine Arab National Movement: From Riots to Rebellion*, London 1977; J. Nevo, *The Renewal of Palestinian Political Activity 1943—45*, in: G. Ben-Dor (ed.), *The Palestinians and the Middle East Conflict*, Tel Aviv (Turtle-dove Publishing) 1978; M. Kerr, *The Arab Cold War: Gamal Abdal Nasser and His Rivals, 1958—1970*, New York (Oxford University Press) 1971.

er ein entfernter Verwandter Yassir Arafats, der Großmufti von Jerusalem, war. Als die Palästinenser dem Zusammenbruch nahe waren — zur Zeit der Gründung Israels im Mai 1948 —, boten ihnen die benachbarten arabischen Staaten Hilfe an, die damals als uneigennützig Rettungsoperation dargestellt wurde. Es deutet jedoch vieles darauf hin, daß der Großmufti den Verdacht hatte, die ganze Sache sei ein höchst anrühiger Versuch, aus dem Erlöschen des britischen Mandats Kapital zu schlagen durch den Zugriff auf Gebiete, die nach dem UN-Teilungsbeschluß einerseits an den palästinensischen Araberstaat und andererseits an den jüdischen Palästina-Staat fallen sollten<sup>15)</sup>.

Infolgedessen kann durchaus argumentiert werden, daß die sich daraus ergebende Fortdauer und Verschlimmerung des arabisch-israelischen Konflikts im wesentlichen eher durch die arabischen Staaten und insbesondere durch Ägypten als durch die Frustrationen der Palästinenser verursacht wurden. In der Tat zeichnete sich bereits auf den Konferenzen von Lausanne und Paris von 1949 bis 1951 eine Übereinkunft zwischen Palästinensern und Israelis ab, die jedoch in diesem Stadium durch die Zwietracht, das Mißtrauen und die Rivalität zwischen den beteiligten arabischen Regierungen verhindert wurde<sup>16)</sup>.

Die Palästinenser haben offensichtlich die ihnen erteilte bittere Lektion gelernt. Die Sache ist jedoch die, daß sich in den verschiedenen Organisationen der PLO weiterhin die inter-arabischen Spaltungen ebenso wie die intrapalästinensischen Differenzen widerspiegeln. Und es sollte nicht ohne weiteres davon ausgegangen werden, daß sich aufgrund dessen die Ereignisse der Vergangenheit nicht wiederholen könnten. Die Stärke der PLO war bislang eher eine konjunkturelle als eine substantielle, nämlich ihre Fähigkeit, die einzelnen arabischen Regierungen gegeneinander auszuspielen und so bis zu einem gewissen Grad einen Ausgleich für die unerträgliche Abhängigkeit der Palästinenser von dem guten Willen der Araber zu schaffen, ihren Geldquellen, Trainingslagern und Basen für Operationen gegen Israel<sup>17)</sup>.

<sup>15)</sup> Vgl. Rony E. Gabbay, A Political Study of the Arab-Jewish Conflict: The Arab-Refugee Problem (A Case Study), Genf 1959, S. 320—321.

<sup>16)</sup> Ebenda, S. 260—340.

<sup>17)</sup> Vgl. hierzu Fuad Jabber, The Palestinian Resistance and Inter-Arab Politics, in: Quandt et al., a. a. O., und G. Ben-Dor, Nationalism Without Sovereignty and Nationalism with Multiple Sovereignities: The Palestinians and Inter-Arab Relations, in: Ben-Dor, a. a. O.

Wenn also die übrigen arabischen Frontstaaten (d. h. Syrien, Jordanien und Libanon) dem Beispiel Ägyptens folgen und sich mit Israel zu arrangieren suchen sollten, würde die PLO wieder zu relativer Bedeutungslosigkeit herabsinken. Es ist aber wohl nicht sehr wahrscheinlich, daß die Ereignisse eine solche Wende nehmen könnten. Man braucht sich nur die traditionelle Inflexibilität Syriens ins Gedächtnis zu rufen, an Hafez Assads interne Schwierigkeiten zu erinnern, an die fast totale Abhängigkeit des Libanon von Syrien und an den engen Spielraum Jordaniens zwischen Saudi-Arabien auf der einen und Syrien auf der anderen Seite. Immerhin hat aber der arabisch-israelische Konflikt schon einige unerwartete Wendungen genommen — die letzte darunter war Sadats plötzliche Kehrtwendung im November 1977. Es ist daher durchaus lohnend, ein alternatives Szenarium für das Verhalten der Frontstaaten gegenüber Israel und den Palästinensern aufzustellen.

Beginnend bei Syrien könnte die gleiche Logik, die Assad dazu brachte, 1974/75 ein Entflechtungsabkommen mit Israel zu schließen, ihn — oder wer immer ihn bei einem Staatsstreich ersetzen sollte — zu weitergehenden Arrangements mit Israel 1980 oder 1984 veranlassen. Nach dem Oktoberkrieg (1973) war Syrien an nichts anderem als an einer Fortsetzung des Kriegs gegen den „zionistischen Feind“ gelegen. Gegen Ägyptens Politik einer Entflechtung und des nachfolgenden „Interimsabkommens“ mit Israel ging Syrien deshalb am nachdrücklichsten vor. Sobald aber Ägypten diesen Schritt vollzogen hatte, wurde offenkundig, daß Syrien nichts anderes übrigblieb, als genauso zu handeln; andernfalls wären nämlich seine Gebiete unter israelischer Besetzung verblieben, da es aufgrund des ägyptischen „Abfalls“ kaum noch eine Möglichkeit hatte, sie mit Gewalt zurückzuerobern. Diese Übereinkünfte waren natürlich von wesentlich geringerer Reichweite und Bedeutung als ein echter Vertrag zur Anerkennung und friedlichen Koexistenz mit Israel. Gerade weil aber der ägyptisch-israelische Frieden so fest und potentiell dauerhaft erscheint, ist der Druck für Syrien, auf Sadats Zug aufzuspringen, um so stärker.

Der Verlust der Unabhängigkeit des Libanon trägt zu Syriens Schwierigkeiten bei, denn die syrischen Streitkräfte im Libanon müssen nun beide Länder verteidigen. Obwohl Syrien auf diese Weise sicherstellen kann, daß die internationale Haltung des Libanon ein getreues Spiegelbild der syrischen Politik sein wird, so

hat sich doch dadurch seine Drohkapazität gegenüber Israel beträchtlich verringert. Im Winter 1978/79 hatte es eine kurze Zeit lang den Anschein, daß als angemessener Ersatz für Ägypten eine Ostfront gegen Israel aufgebaut werden könnte. Das politische Make-up dieser Koalition (Syrien, Irak, Libanon und Jordanien) steckte jedoch voller interner Widersprüche, so daß es nicht lange dauerte, bis sich die Unzulänglichkeit dieses Ersatzes herausstellte.

Das libanesische Abenteuer zwang Syrien, seine „wirkliche“ Einstellung zur PLO aufzudecken. Früher waren mehrere aufeinanderfolgende syrische Regime als aufrichtige und getreue Fürsprecher der Palästinenser aufgetreten. Doch das Interesse Syriens an einer Stabilisierung der Lage im Libanon war offensichtlich weitaus größer als sein Interesse an dem Erfolg der palästinensischen Revolution. Als Folge davon wurde Syrien bald in umfangreiche Feindseligkeiten verwickelt — auf der Seite der rechtsgerichteten und christlichen *Ketaib* gegen die PLO und deren linken Flügel sowie ihre vorwiegend aus Moslems und Drusen bestehenden libanesischen Verbündeten.

Syrien hatte sich also gemäß dem bestehenden panarabischen Konsens des gleichen Verbrechens schuldig gemacht wie Jordanien 1970. So wurde denn auch die wachsende Gemeinsamkeit der Interessen zwischen diesen wichtigen arabischen Frontstaaten — die ihren Ursprung in Jordaniens eigenem Zusammenstoß mit der PLO hatte — weiter betont. Assad war damals noch der Oberbefehlshaber der syrischen Luftwaffe; seine Weigerung, die von Salah Jadid zum Schutze der PLO vor Husseins Truppen nach Jordanien beorderte Kolonne zu unterstützen, hatte das Schicksal der PLO in Jordanien besiegelt. Jordaniens *quid pro quo* während des Bürgerkriegs im Libanon war nicht so dramatisch, es besteht jedoch kaum ein Zweifel daran, daß diese Unterstützung großzügig und umfassend war.

Jordaniens Politik gegenüber der PLO seit 1970 kann auf verschiedene Weise interpretiert werden: Auf der einen Seite kann man behaupten, daß — wie im vorhergehenden Kapitel dargestellt — die Haschemiten-Monarchie das Verdikt der Arabischen Liga in Rabat akzeptiert hat, derzufolge die Palästinenser eine absolut eigene nationale Gruppierung bilden, die von der PLO — und nur von der PLO — vertreten wird. Gleichzeitig läßt sich aber auch unterstellen, daß Jordanien nur so tat, als ob es den Spruch annähme, um den rechten Augenblick abzuwarten und dann seinen An-

spruch auf die Vertretung der Palästinenser erneut geltend zu machen. Diese Hypothese läßt sich durch folgende Faktoren ziemlich glaubhaft erhärten: Erstens hat Jordanien niemals auf seine eigenen Ansprüche in dieser Hinsicht verzichtet. In der Tat ist König Husseins Plan für ein (konföderatives) Vereinigtes Arabisches Königreich noch heute Teil der offiziellen Politik Jordaniens. Zweitens hat Jordanien seit 1967 die Gehälter aller Staatsbeamter auf der Westbank gezahlt, und zwar auch noch nach der Konferenz von Rabat 1974, auf der es anscheinend von derartigen Sonderpflichten entbunden wurde. Drittens: Jordanien will auf der Westbank genau das gleiche wie die PLO, nämlich die vollständige Kontrolle über das gesamte Gebiet dieses Teils von Palästina. Solange also darüber keine substantielle Verhandlungen mit Israel stattgefunden haben, hat Jordanien keinen Grund, sich große Teile der arabischen Welt dadurch zu entfremden, daß es seine eigenen Zielvorstellungen in bezug auf das Westufer spezifiziert. Schließlich verläßt sich Jordanien vielleicht auch auf seine Fähigkeit, die „schweigende Mehrheit“ auf der Westbank zu mobilisieren, für die die laute Bekundung ihrer Unterstützung der PLO ein sicheres Mittel ist, ihr Mißfallen über Israels Anwesenheit dort zum Ausdruck zu bringen, ohne genau spezifizieren zu müssen, wer oder was Israels Platz dann einnehmen sollte. Wenn es Israel durch seine beständige Verweigerung eines Zusammentreffens mit der PLO gelingt, diese von Verhandlungen über die Zukunft des Westjordanlandes und Gazas auszuschließen, könnte Jordanien im gegebenen Augenblick als „Treuhand“ der Arabischen Liga auftreten. Doch wenn die Jordanier in diesen Gebieten je Fuß fassen sollten, ist es sehr zweifelhaft, ob sie damit einverstanden wären, sich wieder zurückzuziehen. Wenn in der Tat ein Plebiszit über die Zukunft der Westbank unter jordanischer Oberaufsicht stattfinden sollte, ist es so gut wie sicher, daß die Mehrheit Husseins konföderative Pläne unterstützen würde.

Aufgrund dieser und vieler anderer Faktoren, die hier aus Platzgründen nicht erwähnt werden können, ist es nicht absolut ausgeschlossen, daß sich eine Koalition der Frontstaaten gegen einen echt palästinensischen dritten Staat und zugunsten einer ähnlichen Lösung, wie sie König Hussein vorschwebt, bilden könnte.

*Fünftens:* Schließlich ist auch zu erwarten, daß die Unterstützung der PLO durch die Palästinenser auf der Westbank und im Gazastreifen

sich einmal wieder verringern könnte, wenn auch nicht unbedingt bis zum Nullpunkt. Rückblickend läßt sich kaum bezweifeln, daß diese Unterstützung dadurch gewährt wurde, weil die PLO gleichzeitig extrem anti-israelisch auftrat und es — angesichts des erwiesenen Egoismus der arabischen Staaten und ihrer Unfähigkeit, Israel auf dem Schlachtfeld zu besiegen — keine realisierbaren Alternativen gab. Andererseits würde ein Niedergang der PLO aufgrund einer Abwendung der Frontstaaten mit Sicherheit den Trend umkehren und andere Kräfte in der politischen Elite der Palästinenser wecken, die in den Hintergrund getreten waren, solange die PLO im Aufwind war. Natürlich könnte die PLO auch wieder spektakuläre Terroraktionen verüben, um weiterhin im Licht des öffentlichen Interesses zu stehen. Ohne die Unterstützung der an Israel angrenzenden arabischen Staaten würde sie sich wahrscheinlich aber genauso sehr selbst isolieren wie die IRA, die Baader-Meinhof-Bande oder die türkische Dev Jenk. Es wäre natürlich denkbar, daß sie dann von Irak, Libyen und/oder der Demokratischen Volksrepublik Jemen unterstützt würde. Doch diese Länder sind von Palästina weit entfernt; schlimmer noch: Ihre geringe Zahl vergrößert ihre Möglichkeiten einer Beschneidung des Aktionsspielraums der PLO, der von den inter-arabischen Streitigkeiten zumindest genauso gefördert wird wie durch die Basis-Unterstützung seitens ihrer „einheimischen“ Anhängerschaft, wie z. B. der palästinensischen Diaspora.

*Sechstens:* Es ist offensichtlich, daß die PLO diesem Schicksal nur auf zwei Arten entgehen kann: Entweder gewinnt sie volle internationale Achtung und Legitimität aus eigener Kraft, d. h. als Ersatz für Israel, dem dann jede Legitimation entzogen und das zur Auslöschung verdammt wäre, oder ihr bleibt als einzige Alternative die grundlegende Neuformulierung ihrer Zielvorstellungen bis hin zur Anerkennung des Existenzrechts für Israel innerhalb gesicherter und anerkannter Grenzen. In Anbetracht der Haltung der USA und — wenn auch weniger entschieden — der Westeuropas erscheint die erste der beiden Möglichkeiten unwahrscheinlich. Die USA und Westeuropa haben ein vitales Interesse an der Lösung des arabisch-israelischen Konflikts, jedoch — zumindest in *absehbarer* Zukunft — nicht um den Preis einer Auslöschung Israels<sup>18)</sup>. Und selbst wenn man einmal eine

fundamentale Änderung dieser Einstellung mit einkalkuliert, ist Israel gegenwärtig durchaus in der Lage, sich selbst in einer Situation fast vollständiger internationaler Isolierung gegen die PLO zu verteidigen. Es ist also an der PLO, die eigene Position zu revidieren. Derzeit weist der Trend eindeutig auf überall wachsende Sympathien für die PLO hin. Wenn diese PLO sich dazu durchringen könnte, ihr Ziel einer Zerstörung Israels aufzugeben, würde sie damit wahrscheinlich einen großen Schritt vorwärts zur Durchsetzung der palästinensischen Selbstbestimmung tun.

Und doch: obwohl es inzwischen so wesentliche Anreize für die PLO gibt, ihre Haltung zu ändern, hat sie bisher lediglich Andeutungen gemacht, daß sie etwas entgegenkommender sein würde, wenn der Westen und Israel eine flexiblere Haltung ihr gegenüber einnehmen. So vertreten ihre Sprecher die Meinung, daß sie willens seien, den Vorschlag der Gründung eines Staates in jedwedem befreiten Teil Palästinas in Erwägung zu ziehen. Von wenigen bemerkenswerten Ausnahmen abgesehen<sup>19)</sup>, beileben sich die meisten jedoch hinzuzufügen, daß dies nur im Bezugsrahmen einer „Stadium-Theorie“ möglich sei, also als erster Schritt in Richtung auf das Endziel der „Befreiung“ ganz Palästinas von dem jüdischen Staat. In den Worten Farouk Kaddoumis, des Chefs der Politischen Abteilung der PLO: „Es gibt zwei (Anfangs)Phasen für unsere Rückkehr: in der ersten die Rückkehr zu den Grenzen von 1967, in der zweiten zu denen von 1948 (sic) ... das dritte Stadium ist der demokratische Staat Palästina. Wir kämpfen daher für diese drei Stadien.“<sup>20)</sup>

Das zähe Festhalten an derartigen Zielsetzungen zu einer Zeit, wo es so zahlreiche Anreize für eine gemäßigte Haltung gibt, scheint darauf hinzudeuten, daß die PLO vielleicht einfach unfähig ist, wesentliche Änderungen in ihrem Programm vorzunehmen. Das könnte folgende Gründe haben: Zuerst ist sie auch weiterhin eine — wenn auch absolut institutionalisierte — freiwillige Organisation. Sie ist der lose „Dachverband“ für eine Vielzahl

Reich, *Quest for Peace: United States-Israel Relations and the Arab-Israeli Conflict* (Transaction Books) New Brunswick 1977; N. Safran, *Israel: The Embattled Ally* (The Belknap Press for Harvard University Press) Cambridge, Mass. 1978. Zur Haltung Westeuropas vgl. den Artikel des Autors „The European Community and the Palestinians“, in: G. Bendor (ed.), a. a. O.; und Udo Steinbach (ed.), *Europäische-Arabische Zusammenarbeit*, Bonn 1979.

<sup>19)</sup> Vgl. Khalidi, a. a. O.

<sup>20)</sup> Interview in *Newsweek*, 14. März 1977.

<sup>18)</sup> Zur US-Politik und den US-Interessen im Nahen Osten vgl. W. B. Quandt, *A Decade of Decisions*, Los Angeles, (University of California Press) 1977; B.

gleichmotivierter Organisationen. Sie alle wetteifern miteinander um die Aufmerksamkeit der Medien und in der Rekrutierung Freiwilliger. Gegenüber den Zielen des gemeinsamen Verbandes (der PLO) sind sie zurückhaltend und nur bedingt loyal. Durch die Möglichkeit, sich von der PLO loszusagen, hat jede dieser Organisationen in der Tat ein stillschweigendes Veto gegenüber der Politik der PLO. Das mag zwar kein sehr effektives Veto in bezug auf das allgemeine Verhalten der PLO sein; in diesen Dingen kann die zentrale Führung wahrscheinlich in sehr hohem Maß nach eigenem Ermessen handeln. In programmatischer Hinsicht ist das Vetorecht der zugehörigen Organisationen jedoch sehr wirksam. So mögen sich wohl die Ansichten Arafats, Huts, Kaddoumis oder Terzis seit 1968 (als die derzeit gültige Nationalcharta gebilligt wurde) gewandelt haben, an der Charta selbst jedoch wurde nichts verändert, nicht einmal durch die Einfügung des groß angekündigten Ziels eines „säkularen und demokratischen“ Staates Palästina<sup>21)</sup>.

Ein weiterer Faktor, der (in Verbindung mit den oben erwähnten) eine Erläuterung für die Inflexibilität der PLO bieten könnte, ist die Permissivität der Palästinenser gegenüber politischer Gewalt. Während der Arabischen Rebellion von 1936—1939 starben sehr viel mehr Palästinenser durch die Hand ihrer eigenen Leute als durch Briten und Juden. Mancherorts artete die ganze Rebellion tatsächlich in eine Fehde zwischen rivalisierenden Familien aus<sup>22)</sup>, und dieser merkwürdige Hang zur Gewalt hat im Laufe der Jahre nicht abgenommen. Der Chef des Londoner Büros der PLO, Said Hamami, wurde dem Vernehmen nach wegen seiner wiederholten Appelle zur Mäßigung ermordet. Der Mufti von Gaza wurde wegen seines Eintretens für den Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel ermordet, desgleichen hohe Persönlichkeiten im Westjordanland. Angesichts einer derartigen Einstellung zu politischer Gewalt nimmt es kaum Wunder, daß die Palästinenser entweder für die von der PLO festgelegten Richtlinien eintreten oder sich jeglicher Äußerung in bezug auf ihre eigene Zukunft ganz enthalten.

<sup>21)</sup> Ein aktueller allgemeiner „background“ dazu findet sich in „The Palestinian National Covenant“, engl. Fassung, veröffentlicht in Basic Political Documents of the Armed Palestinian Resistance Movement, Leila S. Kadi (ed.), PLO Organization Research Centre, Beirut, December 1969, S. 137—141.

<sup>22)</sup> Vgl. Ann Mosely Lesch, The Palestinian Arab National Movement Under the Mandate, in: Quandt et al., a. a. O., insb. S. 37—40.

*Siebtens:* Aufgrund dieser Tatsachen und ihres ausgeprägten Bewußtseins um die eigene tragische Geschichte neigen die Juden in Israel dazu, die PLO eher „schlimmer“ als „besser“ einzuschätzen. Daher wollen sich nicht einmal die Gemäßigten unter den Israelis mit dem Gedanken eines absolut souveränen palästinensischen Staates zu beiden Seiten Israels befreunden. Denn Souveränität würde — wie sogar Khalidi unterstrich — auch die vollständige Kontrolle über die Streitkräfte bedeuten<sup>23)</sup>, was wiederum zur Folge haben könnte, daß die militärischen Kapazitäten der Araber in der nahen Umgebung Tel Avivs — wie vor dem Juni 1967 — massiert werden könnten. Andererseits könnten die meisten Israelis dazu gebracht werden, ein autonomes Gebiet der Palästinenser auf der Westbank zu akzeptieren, sofern es völlig demilitarisiert würde. Da aber nicht anzunehmen ist, daß ein Palästinenser-Führer eine solche Vorstellung akzeptieren und für seine Landsleute diesbezügliche vertragliche Verpflichtungen eingehen würde, erscheint das Ziel einer Entmilitarisierung des Westufers und des Gazastreifens als autonome Provinzen Jordaniens — die nicht mehr als etwa ein Siebtel des gesamten jordanisch-palästinensischen Staates umfassen würden — sehr viel sinnvoller. Anders herum gesagt: auch dieser Punkt spricht eher für eine neuerliche Teilung als die Schaffung eines dritten Staates.

*Achtens:* Die der PLO innewohnende Maßlosigkeit ist nicht ausschließlich gegen Israel gerichtet. Während Yassir Arafat und die meisten Mitglieder seiner Al Fatah die Meinung vertreten, daß die PLO keine Mittel für aussichtslose Versuche vergeuden solle, die gesamte arabische Welt zu revolutionieren, halten andere die Unterscheidung zwischen Palästinensern und anderen Arabern für unecht und vertreten die Ansicht, die Organisation sollte ihre Zielsetzungen permanent auf die gesamte arabische Welt richten. Zohair Mohsen, der verstorbene Führer der As-Saika, hat diese Vorstellung ausführlich in einem Interview mit einer linken holländischen Zeitung erklärt:

„Ein Palästinensisches Volk gibt es nicht. Die Schaffung eines Palästinensischen Staates ist ein Mittel zur Fortführung unseres Kampfes gegen Israel und für die arabische Einigkeit. Da Golda Meir die Existenz eines Palästinensischen Volkes leugnet, behaupte ich, daß ein solches Volk besteht und daß es von den Jor-

<sup>23)</sup> Khalidi, a. a. O.

daniern zu unterscheiden ist. Doch in Wirklichkeit gibt es keinen Unterschied zwischen Jordaniern, Palästinensern, Syrern und Libanesen. Wir alle gehören zum arabischen Volk. Lediglich aus politischen und taktischen Gründen sprechen wir von der Existenz einer Palästinensischen Identität, da es im nationalen Interesse der Araber liegt, eine separate Existenz der Palästinenser dem Zionismus gegenüberzustellen. Aus taktischen Gründen kann Jordanien — das ein Staat mit festen Grenzen ist — keinen Anspruch auf Haifa und Jaffa erheben. Dagegen kann ich als Palästinenser Haifa, Jaffa, Beer Scheba und Jerusalem fordern. Doch sobald unsere Rechte auf das gesamte Palästina wiederhergestellt sind, dürfen wir die Vereinigung Jordaniens mit Palästina keinen weiteren Augenblick verzögern.<sup>24)</sup>

Mohsens Ansichten werden nicht unbedingt von jedem Mitglied oder Anhänger der PLO geteilt. Wie bereits erwähnt, hat sich Prof. Waled Al Khalidi von der American University von Beirut, der mehrmals als Kandidat für ein hohes Regierungsamt in einem künftigen palästinensischen Staat im Gespräch war, für einen dritten Palästina-Staat auf der Westbank und im Gazastreifen eingesetzt, der seiner Meinung nach mit seinen östlichen und westlichen Nachbarn in Frieden leben könnte und sollte. Doch Mohsens gewaltsamer Tod wenige Monate später erinnerte auf grausige Weise daran, was Gemäßigten wie Khalidi zustoßen kann, wenn sie zu mutig für Mäßigung eintreten. Gleichzeitig befürwortet Mohsen mit seinem Standpunkt unabsichtlich eher eine zweite Teilung als einen dritten Staat. Denn wenn — wie bereits gesagt — die Schaffung eines dritten Staates das Flüchtlingspro-

blem nicht lösen kann, da die Palästinenser selbst — wie Mohsen — keinen Unterschied zwischen ihnen und den Bewohnern Jordaniens sehen, erscheint der ganze Gedanke eines dritten Staates doppelt unsinnig. Einige brennende Probleme könnten dadurch eventuell aus dem Weg geräumt werden, jedoch nur auf Kosten einer gefährlichen Balkanisierung eines bereits zerstückelten Gebietes.

*Neuntens:* In diesem Falle verliert der 7. Punkt des vorhergehenden Kapitels — d. h., daß Israel nur dann hoffen kann, seine eigenen arabischen Bürger zu befriedigen, wenn es der PLO das Recht zugesteht, einen unabhängigen Staat auf der Westbank zu gründen — fast vollständig an Bedeutung. Denn es ist wohl nur logisch zu behaupten, daß die Einstellung der israelischen Araber unter anderem auch von dem allgemeinen Trend der arabisch-israelischen Beziehungen abhängig ist. Wenn diese Beziehungen sich polarisieren, ist zu erwarten, daß die inter-ethnischen Beziehungen in Israel in eine Krise geraten. Umgekehrt läßt sich auch argumentieren, daß, wenn Israel seine Beziehungen zu der arabischen Welt im Rahmen einer umfassenden Reihe von Abmachungen regelt und wenn sich diese Regelung als stabil erweisen sollte, die Beziehungen zwischen Arabern und Juden in Israel selbst sich sehr wahrscheinlich auch normalisieren werden. Sollte jedoch eine instabile arabisch-israelische Regelung mit einem unabhängigen PLO-Staat auf der Westbank und im Gazastreifen zustande kommen, so wäre es aus dem gleichen Grunde unlogisch zu erwarten, daß die arabisch-jüdischen Beziehungen innerhalb Israels weniger krisenanfällig würden, als sie es seit 1973 sind.

## Ausblick

Ein dritter Ministaat in Palästina zwischen Jordanien im Osten und Israel im Westen wird, wie dargelegt, weder das Flüchtlingsproblem noch das Problem der israelischen Araber lösen, noch wird er die Energieprobleme des Westens oder die Gefahr einer Kollision der Supermächte aus der Welt schaffen. Seine einzige mögliche Chance als Instrument zur Beilegung des arabisch-israelischen Konflikts liegt in der vollständigen Neufestsetzung der Zielvorstellungen der PLO. Da dies aber keineswegs wahrscheinlich erscheint,

sollte sich die Suche nach einer Alternative auf eine Art Kompromiß zwischen „drittem Staat“ und „zweiter Teilung“ in ihrer Idealform konzentrieren. So könnte z. B. zwischen Israels strategischer und politischer Ostgrenze unterschieden werden. Während die strategische Grenze sich mit der Waffenstillstandslinie vom Juni 1967 (d. h. also dem Jordan) decken sollte, könnte sich die politische Grenze sogar mit dem *Status quo ante* von vor 1967 decken. In der zwischen diesen Linien liegenden Zone könnte ein autonomes palästinensisches Gebiet geschaffen werden, das mit Jordanien entsprechend König Husseins Plan vom März

<sup>24)</sup> Vgl. Trouw vom 31. März 1977.

1972 konföderativ verbunden wäre. Dies wäre natürlich keine Ideallösung, erscheint aber als ein vernünftiger und durchführbarer Rahmen für einen Kompromiß.

Es steht zu erwarten, daß die militanten PLO-Mitglieder dagegen sein werden. Dann werden sie aber auch alles andere außer der Erfüllung der Charta ablehnen. Die Gemäßigten ihrerseits werden sich in einem Dilemma befinden: Sollen sie einen Kompromiß unterstützen und sich dadurch dem Zorn des militanten Flügels aussetzen, oder sollen sie auf alle eigene Verantwortung verzichten und den militanten Mitgliedern das Feld überlassen, so wie in der Vergangenheit auch. Entscheiden sie sich für die erste Möglichkeit, so werden

sie zweifellos in hohem Maß ihr eigenes Leben riskieren und gleichzeitig ihrer Sache einen hohen Dienst erweisen. Geben sie nach, tragen sie dazu bei, daß die Palästinenser die ewigen Verlierer im arabisch-israelischen Konflikt bleiben. Denn früher oder später werden andere der arabischen Frontstaaten dem Beispiel Ägyptens folgen und sich mit Israel zu arrangieren suchen. Sollten sich dann die Palästinenser dafür entscheiden, gegen sie zu kämpfen, anstatt sich ihnen anzuschließen, werden sie im Stich gelassen werden; alle Sympathie und alles Verständnis für ihre Sache, die ihnen im letzten Jahrzehnt von Europa, Nordamerika und anderen Ländern entgegengebracht worden sind, werden sie dann verspielt haben.



## PLO — Zwischen Terror und Diplomatie

## Einführung: Die Doppelstrategie der PLO

Als im Februar 1979 der Führer der Palästinensischen Befreiungsorganisation, Yassir Arafat, in Teheran von den iranischen Revolutionären empfangen wurde, begrüßte ihn der Ayatollah Khomeini als das „erste ausländische Staatsoberhaupt“, das den Iran nach dem Sturz des Schah-Regimes besuche. Die damals in Teheran spektakulär inszenierte Begegnung verschaffte der PLO beträchtlichen politischen Aufwind. Während Khomeini die Olzufuhr für Israel abrupt stoppte und die israelischen Diplomaten des Landes verwies, wurde über der ehemaligen Israel-Botschaft in der iranischen Hauptstadt die Flagge der PLO-Kommandos aufgezogen. Und der Schiiten-Führer entließ Arafat mit dem großen Wort, daß die islamische Revolution solange unvollständig sei, wie die Palästinenser die ihre nicht erfolgreich durchgeführt hätten<sup>1)</sup>. Der Triumph der PLO im Iran war indes nur ein, wenn auch bedeutendes Glied in der Kette ihrer diplomatischen Erfolge: Im Zuge der in Camp David ausgehandelten Friedenskonzeption zwischen Ägypten und Israel erhielt die PLO im Umfeld der gegen dieses Abkommen sich formierenden „Ablehnungsfront“ arabischer Staaten einen neuen Stellenwert im politisch-strategischen Spiel um eine Gesamtlösung des Nahostkonflikts. Da die westliche Ölversorgung mit den Vorgängen im Iran eng verknüpft ist, gelang es Arafat, relativ schnell durch eine konsequent betriebene politische Kampagne die PLO als Ansprechpartner für die westliche Diplomatie aufzubauen. In geradezu hektischer Betriebsamkeit setzte sich ein Besucherstrom westeuropäischer und amerikanischer Politiker nach Beirut zum Hauptquartier der PLO in Bewegung.

Seit dem Sturz des Schahs und dem Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten erreichte die PLO im einzelnen folgende Ziele: eine weitere Anerkennung in den Vereinten Nationen<sup>2)</sup>, indirekte Gespräche mit der US-Admini-

nistration über die Lage im Nahen Osten<sup>3)</sup>, ein mehrstündiges, internationales vielbeachtetes Gespräch zwischen Arafat, dem österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky und dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt (in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Sozialistischen Internationale), intensive Kontakte des „designierten“ PLO-Außenministers Faruk Kaddoumi mit dem französischen Außenamtchef François-Poncet sowie ein Treffen Arafats mit der spanischen Regierung. Anfang November 1979 empfing Portugals Staatspräsident Eanes den PLO-Führer. Damit hatte erstmals das Oberhaupt eines NATO-Staates Arafat empfangen<sup>4)</sup>.

Weit über 100 Staaten in Ost und auch West haben darüber hinaus in den letzten Jahren die PLO politisch als den einzigen und rechtmäßigen Vertreter des palästinensischen Volkes politisch anerkannt und ihr die Eröffnung offizieller Büros gestattet. Und all dies ungeachtet der Tatsache, daß die Kommandos der PLO eine zentrale Stellung innerhalb des internationalen Terrorismus einnehmen<sup>5)</sup>.

Seit dem Sadat-Besuch in Jerusalem (Dezember 1977) und dem ägyptisch/israelischen Arrangement lassen sich in Europa und den USA bemerkenswerte Tendenzen erkennen; zunächst einmal ist eine merkwürdige Distanz vieler westlicher Staaten zu jener friedlichen

Vereinten Nationen zurückgetreten, nachdem er „eigenmächtig“ Gespräche mit dem PLO-Beobachter bei den UN, Terzy, geführt hatte.

<sup>1)</sup> Bei der Geiselnahme in der US-Botschaft in Teheran am 4. November 1979 hoffte die amerikanische Regierung anfangs auf eine Vermittlerrolle der von ihr nicht anerkannten PLO. Inwieweit der jüngste Akt des Terrorismus u. a. auch in der Absicht „inszeniert“ wurde, die Palästinensische Befreiungsorganisation gegenüber der Carter-Administration ins Spiel zu bringen und somit weiter politisch aufzuwerten, ist noch weitgehend unklar. Diese Möglichkeit scheint nach einer sorgfältigen Analyse der Vorgänge um die besetzte US-Botschaft in Teheran aber doch wohl auszuschließen.

<sup>2)</sup> Vgl. FAZ v. 5. November 1979, S. 5.

<sup>3)</sup> Vgl. hierzu ausführlich R. Tophoven, Die Palästinenser und das Netz des internationalen Terrorismus, in: M. Funke (Hrsg.), Terrorismus. Untersuchungen zur Strategie und Struktur revolutionärer Gewaltpolitik, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 123, Bonn 1977, S. 198 ff.

<sup>1)</sup> Vgl. J. K. Cooley, Iran, the Palestinians and the Gulf, in: Foreign Affairs, Vol. 57, No. 5, Summer 1979, S. 1017.

<sup>2)</sup> In den UN kam es vor allem im Zusammenhang mit der Young-Affäre zu weiteren Sympathieerklärungen für die PLO. Andrew Young war im Sommer 1979 von seinem Posten als US-Botschafter bei den

Beilegung des 30jährigen Kriegszustandes zwischen Kairo und Jerusalem zu beobachten. Es fehlt in der westlichen politischen Hemisphäre immer noch an der gebotenen Ermunterung für Präsident Sadat und Israels Regierung unter Menachem Begin. Statt dessen versuchen immer mehr Staaten vor dem Hintergrund der politischen Veränderungen im Iran und möglicherweise darauf folgender innenpolitischer Spannungen in der Region am Persischen Golf, die PLO an den Verhandlungstisch zu ziehen.

Die Strategie der arabischen Anti-Sadat-„Fronde“ zielt andererseits darauf ab, die PLO als Speerspitze ihrer aggressiven Kampagne gegen Ägypten und Israel aufzurichten, um die „arabischen Regimes selbst von der Pflicht zur Militanz“ zu entlasten<sup>6)</sup>. Ansatzpunkt dieser Agitation ist vor allem die in Camp David ausgehandelte Autonomie für die Bewohner des Gazastreifens und des Westjordanlandes (Westbank).

Wie schon so oft in der Geschichte des arabisch-israelischen Konflikts haben es die Gegner des Friedensabkommens erneut verstanden, die verschiedenen palästinensischen Kampforganisationen für ihre Zwecke einzuspannen. Begünstigt wird diese Strategie dadurch, daß in der Folge der weltweit ausgebrochenen Diskussionen um eine Gesamtlösung des Nahostkonflikts darüber Konsens besteht, ohne Beilegung der nun schon über 30 Jahre schwelenden Palästina-Frage sei dieser Krisenherd der Weltpolitik nicht zu befrieden. Selbst in Israel mehrten sich jene Stimmen, die eine Regelung der Palästina-Frage ansteuern. Noch zu Zeiten Golda Meirs als „nicht existent“ abgetan, spricht der frühere Außenminister Jigal Allon inzwischen von dem palästinensischen Problem als „einer schwärenden Wunde“, ohne deren Schließung die Region nicht zur Ruhe käme. Die Kernfrage liegt allerdings im „Wie“ und „Mit wem“.

Die bisher geübte unnachgiebige Haltung Israels, nicht mit der PLO zu verhandeln, basiert auf Entwicklungen innerhalb der Palästinenserszene, die für den jüdischen Staat ein zu hohes Risiko bedeuten. Die Fedayin-Verbände und somit die nun allseits hofierte PLO verbindet weder eine gemeinsame Ideologie noch eine gemeinsame Strategie. Sie stammen aus einer Nation, „die ihrerseits voll ist von gesellschaftlichen Spannungen und zerrissen durch traditionelle Rivalitäten zwischen Clans, Fa-

milien, Stämmen“<sup>7)</sup>. Hinzu tritt, daß die PLO sich nach teils miteinander rivalisierenden arabischen Staaten richtet. Die Ursache der internen PLO-Differenzen resultiert aus der Frage, auf welchem Wege die „Befreiung Palästinas“ erreicht werden kann, ob durch Terror oder Diplomatie; ob man sich mit den besetzten Gebieten — als einem „Ministaat“ — begnügen oder aber Israels Zerstörung anstreben soll. So ist die Forderung nach einem eigenen Staat bei dieser Zerrissenheit der Organisationen der kleinste gemeinsame Nenner aller Palästinenser.

Gegenüber westlichen Politikern spielt PLO-Führer Yassir Arafat diese Karte, was ihm erlaubt, sich friedfertig zu geben. Diese Taktik trug ihm denn auch den Ruf eines „Gemäßigten“ ein. Mehrfach betonte er, u. a. bei seinem spektakulären Auftritt vor der UN-Vollversammlung (November 1974), „sich mit jedem Stück befreiten Gebietes zufrieden zu geben“. Trotz dieser dehnbaren Formulierung handelte sich Arafat die Kritik der Radikalen<sup>8)</sup> im PLO-Lager ein. Andererseits hat aber auch Arafat bis heute mit keiner Silbe der palästinensischen „Nationalcharta“<sup>9)</sup>, in der die Zerstörung Israels und ein laizistisches Palästina gefordert werden, abgeschworen.

Ein Blick auf das gesamte Spektrum der Palästinenserszene verdeutlicht: allen Wandlungen, Kriegen, internen Rivalitäten und Krisen zum Trotz hat sich in ihr ein in letzter Zeit ständig wachsendes nationales Bewußtsein sowie ein spezifisches palästinensisches Solidaritätsgefühl entwickelt. Dies gilt für die Palästinenser in der „Diaspora“ ebenso wie für jene in den von Israel besetzten Gebieten. Der Anteil, den die PLO an diesem Prozeß besitzt, ist gekennzeichnet durch Terrorakte ebenso wie durch politisches Taktieren auf internationalem Parkett. Und die „Mixtur“ aus Terrorismus und Diplomatie brachte der Dachorganisation der palästinensischen Kampfverbände bereits erstaunliche Erfolge. Jene Untergrundbewegung, die weltweit ihre Fäden zu terroristischen Gruppen und Zirkeln geknüpft hat, ist mittlerweile auch Gesprächspartner für deutsche Sicherheitskreise geworden, wenn es darum geht, die von den Fedayin in der Vergangenheit deutschen Terroristen gewährte Unterstützung einzustellen. In der Sicht der

<sup>7)</sup> Ders., ebd.

<sup>8)</sup> Vgl. hierzu die weiteren Ausführungen in Kap. I.

<sup>9)</sup> Vgl. den Text der „Nationalcharta“ u. a. bei R. Topfhoven, Fedayin — Guerilla ohne Grenzen, München 1975<sup>2</sup>, S. 64f.

<sup>6)</sup> E. Gysling, Der lange Marsch der PLO, in: Deutsche Zeitung v. 17. August 1979, S. 3.

PLO wird man die Kontakte zu Dienststellen der Bundesrepublik als weitere politische Aufwertung interpretieren. Die Absicht der deutschen Unterhändler liegt jedoch ausschließlich darin, im Sinne der internationalen Terrorismusbekämpfung die PLO in ihre Strategie mit einzubeziehen.

Im Dezember 1978 kam es zunächst zu vertraulichen Gesprächen deutscher Behörden mit einem der einflußreichsten und finanzstärksten Förderer des palästinensischen Widerstandes und internationaler sogenannter „Freiheitskämpfer“: Libyens Staatschef Muammar el-Khaddafi versicherte dem deutschen Innenminister Gerhart Baum, sein Land werde deutschen Gewalttätern keinerlei Unterstützung, geschweige denn Unterschluß mehr gewähren. Ergänzt wurde die Initiative des Innenministers im Frühjahr 1979, als führende Beamte des Bundeskriminalamtes (BKA) sich in Beirut mit Geheimdienstleuten der PLO trafen. Ziel dieser Kontakte sollte ein „Stillhalteabkommen“ zwischen dem BKA und der PLO sein. So hat die Palästinenserorganisation nach allem, was bis heute an die Öffentlichkeit sickerte, den Sicherheitsbehörden in der Bundesrepublik wohl zugesagt, PLO-Aktivitäten auf deutschem Boden zu unterlassen und Maschinen der deutschen „Lufthansa“ nicht mehr anzugreifen. Dieses Arrangement schien jedoch gefährdet, als kürzlich bekannt wurde, daß Agenten des israelischen Geheimdienstes in deutschen Gefängnissen palästinensische Terroristen verhört haben. Nur mühsam gelang es den zuständigen Behörden in Bonn, die Affäre zu entschärfen<sup>10)</sup>.

Die Absprachen zwischen BKA und PLO sollen daneben noch einem weiteren Ziel dienen. Ein offensiver Zug der Antiterror-Strategie deutscher Dienststellen ist gemäß einem Konzept des Innenministers der Versuch, Terroristen aus der Bundesrepublik, die sich möglicherweise im Ausland aufhalten, dort zu isolieren und ihnen die logistischen Verbindungsstränge abzuschneiden. Inwieweit diese Konzeption von Erfolg gekrönt ist, wird die Zukunft zeigen müssen<sup>11)</sup>.

<sup>10)</sup> Im Zusammenhang mit diesen Vorfällen wurden zwei in bayerischen Gefängnissen sitzende Palästinenser vorzeitig entlassen und in den Libanon abgeschoben. — Zu den Hintergründen der Affäre vgl. u.a. J. Joffe u. M. Naumann, Dreieck im Dunkeln, in: Die Zeit v. 9. November 1979 (ZEIT-Dossier), S. 9ff.

Jedenfalls, die Strategie der PLO funktioniert noch — auf dem Sicherheitssektor wie auf diplomatischer Ebene —, trotz aller Widersprüchlichkeit in den Aussagen ihrer führenden Repräsentanten. Während bei Zusammenkünften mit europäischen Politikern verbale Mäßigung vorherrscht, tönt es den Massen in der arabischen Welt aus den dortigen Medien anders entgegen — und diese Tatsache ist wohl langfristig bedeutsamer und sollte als ein echter Bewertungsmaßstab genommen werden. So äußerte sich Arafat auf einer Konferenz in Damaskus am 18. August 1979: „Mein Treffen mit Kreisky und Kaddoumis Treffen mit dem französischen Außenminister François-Poncet sind ein Durchbruch in unseren Kontakten mit den europäischen Ländern. Wir ernten die Früchte unseres Sieges aus einem Strom von Blut. Wir werden unser Palästina mit unseren Soldaten und Gewehren errichten ... Die Straße wird lang und grausam sein.“ Und Faruk Kaddoumi, außenpolitischer Leiter der PLO, erklärte in einem Interview mit dem Deutschen Fernsehen: „Die PLO wird Israel niemals anerkennen — selbst dann nicht, wenn Israel die PLO anerkennen sollte.“<sup>12)</sup>

Derartige Deklarationen schüren das Mißtrauen. Sie bestätigen, daß die PLO ihr Ziel des bewaffneten Kampfes zur Vernichtung Israels noch nicht aufgegeben hat. Außerdem enthüllen sie die Doppelstrategie, von der das „außenpolitische“ Konzept der Palästinensischen Befreiungsorganisation momentan bestimmt wird: Diplomatie im Ausland, Terrorkrieg gegen Israel im Nahen Osten. Auf diese verkürzte Formel läßt sich die augenblickliche Strategie der PLO festschreiben.

Ein Blick auf die Geschichte des palästinensischen Widerstandes, ihre Organisationen und das gegenwärtige taktisch-operative Vorgehen der Kommandos scheint erforderlich, um eine bessere Einsicht und realistischere Einschätzung dieser Bewegung zum aktuellen Zeitpunkt zu gewinnen.

<sup>11)</sup> Unbestritten ist indes, daß der spektakuläre Erfolg der Anti-Terror-Einheit GSG 9 bei der Geiselfreiung in Mogadischu wesentlich dazu beitrug, das Ansehen der Bundesrepublik auf dem Sektor der internationalen Terrorismusbekämpfung zu stärken. Seit der Nacht von Mogadischu haben über 40 Länder bei der Bundesregierung um Beratung und Hilfe beim Aufbau von Spezialeinheiten ähnlich der GSG 9 nachgesucht.

<sup>12)</sup> ARD v. 12. August 1979.

# I. Zur Geschichte der PLO: Guerilla, Terrorismus, Diplomatie

## Die PLO zwischen den Kriegen: 1967—1973

Am Ende des Sechs-Tage-Krieges vom Juni 1967 hatte Israel die Sinai-Halbinsel, den Gaza-Streifen, Westjordanien, Ost-Jerusalem und die syrischen Golan-Höhen besetzt. Der glänzende militärische Erfolg leitet aber zugleich eine Entwicklung im Nahen Osten ein, die in den folgenden Jahren, auch über die engeren Grenzen dieses Krisenherdes hinaus, große Teile der Welt in Atem halten soll. Denn die militärische Katastrophe der arabischen Staaten im Sechs-Tage-Krieg ist das eigentliche Signal für den Aufbruch der palästinensischen Guerillaorganisationen, deren Führer schon unmittelbar nach Kriegsende den bewaffneten Volkskrieg gegen Israel proklamieren. Während die arabische Welt noch unter dem Schock der Niederlage wie gelähmt ist, aktivieren die militanten Palästinenser bereits kurze Zeit nach dem Waffenstillstand ihre Kleinkriegführung gegen Israel, um den ihnen verhaßten zionistischen Staat mit den Methoden des Untergrundes zu bekämpfen und die besetzten Gebiete zu befreien. „Revolution bis zum Sieg“ heißt die Parole<sup>13)</sup>.

Immer wieder hatten die arabischen Staaten, allen voran Ägypten unter seinem damaligen Präsidenten Nasser, in der Ära vor dem Juni-krieg das Palästina-Problem und die damit verbundene Lage der Flüchtlinge in ihr politisches Kalkül einbezogen und lautstark die „Wiederherstellung der legitimen Rechte des Palästinensischen Volkes“ gefordert. Bereits 1964 war es auf Betreiben Nassers zur Gründung der „Palästinensischen Befreiungsorganisation“ (PLO) gekommen, die heute als Dachverband fast aller Guerillagruppen fungiert. An ihrer Spitze steht seit 1969 Yassir Arafat, der Führer der größten Untergrundtruppe El Fatah.

Doch entpuppte sich die „alte“ PLO sehr bald nach ihrem Aufbau als reines Macht- und Interesseninstrument der offiziellen arabischen

bzw. ägyptischen Politik. Entsprechend dieser Verfilzung spielten denn auch ihre Kader im Krieg von 1967 eine klägliche Rolle. So fühlten sich die Palästinenser vom Ausgang des dritten Waffengangs bitter enttäuscht. Sie mußten erkennen, daß sie den Interessen der arabischen Regierungen in der Vergangenheit geopfert worden waren. Hoffnungen und Träume auf eine Rückkehr nach Palästina hatten sich am 10. Juni 1967 zerschlagen. Auf die jahrelang versprochene Lösung des Palästina-Problems war ein neues Flüchtlingselend, Besetzung statt Befreiung gefolgt. Diese Entwicklung bewirkte nach dem Sechs-Tage-Krieg eine tiefe Zäsur im politischen Bewußtsein der Palästinenser, die zu einer psychologischen Distanzierung von den arabischen Staaten führte, weil man sich von ihnen im Stich gelassen fühlte. Palästinensische Kreise hielten nach einer neuen Kraft Ausschau: Sternstunde gleichsam für die Guerillas!

Die Freischärler der palästinensischen Organisationen schienen die geeignete Speerspitze zu sein, mit der Israel getroffen werden konnte. Fedayin, die „Opferbereiten“, wie sich die Mitglieder der Kommandos selbst nannten, „Revolution“, bewaffneter „Volkskrieg“, „Befreiung Palästinas und der besetzten Gebiete“ wurden Schlagworte und Zauberformeln, die anfangs eine gewaltige Anziehungskraft in den Metropolen der arabischen Länder, in radikalen Studentenkreisen in aller Welt und vor allem in den Unterkünften der palästinensischen Flüchtlinge ausübten.

In den Theorien der klassischen Lehrmeister dieser Kriegführung glaubten die Fedayin die Patentrezepte für einen erfolgreichen Kampf um Palästina gefunden zu haben. Vom Ideologen des algerischen Aufstandes, Frantz Fanon, wurde die Lehre von der Notwendigkeit der Gewaltanwendung übernommen; Che Guevara lieferte die Theorie des bewaffneten Kampfes; Mao Tse-tung das Konzept des „langen Marsches“ und die Devise, der Revolutionär müsse unter der Zivilbevölkerung schwimmen „wie ein Fisch im Wasser“<sup>14)</sup>.

<sup>13)</sup> Vgl. zu den politischen, militärischen und ideologischen Programmen der verschiedenen palästinensischen Kommando-Organisationen die ausführliche Textsammlung bei: L. S. Kadi (Hrsg.), *Basic Political Documents of the Armed Palestinian Resistance Movement*, Beirut 1969; vgl. ebenso zur Ideologie und den Konzeptionen der Fedayin: R. N. El-Rayyes und D. Nahas (Ed.), *Guerillas for Palestine, A study of the Palestinian commando organization*, Beirut 1974, S. 19—71.

<sup>14)</sup> Vgl. u. a. R. Tophoven, *Palästinensische Kommandos — Israelische Abwehr. Aspekte des Guerillakrieges und der Konterguerilla in Nahost*, in: ders. (Hrsg.), *Politik durch Gewalt, Guerilla und Terrorismus heute*, Bonn 1976.

Wie Pilze schossen immer neue Gruppen und Grüppchen aus dem Boden. Zeitweise beanspruchten über zehn verschiedene Organisationen die Bühne des „Kriegstheaters“ für sich<sup>15)</sup>.

Mit immensen finanziellen Zuwendungen unterstützten zunächst besonders die arabischen Ölländer den Aufstieg der Fedayin. Wohl keine andere Guerilla der modernen Geschichte konnte in so prall gefüllte Kassen greifen. Mythos und wachsende Popularität der Befreiungsbewegungen veranlaßten zwar die arabischen Regierungen, in den ersten Jahren nach dem Junikrieg die Sache der Palästinenser immer wieder in ihre Überlegungen und Propaganda mit einzubeziehen, doch waren diese Sympathieerklärungen im Grunde nur Lippenbekenntnisse. Dieses Verhalten rührt von der Tatsache her, daß die 1967 schwer geschlagenen Araber sich damals noch im Stadium der moralischen und militärischen Aufrüstung befanden und es ihnen nur gelegen sein konnte, wenn die Fedayin das politische Klima durch Aktionen ständig neu anheizten.

Die Förderung der Guerillas durch die etablierten Regierungen im arabischen Raum ging jedoch bei aller verbalen, waffentechnischen und finanziellen Unterstützung nie so weit, daß man den Vorkämpfern für Palästina einen bestimmenden Einfluß auf die innenpolitischen Entwicklungen ihrer Gastländer einräumte. Syrien hielt die Fedayin unter strenger Kontrolle; von Ägypten aus durften sie nur propagandistisch agieren; Jordanien liquidierte die Guerilla-Bastionen im Bürgerkrieg 1970/71, als die Freischärler in völliger Verkeppung ihrer wahren Stärke an den Eckpfeilern der haschemitischen Dynastie rüttelten.

Im Libanon, wo die palästinensischen Kommandos aufgrund der stets chronischen innenpolitischen Labilität des Landes auch heute noch den größten Aktionsradius besitzen, standen die Fedayin fast immer im Zentrum jener bürgerkriegsähnlichen Wirren, die das Land seit den frühen 70er Jahren regelmäßig erschütterten und schließlich im Bürgerkrieg von 1975/76 in ein Chaos stürzten<sup>16)</sup>.

So bröckelte die Gloriole des „Ruhms“ von den Organisationen mehr und mehr ab. Mit dazu bei trug auch das zunehmende militärische

Erstarken der regulären arabischen Armeen. Nachdem nämlich das 1967 verlorene Waffenpotential durch die Sowjets sehr schnell wieder ausgeglichen und sogar noch übertroffen worden war, entwickelten die arabischen Streitkräfte ein neues Selbstbewußtsein sowie ein steigendes Vertrauen in die eigene Stärke. Man brauchte keine „Stellvertreter“ mehr, die die Alibigefechte gegen Israel lieferten. Am Vorabend des vierten Krieges im Oktober 1973 waren militärisches Ansehen und moralische Kraft der Fedayin auf einem Tiefpunkt angelangt. In sechsjähriger Zwischenkriegszeit hatte sich die Unfähigkeit der palästinensischen Kommandos, Israel in Schwierigkeiten zu bringen, deutlich herauskristallisiert. Darüber hinaus hatte sich auch in der arabischen Welt, wenngleich nicht immer deutlich artikuliert, vielfach die Einsicht durchgesetzt, daß die kriminellen Operationen der Palästinenser in vielen Ländern der Welt das Prestige der Araber stark herabsetzten und diskreditierten. Die Guerillakonzeption hatte versagt! Eine Guerillakriegführung ist nämlich dann zum Mißerfolg verurteilt, wenn sie ausschließlich „von außen“, d. h. im konkreten Fall der Palästinenser von ihren arabischen Gastländern aus, geführt wird. „Guerillas im Exil“<sup>17)</sup> sind unter militärischen Gesichtspunkten nicht lebensfähig; auf diesen Status jedoch waren die Fedayin schon sehr bald abgerutscht. So führte denn das Scheitern ihrer Kommandos, auch nur eine einzige eigene Basis in den von Israel seit 1967 okkupierten Gebieten aufzubauen und zu halten, gepaart mit dem Fehlschlagen einer allgemeinen Aufstandsbewegung der dort lebenden palästinensischen Bevölkerung, zu jenem Export des Terrors aus Nahost, der weltweit die Öffentlichkeit betreffen machte.

Den endgültigen Beweis ihrer Bedeutungslosigkeit erfuhren die Fedayin im Yom-Kippur-Krieg. Als im Oktober 1973 der vierte arabisch-israelische Krieg entbrannte, standen sie als Statisten am Rande des Schlachtfeldes; an den Operationen der ägyptischen und syrischen Armeen hatten sie so gut wie keinen Anteil. Ein Zusammenspiel der Partisanen mit den regulären Streitkräften, wie es beispielsweise Mao Tse-tung in seiner Guerillastrategie fordert, fand nicht statt; vielmehr wurden die palästinensischen Kommandoorganisationen von den arabischen Staaten politisch und

<sup>15)</sup> Vgl. weiter unten.

<sup>16)</sup> Vgl. zum Bürgerkrieg im Libanon u. a. H. Vocke, *The Lebanese War*, London 1978. Zuletzt auch D.Th.Schiller, *Der Bürgerkrieg im Libanon*, München 1979.

<sup>17)</sup> G. Ben-Dor, *The Strategy of Terrorism in the Arab-Israel Conflict: The Case of the Palestinian Guerillas*, in: Y. Evron (Ed.), *International Violence: Terrorism, Surprise and Control*, Jerusalem 1979, S. 141.

militärisch überspielt und vom Ausbruch der Kämpfe offensichtlich völlig überrascht. Die einst zur Guerilla „par excellence“ hochgejubelten Fedayin standen eindeutig im Schatten des großen Kriegsgeschehens. Spätestens seit dem Yom-Kippur-Krieg ist das Epos von den „Helden“ der palästinensischen Revolution verblaßt. Den „Siege“, wie die Araber den Aus-

gang des Krieges interpretieren, hatten die Soldaten Ägyptens und Syriens errungen — die von den Israelis in der Vergangenheit geschlagenen Freischärler waren daran nicht beteiligt. Das Bild des palästinensischen Guerilla-Kämpfers verschwand aus den Köpfen der arabischen Massen. Von den Fedayin sprach kaum noch jemand, sie standen allein.

## Yom-Kippur-Krieg: Fall und Aufstieg der Fedayin

Dennoch kam es in der Folgezeit zu intensiven Bemühungen innerhalb der arabischen Welt sowie auf internationaler Ebene, der militärisch zerriebenen, demoralisierten und innerlich aufgespaltenen Palästinenserorganisation formal den Rücken zu stärken. Alle in den arabisch-israelischen Konflikt verwickelten Gegner Israels fühlten sich plötzlich verpflichtet, ihre eigene Strategie gegenüber der PLO zu entwickeln<sup>18)</sup>.

Die arabische Diplomatie in den Jahren nach dem Oktoberkrieg von 1973 war bestimmt von einer wachsenden Anerkennung der PLO. Dieser Prozeß vollzog sich in mehreren Phasen: Am 28. Oktober 1974 erkannte die Gipfelkonferenz der arabischen Staatschefs in Rabat die Palästinensische Befreiungsorganisation als den „einzigen und rechtmäßigen Vertreter des palästinensischen Volkes“ an. Es folgte der spektakuläre Auftritt Arafats vor den Vereinten Nationen in New York und die Annahme der Resolution 3236 (22. November 1974) durch die UN-Vollversammlung. Diese Resolution bekräftigte das Recht der Palästinenser auf „nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung“.

Aufgrund dieser veränderten Situationen sah sich die PLO in der Rolle eines an kommenden Friedensgesprächen Beteiligten und war gezwungen, einige ihrer traditionellen Positionen abzuändern. So artikulierte sie vorsichtig die Möglichkeit, sich mit der Souveränität über nur einen Teil „Palästinas“ zufrieden zu geben, was allerdings die Radikalen in ihren Reihen sofort in die Opposition trieb. Vorhut dieser oppositionellen Kräfte gegen jedwede friedliche Lösung der Probleme ist die im Herbst 1974 formierte „Ablehnungsfront“ um George Habbash und seine „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP). Doch die Kritik der Habbash-Gruppe erübrigte sich, denn die

Führerschaft der PLO, in ihrem Establishment weitgehend von El Fatah (Arafat-Gruppe) dominiert, dachte niemals ernsthaft daran, Grundpositionen aufzugeben. Vielmehr war man bestrebt, grundsätzliche ideologische Aussagen zu bewahren und allenfalls gewisse politische Einstellungen zu modifizieren. Dies geschah durch die Unterscheidung zwischen „strategischen“ und „taktischen“ Zielen. „Strategische“ Ziele waren jene, die durch das offizielle Programm der PLO, die „Palästinensische National-Charta“, sanktioniert sind. Die „taktischen“ Zielsetzungen sollten durch die jeweiligen Umstände bestimmt werden<sup>19)</sup>.

Bis in die jüngste Gegenwart ist die PLO dieser Linie gefolgt. Die Nationalcharta, 1964 abgefaßt und vier Jahre später revidiert und stellenweise in ihren Aussagen noch verschärft<sup>20)</sup>, gilt als gemeinsames Credo aller in der PLO zusammengeschlossenen Gruppen. Alle seit der Verkündung dieses Grundsatzprogrammes abgehaltenen Nationalkongresse der PLO haben es nicht vermocht und wollten es wohl auch nicht, die in der „Charta“ formulierte Zerstörung Israels aus dem Text zu streichen<sup>21)</sup>.

Kein führender PLO-Vertreter, auch nicht ihr Vorsitzender Arafat, kann es sich erlauben, an den Leitprinzipien der „Charta“ zu rütteln. Nicht zuletzt dieses Beharren auf den Aussagen des Manifestes hat der PLO bis jetzt alle Möglichkeiten versperrt, von Israel als Verhandlungspartner akzeptiert zu werden.

Das zweite Sinai-Abkommen zwischen Israel und Ägypten (1975) brachte die PLO in Konflikt mit Sadat. Die Rolle der Befreiungsorganisation während des Bürgerkrieges im Liba-

<sup>18)</sup> Vgl. D. Schueftan, Major Trends in the Arab Israeli Conflict, in: C. Legum (Ed.), Middle East Contemporary Survey, Volume One 1976—77, New York/London 1978, S. 95.

<sup>19)</sup> Vgl. ebd., I. Altman, The Palestine Liberation Organization, S. 181.

<sup>20)</sup> Vgl. ausführlich Y. Harkabi, The Palestinian Covenant and its Meaning, London 1979.

<sup>21)</sup> In Artikel 2 der „Charta“ heißt es: „Palästina ist innerhalb der Grenzen, die es zur Zeit des britischen Mandats hatte, eine unteilbare territoriale Einheit.“ Artikel 19 lautet: „Die Teilung Palästinas im Jahre 1947 und die Gründung des Staates Israel sind völlig illegal...“; zit. nach Y. Harkabi, a. a. O., S. 33 u. 76.

non (1975—1976), als sie die Anstrengungen verstärkte, ihren „autonomen“ Bereich in diesem arabischen Gastland zu sichern, konfrontierte die Kommandos der Fedayin mit ihrem bis dahin stärksten Verbündeten: Syrien<sup>22</sup>). Aufgrund der Kämpfe verzeichnete die PLO starke personelle Verluste, den Verlust von Basen und Einbußen in ihrer nicht-militärischen Infrastruktur.

Das für die Palästinensische Befreiungsorganisation bedrückendste Ergebnis des Krieges bestand in der Einschränkung ihrer militärischen Bewegungsfreiheit, die seither von der syrischen „Friedensstreitmacht“ kontrolliert und bestimmt wird. Unter operativen Aspekten stärkte dagegen der Verlauf der Kampfhandlungen die Fähigkeit der PLO-Verbände, ihre Einheiten effektiver, flexibler und in grö-

ßerem Rahmen als zuvor einzusetzen<sup>23</sup>). Auch die Gegensätze innerhalb der PLO zwischen Ablehnungsfront und El Fatah überbrückte — allerdings nur befristet — der Bürgerkrieg im Libanon; denn beide Parteien standen gegen einen gemeinsamen Feind: Syrien und die pro-syrischen Elemente in der PLO, die sich hauptsächlich aus den von Damaskus aufgebauten und gesteuerten as-Saika-Guerillas rekrutierten. Doch die Niederlage der PLO im Libanon ist inzwischen längst Geschichte. Mittlerweile steht Arafat wieder in festem Bündnis mit dem Assad-Regime in Syrien. Dieser „Frontwechsel“ der PLO, ihre Rückkehr in den Schoß eines ihrer früheren Förderer, mag mit dazu beigetragen haben, daß Ansehen und Anerkennung der Befreiungsorganisation in den USA und westeuropäischen Ländern im Wachsen begriffen sind.

## Die Organisation der Guerillas

Ein Blick auf die verschiedenen unter dem Schirm der Dachorganisation PLO zusammengeschlossenen Verbände verrät die Zerrissenheit und die unterschiedlichen ideologischen Standpunkte der palästinensischen Kommandos. Zur Zeit bietet der Aufbau der PLO mit seinen verschiedenen Gruppen folgendes Bild:

### El Fatah

Die Fatah bildet die weitaus größte und aktivste unter den palästinensischen Kampfgruppen. Sie verfügt über eine Stärke von etwa 12000 bis 15000 eingeschriebenen Mitgliedern (Männern), von denen ca. 6000 zu den „kämpfenden“ Einheiten gehören. Diese sind in zwei bis drei Brigaden gegliedert. Die in letzter Zeit vollzogene Hinwendung zu militärischen Gliederungsprinzipien und Infrastrukturen dient nach Ansicht von Kennern der Palästinenserszene dem Ziel, schon zum gegenwärtigen Zeitpunkt den Grundstein für eine reguläre palästinensische Armee in einem potentiellen Staat „Palästina“ zu legen. Daß diese teilweise vorgenommene Umstrukturierung ihrer Verbände die Fedayin gegenüber Israels Armee operativ weiter benachteiligt, wird bei den Guerillas offenbar in Kauf genommen<sup>24</sup>).

An der Spitze der Fatah steht Yassir Arafat, seit 1969 in Personalunion auch Vorsitzender des Exekutivkomitees der PLO. Erste Zellen der Fatah bildeten sich bereits 1956, und am 1. Januar 1965 startete die Gruppe ihre ersten Aktivitäten gegen Israel. Aufgrund ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit stellen die Arafat-Guerillas im Gefüge der PLO die beherrschende Kraft dar und halten die Schlüsselpositionen besetzt.

Erster Mann hinter Arafat ist Salah Khalef, besser bekannt unter dem Namen Abu Iyad. Er gilt als Kopf der vor einigen Jahren berüchtigsten Terrorgruppe „Schwarzer September“, die u. a. für den Anschlag in München 1972 während der olympischen Spiele verantwortlich war. Derzeit leitet Abu Iyad den Geheimdienst der Fatah und somit der PLO. Eine andere Schlüsselfigur in der Fatah-Führung ist Khalil el-Wazir (Abu Jihad). Er führt die militärische Operationsabteilung der Organisation. Abu Jihad zählt zusammen mit Arafat und anderen zu den Gründungsvätern der Fatah. Bisher dem Ausland gegenüber weitgehend abgeschirmt und unbekannt, enttarnten Israels Nachrichtendienste Abu Jihad als einen verantwortlichen Drahtzieher von PLO-Aktionen auch außerhalb des Nahen Ostens<sup>25</sup>). Offenbar schickt sich Abu Jihad an, das Erbe des im

<sup>22</sup>) Vgl. I. Altman, a. a. O., S. 181.

<sup>23</sup>) Vgl. ebd., S. 182.

<sup>24</sup>) Bestätigt wurde diese Entwicklung in der ARD-Sendung v. 19. April 1979 durch den Film „Macht ohne Staat“ von G. Konzelmann.

<sup>25</sup>) Abu Jihad u. a. sollen für den Anschlag auf eine Verkehrsmaschine der israelischen Fluggesellschaft EL AL am 16. April 1979 auf dem Flughafen in Brüssel verantwortlich gewesen sein. Bei diesem Attentat wurden 12 Menschen verletzt.

Frühjahr 1978 in Ost-Berlin gestorbenen Wadia Haddad anzutreten. Bekanntlich war Haddad verantwortlich für Auslandsoperationen der „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP) unter George Habbash. Haddad entwickelte die Taktik der Luftpiraterie zum Zwecke der politischen Erpressung. Zahlreiche aufsehenerregende Terrorakte (wie z. B. Entebbe und Mogadischu) sind mit seinem Namen verbunden.

Ideologisch vertritt El Fatah eine national-palästinensische Position. Ihr Ziel ist einzig die „Befreiung“ Palästinas. Während der politischen Initiativen zur Lösung des Konflikts seit dem vierten Nahostkrieg hat die von Fatah beherrschte PLO eine mehr pragmatische Haltung bezogen. Sie erklärte ihre Bereitschaft, an Verhandlungen teilzunehmen, in der Absicht, Westjordanien (Westbank) und den Gazastreifen zurückzugewinnen, um dort einen palästinensischen Staat zu errichten. Allerdings stellten PLO- und Fatah-Vertreter mehrmals deutlich klar, daß ein solcher Staat nur der erste strategische Schritt sein könne, um von dieser Basis aus ganz Palästina, demnach auch das heutige Israel, einzunehmen<sup>26)</sup>.

#### as-Saika (Vanguards of the Popular Liberation War)

Die Saika (Blitzstrahl) ist eine von Syrien aufgebaute und gesteuerte Gruppe. Ihr langjähriger Führer, Zuheir Mohsen, wurde im Sommer 1979 in Nizza von einem Unbekannten erschossen. Im Jahre 1968 riefen die Syrer die Saika-Gruppe ins Leben. Seither gilt das Kommando als verlängerter Arm der syrischen Ba'ath-Partei. Daher rekrutiert sich auch die Mehrzahl der Mitglieder aus Syrien.

Zur Zeit wird die Stärke der Saika auf 1 500 bis 2 000 Mann geschätzt, die unter dem Oberbefehl der syrischen Armee stehen. Die Hauptbasen des Verbandes liegen im Libanon und in Syrien. Während des libanesischen Bürgerkrieges erschütterte eine tiefe Identitätskrise die Saika-Formation. Als nämlich im Juni 1976 der Konflikt zwischen den Fedayin und der syrischen Armee nach deren Einmarsch in den Libanon voll entbrannte, wurde die Loyalität der Saika-Angehörigen zu Damaskus auf der einen und „Palästina“ auf der anderen Seite auf eine harte Zerreißprobe gestellt. Das führte

<sup>26)</sup> Vgl. die Äußerungen Faruk Kaddoumis, Leiter der „Politischen Abteilung“ der PLO, in einem Interview mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin „Newsweek“ v. 14. März 1977.

schließlich zum Auseinanderbrechen der Guerillatruppe in einen pro-syrischen und einen pro-Fatah-Flügel. Nach der Feuereinstellung im Oktober 1976 mußten die Machthaber in Damaskus große Anstrengungen unternehmen, um das zerbrochene Gefüge ihrer Organisation im Libanon und innerhalb der PLO zu kitten. Dabei half den Syrern der inzwischen wiederhergestellte alte Kontakt zur Palästina-Befreiungsorganisation. Unter syrischem Kommando ist Saika mittlerweile wieder neu formiert worden.

Politisch vertritt diese Palästinenserorganisation einen mit der Politik der Regierung in Damaskus identischen Standpunkt. Vorerst protestiert die Saika-Führung vehement gegen jegliche maßvolle Haltung zum Problem der Palästinenser, weil sie darin einen Ansatz erblickt für die Anerkennung der „zionistischen Identität in Palästina“.

#### Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP)<sup>27)</sup>

Die 1967 von George Habbash gegründete PFLP führte als erste palästinensische Gruppe Terroraktionen außerhalb des Nahen Ostens aus. In der internationalen Terrorismus-Forschung gilt die Habbash-Organisation als „Ziehvater“ einer neuen Qualität politisch motivierter Gewaltverbrechen. Die engen Verbindungen der „Volksfront“ zu radikalen Untergrundzellen in der ganzen Welt, u. a. zu deutschen Terroristen, prägten bis heute die Geschichte der PFLP. Unterstützung empfängt die Habbash-Gruppe in erster Linie vom Irak und Südjemen sowie von Algerien und Libyen. Die Zahl ihrer aktiv tätigen Mitglieder liegt zwischen 700—800 Mann.

Ideologisch ist die „Front“ streng marxistisch-leninistisch ausgerichtet. Ihr Programm weist extrem radikale Züge auf und wird, im Gegensatz zu den derzeitig formulierten Zielvorstellungen der PLO, offen vorgetragen und nicht verbal verschleiert. Habbash strebt die Zerschlagung Israels und die anschließende Errichtung eines „demokratischen Palästina“ an, in dem Juden, Christen und Moslems „friedlich“ miteinander leben sollen. Für alle Staaten des Nahen Ostens fordert der Führer der PFLP darüber hinaus sozialistische Gesellschaftsordnungen und die Zerstörung gegenwärtig vorherrschender konservativer Strukturen.

<sup>27)</sup> PFLP = Popular Front for the Liberation of Palestine; DPFLP (vgl. weiter unten in diesem Kapitel) = Democratic Popular Front for the Liberation of Palestine.



Habbash ist zur Zeit stärkster Gegenspieler von Arafat in der PLO. Vom politischen Gewicht her bildet die „Volksfront“ die Speerspitze der sogenannten „Ablehnungsfront“ in den Reihen der Palästinensischen Befreiungsorganisation. Diese Opposition lehnt prinzipiell jede Teilnahme der PLO an Verhandlungen zur Lösung der Palästinafrage strikt ab. Zur „Ablehnungsfront“ zählen außer der PFLP u. a. noch folgende Gruppen, die im einzelnen später ausführlicher dargestellt werden:

- Arab Liberation Front
- The Popular Palestinian Struggle Front
- The Palestinian Liberation Front

Die PFLP nimmt eine scharfe anti-syrische Haltung ein. Syrien hat nach Auffassung der Habbash-„Front“ durch sein Vorgehen gegen die Palästinenser im libanesischen Bürgerkrieg die palästinensische Sache verraten. In diesem Zusammenhang verurteilt die PFLP auch die Haltung der PLO-Führer, die sich inzwischen wieder mit Syrien arrangiert haben. Bereits im September 1974 verließ die Habbash-Gruppe das PLO-Exekutivkomitee und den Zentralrat aus Protest gegen die ihrer Meinung nach zu schwache Haltung der Dachorganisation gegenüber den Friedensmöglichkeiten und einer Regelung für die Palästinenser.

#### **Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas (DPFLP)**

Die „Demokratische Volksfront“ unter ihrem Führer Nayef Hawatmeh splitterte 1969 aufgrund ideologischer Differenzen von der „Volksfront“ unter Habbash ab. Hawatmehs Organisation unterhält enge politische Kontakte zur Sowjetunion und zur Volksrepublik China. Mit dem Namen der DPFLP sind mehrere brutale Terrorakte in Israel verknüpft, so u. a. der Überfall auf eine Schule im nordisraelischen Dorf Ma'alot im Frühjahr 1974. Nach dem Yom-Kippur-Krieg unterstützte die „Demokratische Volksfront“ — wie die Fatah — die politische Einstellung innerhalb der PLO gegenüber der Nahostfrage. Aber diese Annäherung an EL Fatah entsprach wohl mehr der Erwartung, von der Arafat-Organisation finanzielle Zuwendungen zu erhalten. Ideologisch gibt es für beide Palästinenser-Verbände keinerlei Berührungspunkte. In jüngster Zeit breitete sich infolge der Ereignisse im Libanon in den Rängen der Hawatmeh-„Front“ eine zunehmende Radikalisierung aus. Die Mitgliederzahl der DPFLP liegt bei 1 000.

#### **Volksfront für die Befreiung Palästinas — Generalkommando**

Auch diese Palästinenser-Gruppe entstand (1968) nach einer Abspaltung von der PFLP. Kopf der zahlenmäßig kleinen Kader ist ein früherer Hauptmann der syrischen Armee, Ahmed Jibril. Während des Bürgerkrieges im Libanon unterstützte Jibril die linken Kräfte im Spektrum der kämpfenden Parteien. Nach dem Einmarsch syrischer Truppen kam es in den Reihen des „Generalkommandos“ zu heftigen politischen Kontroversen. Jibrils Stellvertreter, der extrem links orientierte Abu Abbas, bezog eine eindeutig pro-irakische Position und forderte die Teilnahme der Organisation an den Kämpfen gegen die Syrer auf seiten der anderen PLO-Verbände. Jibril selbst favorisierte dagegen die Politik aus Damaskus. Über diese innere Krise zerfiel das „Generalkommando“ und verlor fast alle Stützpunkte im Libanon. Anfang Oktober 1976 konnte Jibril das Kommando wieder in den Griff bekommen und seine Gruppe in Syrien neu formieren. Abu Abbas wurde aus dem Verband ausgestoßen und gründete im April 1977 seine eigene Guerillatruppe, die „Palästinensische Befreiungsfront“<sup>28)</sup>.

Der Bruch hatte die Jibril-Kräfte substantiell sehr geschwächt und zu einem erheblichen Mitgliederschwund geführt. Im Augenblick zählen die Kader zwischen 300—500 Mann. Jibrils „Kommando“ ist im Exekutivkomitee der PLO repräsentiert. Der Einfluß der Gruppe dort wird jedoch als Folge der totalen Abhängigkeit Jibrils von Syrien als nicht sehr groß eingeschätzt.

#### **Arabische Befreiungsfront (Arab Liberation Front)**

Die arabische Befreiungsfront wurde 1969 von der irakischen Ba'ath-Partei als Gegengewicht zur syrischen Saika-Truppe ins Leben gerufen. Führer dieser Gruppe ist Abd el-Rahim Ahmed, der den Rang eines Generalsekretärs bekleidet. Die ALF unterliegt einer starken Abhängigkeit vom Regime in Bagdad. Politisch verfiert der Verband die diffuse Idee eines „allumfassenden arabischen Kampfes gegen Reaktion und Zionismus“. Endziel ist die Vereinigung aller Araber in einem panarabischen Großreich. Das Operationsfeld dieser Widerstandsgruppe, die einige hundert Mitglieder zählt, liegt hauptsächlich im Libanon. Weniger Palästinenser als Irakische, Libanesen und jorda-

<sup>28)</sup> S. weiter unten in diesem Kapitel.

nische Araber stehen auf der Mitgliederliste der Organisation. Im Bild der verschiedenen palästinensischen Organisationen steht die Arabische Befreiungsfront auf seiten der „Ablehnungsfront“. Politisch hat die ALF in den letzten Jahren zusehends an Bedeutung verloren.

### **Die Palästinensische Front für den Volkskampf (The Popular Palestinian Struggle Front)**

Diese Palästinenser-Formation wurde nach dem Sechs-Tage-Krieg in Westjordanien und im Gaza-Streifen gegründet. Politisch und militärisch besitzt sie geringe Bedeutung. Die Zahl der Mitglieder beläuft sich auf 300—400 Mann. Wichtigstes Operationsgebiet für die Gruppe ist der Libanon. Den größten Anteil ihrer politischen und materiellen Unterstützung empfängt diese „Front“ aus dem Irak. Aber auch durch Libyen wird den Kadern technische Hilfe gewährt. Die „Popular Palestinian Struggle Front“ zählt zum Kreis der „Ablehnungsfront“ um George Habbash.

### **Palästinensische Befreiungsfront (The Palestinian Liberation Front)**

Auch die „Palästinensische Befreiungsfront“ ist das Produkt innerer Zerrissenheit unter den Palästinenserkommandos. Sie entstand im April 1977 aus jener Fraktion des „Generalkommandos“ von Ahmed Jibril, die sich, wie bereits skizziert, während des libanesischen Bürgerkrieges von der „Mutterorganisation“ trennte. Generalsekretär dieser Gruppe ist Tal 'at Yakub. Der wirklich „starke Mann“ der Guerillas ist jedoch Abu Abbas. Er hält die Fäden des militärischen Operationsbereichs in seinen Händen. Das ungefähr 300 Mitglieder zählende Kommando erhält starke Unterstützung aus dem Irak. Gleichzeitig unterhält Abu Abbas enge Kontakte zu Libyen. Im Mai 1977 schloß sich die Gruppe der „Ablehnungsfront“ an und nahm hier den Platz der Jibril-Organisation ein. Die Möglichkeit von Auslandsoperationen durch die „Palästinensische Befreiungsfront“ ist nach Ansicht israelischer Experten nicht auszuschließen.

### **Abu Nidal Gruppe — „Schwarzer Juni“**

Die Gruppe „Schwarzer Juni“, so genannt nach dem Monat, in dem Syriens Armee in die Kampfhandlungen des Bürgerkrieges im Liba-

non eingriff, splitterte 1974 von der Fatah ab. Geführt wird der Verband von Sabri el-Bana, besser bekannt unter seinem „Guerillanamen“ Abu Nidal. Vor seinem Bruch mit der Arafat-Truppe repräsentierte Abu Nidal die Fatah im Irak. Wegen eines geplanten Attentats auf den PLO-Führer wurde er in Abwesenheit zum Tode verurteilt.

Abu Nidals Gruppe genießt die Protektion der irakischen Behörden. Die Operationen dieses Kommandos richteten sich bisher ausschließlich gegen Einrichtungen sogenannter „reaktionärer“ arabischer Staaten in diesen selbst oder im Ausland. Im Jahre 1978 entfesselte die Nidal-Gruppe eine Terrorkampagne gegen Spitzenfunktionäre der Fatah und der Dachorganisation PLO. Diesem „Bruderkrieg“ unter den arabischen Guerillas fielen u. a. die PLO-Vertreter in London, Said Hamami (Januar 1978), in Kuwait, Ali Yasin (Juli 1978), und in Paris, Az ad-Din Kalak (August 1978) zum Opfer. Als Motive für diese Mordanschläge durch die Kommandos vom „Schwarzen Juni“ gelten innerpalästinensische Rivalitäten sowie der Kampf um Einflußnahme auf die PLO-Szene zwischen Syrien und dem Irak<sup>29)</sup>.

### **Palästinensische Nationale Front (The Palestinian National Front)**

Die „Palästinensische Nationale Front“ wurde relativ spät gegründet. Erst gegen Ende des Jahres 1973 trat sie im von Israel besetzten Westjordanland in Aktion. Sie stützte sich bei ihren Aktivitäten auf Zellen der Kommunistischen Partei Jordaniens am Westufer des Jordans. Als Israels Militärbehörden die Führer dieser Organisation verhafteten oder in arabische Nachbarländer abschoben, brachen die Aktionen der „Front“ weitgehend zusammen. Einige ihrer Funktionäre erhielten später Sitz und Stimme im Palästinensischen Nationalrat, dem „Parlament“ der Fedayin. Andere, die keine Kommunisten waren, integrierten sich in die PLO. Unter ihnen der Sprecher der Palästinensischen Befreiungsorganisation, Abd el-Muhsin Abu Meizar, der gleichzeitig auch Mitglied im PLO-Exekutivkomitee ist.

### **Palästinensische Befreiungsarmee (The Palestinian Liberation Army — PLA)**

Etwas am Rande der bekannten Palästinenser-Organisationen stehen derzeit die Verbände der PLA. Die Palästinensische Befreiungsar-

<sup>29)</sup> Vgl. A. Kohlschütter, Bruderkrieg der Araber, in: Die Zeit v. 11. August 1978, S. 4.

mee war 1964 zusammen mit der PLO gegründet worden und sollte ihr als militärischer Arm dienen. Obwohl die PLA ursprünglich den verschiedenen PLO-Gruppen als Eingreifreserve zugewiesen war, standen die Einheiten dieser Palästinenser-Armee stets unter dem Oberbefehl der Streitkräfte ihrer jeweili-

gen arabischen Gastländer. Derzeit befinden sich PLA-Verbände in Syrien, im Libanon und in Ägypten. Das Hauptquartier ist in Damaskus. Die PLA verfügt über annähernd 4 000 reguläre palästinensische Soldaten, die in drei Brigaden und mehrere Bataillione gegliedert sind.

## Terroristische Operationsweisen und Taktiken gegen Israel

Zur Durchführung von Aktionen in Israel und den besetzten Gebieten hat die PLO die betroffene Region in mehrere operative Sektoren zerlegt. Es gibt „Militär“-Komitees für folgende geographische Bereiche: den Raum um Jerusalem und die Stadt selbst, Hebron, Nablus, Jenin und den Gazastreifen. Geplant, organisiert und ausgeführt werden zur Zeit fast alle Anschläge von der Arafat-Organisation El Fatah. Das hängt mit der Größe dieses Verbandes zusammen. Allerdings ist die PLO in ihrem nächstlichen Terrorkrieg gegen Israel inzwischen auf dem Status einer reinen Bombengang gelangt.

Das „Flair“ einer Guerilla, falls es überhaupt jemals so etwas gab, ist längst verblaßt. Die immer undurchdringlicher werdenden Grenzen nach Israel, die Frontlinien von Jordanien, Syrien und dem Libanon, erschweren den Palästina-Kommandos die Infiltration in feindliches Gebiet. Geiselnahmen mit für die Fedayin günstigem Ausgang sind nahezu unmöglich. Der Auftrag, der den palästinensischen Kommandos vor Beginn einer Operation erteilt wird, hat deshalb ausschließlich das Töten von Israelis zum Ziel. Diesen Wandel im taktischen Konzept der Fedayin entnahmen israelische Sicherheitsexperten aus erbeuteten Dokumenten und Verhören gefangener Terroristen. Auf blutige Weise belegt wurde diese jüngste „Variante“ durch das Verhalten der PLO-Kommandos bei dem Anschlag vom 22. April 1979 in der israelischen Stadt Nahariya. Damals landeten vier Terroristen mit einem Schlauchboot am Strand; sie waren aus dem Libanon gekommen. Im Verlauf ihrer Aktion fanden vier Israelis, darunter zwei Kinder, den Tod, zwei weitere Zivilisten wurden verletzt.

Die bevorzugte taktische Operationsweise der verschiedenen Terrorgruppen basiert gegenwärtig vor allem auf zwei Elementen: einmal dem verstärkten Bemühen, Sprengmaterial nach Israel einzuschmuggeln, zum anderen tendieren die Kader der Palästinenser dazu,

Kommandos über das Mittelmeer in das israelische Kernland zu schicken<sup>30)</sup>.

Israels Sicherheitskräfte entdeckten allein im Jahr 1978 verschiedene „Schwachstellen“ im Abwehrnetz des Landes, über die es den Fedayin gelang, zum Teil große Mengen Sprengstoff einzuschleusen. Die logistischen Stränge der Waffenschmuggler liefen über den Hafen von Haifa und sogar über das Tote Meer — hier allerdings ohne aktive Unterstützung und das Wissen der jordanischen Behörden. An den Zielobjekten derartiger Operationen hat sich in all den Jahren palästinensischer Aktivität gegen den Judenstaat nicht viel geändert: Bomben werden bevorzugt auf öffentlichen Plätzen deponiert; sie sollen möglichst viele Zivilisten treffen. Armee und Polizei werden in der Regel kaum direkt angegriffen. Entsprechend den Gesetzen des Terrors soll die Bombe im Bewußtsein der Bevölkerung wirken. Die dabei von palästinensischen Gruppen benutzten Sprengkörper verrieten zusehends verbesserte „Qualität“; bei den letzten Anschlägen in Israel lag die Zahl der Verletzten und Toten entsprechend höher. Was die israelischen Abwehrkräfte bei ihren Bemühungen, den Terror zu brechen, mit besonderer Sorge erfüllt, ist der taktische Wandel innerhalb der Palästinenser-Szene während der letzten anderthalb Jahre: heute operieren die Kader der Fedayin in immer kleineren Gruppen (oft nur 3 bis 4 Leute), wodurch die Aufdeckung und Zerschlagung dieser Zellen spürbar erschwert wird. Ergriffen die Sicherheitsbehörden noch vor drei und vier Jahren Terroristengruppen in Stärken von 20 bis 30 Mitgliedern, so „schwemmt“ heute die Festnahme Tatverdächtiger allenfalls ein knappes halbes Dutzend weiterer Täter an die Oberfläche. Verhöre sind auch nicht mehr so ergiebig, da im Gegensatz zu alten Gepflogenheiten die Gruppenmitglieder einer Terror-Gang

<sup>30)</sup> Die Angaben wie die weiteren Ausführungen stützen sich u.a. auf ausführliche Gespräche des Verfassers mit israelischen Militärexperten.

kaum Kontakt zu anderen Kadern haben. Man arbeitet weitgehend auf eigene Faust. Diese Entwicklung zeigt Züge der Stadtguerilla und enthüllt Strukturen des „subtilen“ Terrors lateinamerikanischer Guerillas à la Mari ghella oder der deutschen Szene nach dem Schema der „Revolutionären Zellen“. Allzu oft haben ja in der Vergangenheit bundesrepublikanische Politikriminelle Unterschlupf in der palästinensischen Subszene gefunden; deutsches „Terror-Know-how“ ist in Nahost begehrt<sup>31)</sup>. Die Palästinenser schätzen an den Europäern die Disziplin, die Intelligenz und die zumeist hohen Qualitäten als Instrukteure. Außerdem dienen diese nach Rückkehr in ihr Heimatland als wertvolle „Anlaufstationen“ bei der Quartiermache — sie sind logistische Schlüsselfiguren bei der Vorbereitung terroristischer Aktionen außerhalb des Nahen Ostens. Was die PLO einst den ausländischen Genossen beibrachte, fließt — nun sichtbar am taktischen Wandel ihrer Operationsweise in Israel — nach den Gesetzen des „Dienstleistungsterrors“ in die Kampfkonzeptionen palästinensischer Fedayin zurück. Andererseits drückt sich in diesem Wechselspiel taktischer Komponenten auch jener Zugzwang aus, dem die PLO immer stärker unterliegt. Denn Israels wirkungsvolle Gegenmaßnahmen haben die Guerillas gezwungen, stets neue Formen des Terrors zu praktizieren. Israels Militäraktionen gegen Operationsbasen der PLO in Libanon, u. a. die massiven Angriffe der Luftwaffe, bei denen auch stets unschuldige Zivilisten den Tod fanden, brachten den jüdischen Staat in der Vergangenheit immer wieder ins Kreuzfeuer der Kritik durch die internationale Öffentlichkeit. Weitgehend unbeachtet blieb dabei jedoch in der Weltmeinung die Tatsache, daß die Mehrzahl der PLO-Trainingscamps mit Absicht inmitten ziviler Zentren aufgebaut wurde, und so bei israelischen Angriffen der Tod Unschuldiger von den PLO-Gruppen bewußt in Kauf genommen wird, um ihn propagandistisch auswerten zu können.

Seeoperationen von PLO-Kommandos sind gegenwärtig eine der am häufigsten praktizierten Taktiken der Palästinenser in ihrem nahöstlichen Terrorkrieg gegen Israel. Verantwortlich für dieses operative Konzept ist vor allem die Fedayin-Gruppe um Yassir Arafat. Seit den frühen 70er Jahren begann die Fatah mit dem gezielten Aufbau einer Mari-

neinheit. Sie sollte dem Zweck dienen, Kommandos und Sabotagetrupps auf israelisches Territorium von der See her einzuschleusen. Ihre Stellung als zahlenmäßig größter Kampfverband innerhalb der PLO erlaubte es der Fatah auch, die Ausbildung anderer palästinensischer Terrororganisationen auf dem Marine-Sektor zu koordinieren und durchzuführen.

Die Mitglieder der Marine-Einheit werden in eigenen Basen der palästinensischen Kommandos trainiert. Die Instrukteure kommen u. a. aus Libyen und dem Irak. Aber auch andere arabische Staaten leisten Ausbildungshilfe. Schwerpunkt der Kurse ist das Training mit kleinen Schlauchbooten, um — zumal bei rauher See — die Radarüberwachung und Küstenpatrouillen der israelischen Marine besser unterlaufen zu können. Voraussetzung für derartige maritime Operationen ist eine besonders gute körperliche Verfassung. Entsprechend hart ist das Training im Vorfeld geplanter Terroranschläge. Dabei wird besonders die Ausdauer der Kampfschwimmer trainiert. Vorrangig ist hier die Überbrückung größerer Distanzen, die die Schwimmer oft alleine zurücklegen müssen (5 bis 8 km).

Die Kader für maritime Unternehmen der Fedayin bestehen ausschließlich aus Freiwilligen, die in kleinen Trupps (zwei bis drei Männer) zusammenarbeiten.

Marinebasen der PLO befinden sich in West-Beirut, in der Nähe von Tripoli im Norden des Libanon in einem Flüchtlingslager und im Süden des Landes. Hier liegt die wichtigste Basis der Fatah in Dahar el-Burj, an der libanesischen Küste, in unmittelbarer Nachbarschaft der Bahnlinie von Beirut nach Tyros. Der Stützpunkt befindet sich ca. 10 Kilometer südlich von Sidon und ca. 3 Kilometer von den Öltanklagern in Zaharani. Außer dem Marinecamp unterhalten die Palästinenser in dieser Gegend zahlreiche Hochburgen ihrer Kommandos, so u. a. logistische Zentren der verschiedenen Formationen. Das Lager bei Dahar el-Burj gilt als bedeutendes Sprungbrett für Marine-Operationen der PLO-Guerillas gegen Israels Nordsektor. Syriens Hafen zum Mittelmeer, Latakia, gibt den PLO-Gruppen vor allem logistische Hilfe. Um Israel Gegenschläge gegen ihre Marinebasen zu erschweren, wechselt die PLO häufig die Standorte dieser Ausbildungszentren<sup>32)</sup>.

<sup>31)</sup> Als „klassisches“ Bild gilt in diesem Zusammenhang der Aufenthalt des früheren Rechtsanwaltes Siegfried Haag im Südjemen. Haag arbeitete dort als Ausbilder in einem Guerillalager.

<sup>32)</sup> Der Verfasser erfuhr diese Einzelheiten in Gesprächen mit hohen Offizieren der israelischen Marine.

Die Ausrüstung der Marinekommandos stammt zum größten Teil aus den Arsenalen der verschiedenen arabischen Armeen. Einiges unter der Bewaffnung ist auch „hausgemacht“, zurechtgezimmert in Waffenwerkstätten der Fedayin im Libanon. Zu den Waffen und der Ausrüstung der PLO-Marine-Einheiten gehören u. a. Schnellboote, zahlreiche Schlauchboote verschiedener Typen mit Außenbordmotoren, Tauchgeräte, Unterwasserminen. Außerdem sind die Trupps mit Waffen für Operationen an Land ausgestattet, so mit standardisierten Infanteriewaffen, der sowjetischen Panzerabwehr-Rakete vom Typ RPG 7, dem ebenfalls aus der Sowjetunion stammendem Sturmgewehr AK 47 (Kalaschnikow), Maschinengewehren, Mörsern, Raketenwerfern und Sabotagematerial (Sprengstoff etc.).

Verantwortlich für die Planung und Durchführung maritimer Einsätze der PLO ist ebenfalls Khalil el-Wazir (Abu Jihad)<sup>33)</sup>. Vor jeder Aktion zur See informiert er persönlich jene Trupps, die für die jeweilige Operation ausgewählt wurden. Von Abu Jihad erhalten sie nachrichtendienstliche Erkenntnisse sowie Instruktionen über Ziele und Verhaltensweisen während des Unternehmens.

So geschah es auch bei dem bisher spektakulärsten Versuch, von der See her den Terror nach Israel hineinzutragen.

Am 30. September 1978 versenkte Israels Marine im Golf von Eilat ein kleines Kanonenboot der Arafat-Organisation Fatah und brachte die Ladung, sechs bis sieben Tonnen Sprengstoff, vor Erreichen des Bestimmungsortes, der Hafenstadt Eilat, zur Explosion. Der Auftrag der Terroristen, die vom syrischen Hafen Latakia kamen, lautete: Beschießung der Stadt Eilat mit Raketen, deren Abschußvorrichtungen an Bord installiert waren, und das anschließende „Aufsetzen“ des Bootes mit samt seinem explosiven Inhalt auf den Badestrand der Hafenstadt. Ein Treffer in die dortigen Öldepots hätte eine Katastrophe herbeigeführt. Die Terroristen-Crew selbst sollte sich nach dem Verlassen des Schiffes mit einem Schlauchboot zum jordanischen Hafen Akaba absetzen.

Ausgangspunkt derartiger Unternehmen ist z. Z. der Libanon, wo die Fedayin einer strengen Kontrolle durch die Syrer unterliegen. Ein Psychogramm der innerpalästinensischen Lage bietet derzeit etwa folgendes Bild: die

<sup>33)</sup> Abu Jihad war im libanesischen Bürgerkrieg 1976 verantwortlich für die militärischen Operationen der Fatah; vgl. hierzu H. Vocke, a. a. O., S. 73)

PLO, als Dachorganisation, hält ca. 8000 bis 10000 Soldaten unter Waffen, die in 3 Brigaden aufgegliedert sind. Sie fungieren als reguläre Kampfeinheiten und sind, entsprechend bewaffnet und ausgerüstet, im Libanon und in Syrien stationiert.

Waffentechnologisch sind die Fedayin unproportional üppig bestückt. Das zur Verfügung stehende Potential ist für eine kleine Kampftruppe relativ beachtlich. Aus sowjetischen, syrischen und libyschen Kanälen fließen die Lieferungen in die Hände der Kommandos. Neben den „Kleingeräten“ wie Faust- und Handfeuerwaffen, Sprengstoff und Handgranaten, die dem Charakter und der Wirkung nach vorwiegend bei Terroraktionen eingesetzt wurden, besitzt beispielweise die Fatah als größter Verband ebenso wie die pro-syrische „Saika“-Formation folgendes Arsenal an schweren Waffen — fast ausnahmslos sowjetischer Fabrikation:

40 mm Fla-Waffen; 120 mm Raketenabschußgeräte; Katyusha-Raketenwerfer mit einer Reichweite bis zu 21 km, die immer wieder in unregelmäßigen Abständen gegen zivile Ziele im nördlichen Israel eingesetzt werden; 106 mm rückstoßfreie Geschütze;

RPG 2 und 7; Panzer-Abwehrraketengeräte des Typs „Sagger“; Boden-Luft-Raketen (SA 7) sowie Schützenpanzer aus der Serie BTR 152 aus sowjetischen Beständen;

hinzu kommen Minen verschiedener Fertigungen. Ferner besitzen die Palästinenser eine begrenzte Stückzahl von 155 mm und 130 mm Kanonen mit einer Reichweite von 30 km und mehr, die ebenfalls sowjetischen Ursprungs sind. Israels Nachrichtendienste schätzen die Zahl der Kommandos, die zur Selbstaufopferung bereit sind, auf nicht mehr als 50—80 Leute. Die meisten von ihnen sind Bewohner der Westbank und wurden dort von der PLO angeworben. Der Rest rekrutiert sich aus den „stehenden“ PLO-Einheiten im Libanon.

Im allgemeinen entspricht der palästinensische Terrorist nicht dem „Kamikaze“-Typ der Japaner. Die Teilnahme an einem „Selbstmordraid“ nach Israel wird statt dessen in fast allen Fällen nur „verbal“ verinnerlicht. Als Belegstücke dienten Israels Abwehrkräften jene mit Sprengstoff gefüllten „Selbstmordgürtel“, die das Kommando gegen die Küstenstadt Nahariya am 22. April 1979 trug. Durch Zusammenfügen zweier Kontakte hätten sich die Terroristen vor ihrer Festnahme bzw. Tötung selbst in die Luft sprengen können. Doch keiner von ihnen faßte dazu den Mut.

Die Führer der Terror-Kommandos durchlaufen mehrwöchige Trainingskurse in der UdSSR und in anderen Staaten des Warschauer Paktes. Bei der Ausbildung palästinensischer und internationaler Terroristen in bestimmten arabischen Ländern gibt es zwei Kategorien: einmal Trainingscamps nur für Palästinenser, zum anderen Lager, in denen ausschließlich Ausländer geschult werden. Mitglieder der internationalen Terrorismus-szene wurden vorwiegend im Südjemen gedrillt. Dies hat seinen guten Grund: Die weitgehende Abkapselung des Landes gegenüber dem Westen erschwert Regierungen und Fahndungsbehörden den Zugriff nach den dort lebenden Gewalttätern außerordentlich. Aufgrund der erheblichen Sprachbarrieren kommt es in der Regel so gut wie nie zu einem Guerillatraining von gemischten Gruppen aus Ausländern und Palästinensern. Erst nach Abschluß der Grundausbildung werden beide Kader zu einem mehrwöchigen Marxismus-Lehrgang im Libanon zusammengezogen.

Trotz dieser Querverbindungen der Palästina-Guerillas in alle Welt, blieben „Erfolge“ der terroristischen Strategie weitgehend aus. Entebbe und Mogadischu sind Meilensteine auf dem Weg der Bekämpfung des Terrorismus. In Nahost selbst zerreißt Israels Abwehr stets von neuem das oft erst frisch geknüpfte opera-

tive Netz der Fedayin. So platzte auch jener klug eingefdelte Coup der PLO vor der Ausführung, der eine bis dahin unbekannte taktische Spielart palästinensischer Bewegungen darstellt. Mit der Festnahme des 32jhrigen Yosef Nidam fate die Polizei im letzten Jahr erstmals einen jüdischen Bürger des Staates, der aktiv mit den Terror-Organisationen kollaborierte. Nidam konspirierte mit einer palästinensischen Gruppe, die eine 50 kg schwere Bombe im Zentrum Jerusalems deponieren wollte. Er hatte den Sprengstoff über die libanesischen Grenze nach Israel gebracht. Die Gegenleistung der PLO für diese Tat soll fürstlich gewesen sein. Als „Judaslohn“ bot die Befreiungsorganisation 1 Million israelischer Pfund (damals knapp 100 000 Mark).

Von 1965 bis heute gab es in Israel und in den besetzten Gebieten insgesamt 11 000 Anschläge oder Versuche zu terroristischen Gewaltakten. Fast 700 Israelis fanden dabei den Tod. Die Zahl der bei Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften Israels getöteten Terroristen ist fünfstellig, nahezu 3 000 sind in israelischer Haft. Ausgeglichen wird die hier offenkundige militärische Schwäche der palästinensischen Kommandos gegenüber Israel jedoch durch die nach dem Sturz des Schah vollzogene Partnerschaft zwischen der PLO und dem Khomeini-Regime.

## II. Der Umsturz im Iran: Die Allianz zwischen Khomeini und Arafat

Seit dem Sturz des Schah-Regimes mehren sich in westlichen Presseorganen Berichte, denen zufolge die iranische Revolution auch auf die politischen Verhältnisse in den arabischen Ländern Einfluß nehmen wird. Die Interdependenz von Lieferungen und Nahostkonflikt ist für die westliche Energieversorgung ein unkalkulierbares Risiko. Schon schloß Saudi-Arabiens Olminister, Scheich Ahmed Salih Yamani, Sabotage auf Raffinerien und Versorgungslinien durch radikale Palstinensergruppen nicht mehr aus: „Die Palästinenser werden immer verzweifelter, und ich wäre nicht überrascht, wenn sie eines Tages einen oder zwei Supertanker in der Straße von Hormuz versenken würden, um die Welt zu zwingen, etwas gegen ihr Los und gegen Israels Aufsssigkeit zu unternehmen.“<sup>34)</sup>

Diese Vorstellungen könnten angesichts des neuen Bündnisses zwischen der PLO und den

revolutionären Kräften um den Ayatollah Khomeini in der Tat schon bald ihren jetzt noch visionären Charakter verlieren. Denn die tiefgreifenden Veränderungen im Iran favorisieren eindeutig die harte Linie der arabischen Politik gegenüber Israel.

Mit den sofort nach dem Sturz des Schah eingeleiteten aggressiven politischen Maßnahmen gegen Israel dankte die einstige iranische Opposition den Palästinensern für die in den zurückliegenden Jahren geleistete Unterstützung. Der Besuch des Sunniten Arafat beim Schiitenfhrer Khomeini ließ Vergangenes deutlich werden und zeichnete, wenngleich vorerst noch schemenhaft, Künftiges schon ab: Er komme nach Teheran wie in das eigene Haus, hatte Arafat nach seiner Ankunft in der persischen Metropole verkündet. Dies war eine Verbeugung vor Khomeini, verknüpft mit dem Wunsch, nun vom Schiitenfhrer das zu erhalten, was die PLO einst den Schahgegnern zuschanzte: Ausbildung und politische Unterstützung.

<sup>34)</sup> Nach: Wirtschaftswoche, Nr. 28 v. 9. Juli 1979, S. 32.

Im August des letzten Jahres noch hatte die iranische Regierung die Opposition beschuldigt, sie werde von Marxisten, Leninisten und vor allem von der PLO kontrolliert<sup>35)</sup>. In der Tat: Die Kontakte von iranischen Widerstandskreisen zum palästinensischen Untergrund begannen schon 1968, als eine Gruppe von Mitgliedern der „Iranischen Revolutionären Bewegung“ den Iran verließ, um sich bei den Fedayin ausbilden zu lassen. Nach ihrer Rückkehr in den Iran übernahm dieser Kader die weitere Ausbildung anderer Mitglieder ihrer Bewegung. Während ihres Aufenthaltes in Palästinenser-Lagern sollen die Perser damals auch an Aktionen in den von Israel besetzten Gebieten teilgenommen haben<sup>36)</sup>.

Hinweise auf die Beziehungen zwischen palästinensischen Organisationen und der „Iranischen Nationalen Front“ finden sich auch in einer gemeinsamen Erklärung der Fatah und der „Iranischen Nationalen Front“, die am 2. Juli 1971 von Radio Bagdad ausgestrahlt wurde. Darin hieß es: „Ali Akhbar Zefani Frehani, ein iranischer Kämpfer, starb an Folterungen in einem iranischen Gefängnis. Er kämpfte Seite an Seite mit den Fedayin in Palästina. Frehani wurde zusammen mit einer Gruppe junger Perser in arabischen Fedayin-Stützpunkten ausgebildet und nahm an Aktionen gegen den Feind teil, er erreichte den Rang eines Offiziers in den Widerstandskräften, bevor er an die iranische Front wechselte.“

Bei der Zerschlagung iranischer Untergrundzellen im Frühjahr 1976 fanden denn auch die Behörden in den beschlagnahmten Dokumenten eindeutige Beweise für die Beziehungen zwischen den iranischen Rebellen, Libyen und der „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP). Demnach hatten die Untergrundkämpfer Waffen und Kampfausrüstung aus Libyen und von der „Volksfront“ Habbashs erhalten.

Angesichts der augenblicklich chaotischen innenpolitischen Situation im Iran<sup>37)</sup> läßt vor allem der Name George Habbash aufhorchen. Frühere, noch zu Zeiten der Schah-Herrschaft geknüpft geheimer Verbindungen der „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ zur Szene des iranischen Untergrundes schlagen sich be-

reits heute in dem Aktionismus der marxistischen Stadtguerilla-Formation der „Fedayin-i-Chalk“ nieder, deren Anhänger in den Untergrund gegangen sind<sup>38)</sup>. Doch halten sich diese Linkskräfte noch weitgehend zurück: taktisches Kalkül einer revolutionären Gruppe gegenüber der in der iranischen Bevölkerung derzeit allzu starken Position der Verfechter einer „Islamischen Republik“ um den Ayatollah Khomeini.

So gesehen, sprächen „rechte“ (um Arafat) und „linke“ (um Habbash) Palästinenser auf dem neuen Betätigungsfeld Iran, wie bei der PLO, mit verschiedenen Zungen. Die Konfrontation zwischen Khomeini und seinen Gegnern in den revolutionären Volksmilizen wäre somit ein Spiegelbild des latenten Kampfes innerhalb der PLO zwischen Arafat und Habbash.

Wenn es um den eigenen „globalen“ Vorteil ging, war jedoch die PLO in der Vergangenheit stets äußerst flexibel. Ein Vertreter der Befreiungsfront in Paris sagte bereits vor dem Abflug des Ayatollah aus seinem französischen Exil: Die Organisation habe über einen langen Zeitraum mit der muslimischen Opposition gegen den Schah — einschließlich der Linken — eng zusammengearbeitet. Am Ende könnte daraus jetzt im Iran die groteske Lage entstehen, daß sich das Guerilla-Know-how, von linken Persern bei George Habbash erworben, gegen die bei Arafat trainierten Muslims wendet.

Khomeini indes favorisiert Yassir Arafat. Für ihn scheint der Palästinenserführer der „Joker“ in Nahost zu sein, der potentiell einsetzbar ist, um auch in anderen arabischen Ländern eine Entwicklung ähnlich der im Iran in Gang zu bringen. Arafat andererseits sieht im Regime der Mullahs eine neue, für die palästinensischen Kommandos solide Basis im Kampf gegen Israel.

Schon hilft die PLO Khomeini in dem Bemühen, seine innenpolitische Machtbasis, abseits von religiösen Parolen, Mythen, Koransprüchen und aufgeputschten Leidenschaften, praktisch abzusichern. So fungiert seit der Machtübernahme durch den Ayatollah eine Spezialeinheit der PLO als Kerntruppe einer neuen Geheimpolizei, eines „islamisch-revolutionären SAVAK“. Die Mitglieder dieses palästinensischen Verbandes wurden von den Residenturen des sowjetischen Geheimdienstes KGB in Bagdad und Beirut ausgewählt und in

<sup>35)</sup> Vgl. *monitor*, deutsche welle (hrsg.) v. 28. November 1978, 228/78, S. 2.

<sup>36)</sup> Bericht der libanesischen Zeitung *al-Ahad* v. 19. Dezember 1971 über die Zusammenarbeit von iranischen Widerstandsgruppen gegen das Schah-Regime mit den Fedayin.

<sup>37)</sup> Vgl. hierzu ausführlich in: *Der Spiegel*, Nr. 46, v. 12. November 1979.

<sup>38)</sup> Vgl. *ebd.*, S. 157.

der UdSSR in einem speziellen Trainingskurs für Sicherheitsexperten geschult<sup>39)</sup>.

Die iranisch-palästinensische Allianz berührt nicht nur die Balance des israelisch-arabischen Machtpotentials, sondern auch die Sicherung der Straße von Hormuz. Durch diese ca. 40 km breite Meerenge zwischen dem Iran und dem Sultanat Oman fließt ein Großteil der westlichen Ölversorgung. Täglich passieren Dutzende von Tankern dieses Nadelöhr auf ihrem Weg in den Indischen Ozean. Bis zu seinem Sturz sicherte das Schah-Regime die Ölleitungen am Golf und die Nachschubwege; mit modernstem amerikanischen Kriegsgerät hatte der frühere Herrscher des Iran seine Armee — nach Israel — zur stärksten Militärmacht im Mittleren Osten ausgebaut. Luftwaffen- und Marinestützpunkte schotteten die Straße von Hormuz gegen Überraschungsangriffe ab.

So spielte beispielsweise die alte Armee des Schah auch in Oman, wo linksgerichtete Rebellen den Sultan stürzen wollten, eine besondere Rolle. Zur Abwehr der Guerillaaktivitäten der sogenannten „Volksfront für die Befreiung des Omans und des Arabischen Golfes“ (PFLOAG), die von der Dhofar-Provinz in Oman aus von 1969 bis 1977 gegen den Herrscher des Sultanats operierte, entsandte der Schah zwei Eliteregimenter seiner Marineinfanterie und neun Hubschrauber vom Typ AB 206A Jet Ranger<sup>40)</sup>. Diesem Expeditionscorps gelang es u. a. mit Hilfe britischer Militärberater, bis Ende 1975 den Aufstand der Dhofar-Rebellen weitgehend niederzuschlagen. In den Folgejahren flackerten die Guerillaaktionen nur noch von Zeit zu Zeit auf. Diese Entwicklung und vor allem die inneriranischen Unruhen führten zu Beginn des Jahres 1979 zum Abzug der iranischen Ranger-Verbände. Bemerkenswert an dem in Dhofar geführten Untergrundkrieg war das „indirekte“ Engagement der Sowjetunion. Die Guerillas am Golf waren mit sowjetischen Waffen ausgerüstet und hatten wesentliche Abschnitte ihrer militärischen Ausbildung im Süd-Jemen unter dem Kommando Kubanischer Söldner durchlaufen<sup>41)</sup>.

<sup>39)</sup> Vgl. R. Moss, *The Terrorist State*, Rede auf einer internationalen Konferenz zum Thema Terrorismus vom 2.—5. Juli 1979 in Jerusalem.

<sup>40)</sup> Vgl. J. C. Jacobson, *Armies of the Persian Gulf*, in: *War Data: Military Arsenal: persian gulf* (hrsg. v. D. Eshel), Isreal 1979, S. 9.

<sup>41)</sup> Vgl. B. Crozier, *Soviet Support for international Terrorism*, Rede auf einer internationalen Konferenz ..., s. o. Anm. 39.

Irans neue Machthaber aber scheinen nicht mehr gewillt, die Schutzfunktion am Golf auszuüben. Außerdem ist die einstige Schah-Armee nach den politischen Umwälzungen in Teheran in ihren alten Strukturen zerfallen und hat sich weitgehend aufgelöst. Weder Saudi-Arabien noch irgendein anderes Land in der Golfregion ist in der Lage, das militärische Vakuum zu füllen. Ambitionen, in diesen strategisch eminent wichtigen Raum hineinzustoßen, werden am ehesten noch dem Irak zugeschrieben. Vorerst jedenfalls ist die westliche Ölzufuhr in der Golfregion ungeschützt.

So hat denn auch die PFLOAG schon deutliche Anzeichen eines Wiederauflebens ihrer Operationen erkennen lassen. Dabei kann sie sich auf die Zusammenarbeit mit den Kadern der PFLP unter Führung George Habbash verlassen. Eine lange Tradition von Untergrundaktivitäten in der Golfregion begünstigt außerdem noch subversive Tendenzen. Hinter derartigen Aktionen stand in der Vergangenheit stets die Abteilung für Auslandsoperationen der PFLP unter George Habbash. Seine Organisation ist mit geheimen Palästinenser-Zirkeln in Kuwait tief verwurzelt. Ähnliches gilt für Bahrein, wo die „Volksfront“ von Habbash zusammen mit der „Demokratischen Volksfront“ eines Nayef Hawatmeh mit der dortigen links orientierten Untergrundbewegung enge Kontakte unterhält<sup>42)</sup>. Ein Zusammenspiel dieser beiden Kräfte wäre in der Tat für die gesamte Golfregion von höchster Brisanz. Die Gefahr, die von dieser Verbindung ausgeht, entsteht vor allem aus dem politischen Glaubensbekenntnis von Habbash. Und dieses zielt nicht nur auf Israel, sondern ebenso auf den „US-Imperialismus“ und die arabische Reaktion<sup>43)</sup>. Dabei nimmt die Bekämpfung Israels noch nicht einmal Vorrangstellung ein. Erst der Sturz der konservativen, reaktionären arabischen Regimes, zu denen Habbash Jordanien, die Emirate am Persischen Golf und Saudi-Arabien in erster Linie zählt, würde seiner Meinung nach den Boden und das politische Klima bereiten, für das „letzte Gefecht“ gegen den ihm verhaßten jüdischen Staat. Und Habbashes Sabotagekommandos wären Anschläge gegen Versorgungslinien durchaus zuzutrauen. „Sie jagten mehrmals (schon) eine aus Saudi-Arabien ans Mittelmeer führende Ölleitung in die Luft, bis sie endgültig stillgelegt wurde.“<sup>44)</sup> Angesichts

<sup>42)</sup> Vgl. J. K. Cogley, a. a. O., S. 1021.

<sup>43)</sup> Vgl. u. a. bei L. S. Kadi (Hrsg.), *Basic Political Documents ...*, a. a. O., S. 190.

<sup>44)</sup> *Wirtschaftswoche*, a. a. O., S. 33.



drohender Sabotageakte hat Saudi-Arabien bereits vorgebaut. Aus Furcht vor Waffen- und Sprengstofflieferungen an subversive Zellen untersagte die Regierung allen Schiffen aus dem Libanon die Ankerung in saudischen Häfen<sup>45)</sup>.

In dieses Bild fügt sich auch eine Meldung der israelischen Zeitung Ha'aretz<sup>46)</sup>, wonach in Saudi-Arabien ein Terroristenkommando (PLO) ausgehoben wurde, das Attentate auf Mitglieder der Königlichen Familie plante. Die dazu vorgesehenen Waffen waren aus dem Süd-Jemen eingeschleust worden. Genährt werden die jüngsten Anzeichen wachsender Unruhe in der Golfregion noch durch eine andere Komponente. Die in diesem Gebiet lebenden und arbeitenden „Diaspora“-Palästinenser könnten, auf Dauer betrachtet, zu einem weiteren gefährlichen innenpolitischen Sprengsatz für ihre Gastländer werden. In Saudi-Arabien arbeiten über 100 000 Palästinenser. Sie halten führende Positionen in der Infrastruktur des Landes und im Ölgeschäft besetzt. In Kuwait sitzen viele der insgesamt 250 000 Palästinenser in Schlüsselstellungen der Industrie und Verwaltung. Auch in Qatar (ca. 45 000) und in den Vereinigten Arabischen Emiraten (ca. 40 000) nehmen palästinensische Kreise äußerst aktiv am Wirtschaftsleben teil. In manchen Staaten am Golf dienen Palästinenser sogar in den regulären Armeen. Besonders das kuwaitische Offizierscorps ist mit zahlreichen naturalisierten Palästinensern durchsetzt<sup>47)</sup>.

Unter diesen genannten palästinensischen Gruppen läßt sich, forciert durch die Khomeini-Revolution im Iran, eine wachsende nationalistische Haltung sowie eine starke Sympathie für die Idee eines eigenen Palästina-Staates erkennen<sup>48)</sup>. Er ist daher nicht auszuschließen, daß den palästinensischen „Gastarbeitern“ in den arabischen Ölstaaten am Golf einmal die Funktion einer „Fünften Kolonne“ zufallen wird, wenn es darum geht, die etablierten Machtstrukturen in diesen Staaten zu zerschlagen und die politischen Verhältnisse nach dem Vorbild der islamischen Revolution zu verändern.

Noch zögert allerdings die PLO, das Zeichen zum Aufstand zu geben. Und Yassir Arafat selbst hat hierfür triftige Gründe: Saudi-Arabien zählt zu den größten Geldgebern seiner

Organisation; die großzügig gewährten finanziellen Subventionen der Saudis fließen in erster Linie auf die Konten von Arafats eigener Guerillaformation El Fatah. Wenn der Palästinenserführer die geschätzte Summe von jährlich über hundert Millionen US-Dollar an die PLO nicht verlieren will, muß er sich — vorerst jedenfalls — noch mit den Ölscheichs arrangieren. Die PLO nutzt dabei die Zersplitterung der palästinensischen Untergrundszene als Alibi. So erklärte der Leiter der Bonner „Informationsstelle Palästina“ bei der Arabischen Liga, Abdallah Frangi: „Wir, die PLO, denken auch heute nicht daran (gemeint sind Anschläge gegen Tanker, d. Verf.). Es ist aber möglich, daß andere palästinensische Gruppen Sabotagepläne haben.“<sup>49)</sup> Die Äußerung zielte offenbar in die Richtung der von Habbash befehligten Gruppen. Es bleibt jedoch festzustellen, daß trotz der nach außen bekundeten Friedfertigkeit der PLO durch ihre offiziellen Sprecher auch die militanten Extremisten um George Habbash sich nach wie vor als Mitglieder der Dachorganisation PLO bekennten. Und PLO-Chef Arafat selbst drohte Anfang November 1979 in Lissabon auf der „Weltkonferenz der Solidarität mit dem arabischen Volk und Palästina“ den Staaten Westeuropas indirekt mit dem Einsatz der Ölwanne, indem er auf die „vitalen Relationen der Westeuropäer mit dem Mittleren Osten“ hinwies<sup>50)</sup>.

Vor dem Hintergrund der Entwicklung im Iran, gestützt auf das Bündnis mit Khomeini, hat sich das Operationsfeld der PLO-Gruppen im Gebiet der arabischen Halbinsel erheblich erweitert. Die Herrscher in Saudi-Arabien und am Golf, westliche Ölimporteure sowie Regierungen und ihre Militärstrategen sehen sich nun gezwungen, die potentielle revolutionäre Hebelwirkung des schiitischen und palästinensischen Elements in dieser Region verstärkt in ihre Überlegungen mit einzubeziehen<sup>51)</sup>.

Sicherlich ist es verfrüht und noch nicht möglich, sich anbahnende politische Entwicklungen heute schon klar zu umreißen und sie bis in die letzten Tiefen auszuloten. Andererseits lassen die derzeitige Konstellation und das Bündnis der PLO mit den Revolutionären im Iran trotz der inzwischen schon erkennbaren Abkühlung<sup>52)</sup> dennoch eine erste, vorsichtige

<sup>45)</sup> Nach einer Meldung des Senders der christlichen Falange-Partei im Libanon v. 1. Oktober 1979.

<sup>46)</sup> Vgl. Ha'aretz v. 28. August 1979.

<sup>47)</sup> Vgl. J.K. Cooley, a.a.O., S. 1020.

<sup>48)</sup> Ebd.

<sup>49)</sup> Interview mit der Zeitschrift „Wirtschaftswoche“, a.a.O., S. 33.

<sup>50)</sup> Vgl. FAZ v. 5. November 1979, S. 5.

<sup>51)</sup> Vgl. J.K. Cooley, a.a.O., S. 1021.

<sup>52)</sup> Vgl. The Middle East, September 1979, No. 59, S. 31.

Beschreibung gegenwärtiger Zustände und möglicher Zukunftserwartungen zu: Die Situation am Golf und in Saudi-Arabien gleicht der einer latent schwelenden Revolution, und die Zündschnüre, die zu diesem revolutionären Pulverfaß führen, hält u.a. die PLO in ihren Händen. Die zunehmende Hofierung Arafats

durch westliche Politiker und Staatsoberhäupter ist Spiegelbild der jüngsten politischen Veränderung im Mittleren Osten. In der Haltung des Westens drücken sich die Angst um das Öl und der Schock nach der erneuten Ölkrise gleichermaßen aus.

## Zum Selbstverständnis und zu den politischen Bestrebungen der Palästina-Araber seit 1967

### Vorbemerkung<sup>1)</sup>

Will man als Deutscher die Probleme der Palästina-Araber *sine ira et studio* analysieren, stößt man noch immer an Tabuschränken.

Welche Erfahrungen und Mechanismen sie aufrichteten, braucht hier nicht erörtert zu werden. Jedenfalls ist ihre Existenz ein wesentlicher Grund dafür, daß diese Probleme lange verdrängt und ignoriert wurden. Wenn sie uns überhaupt nichts angingen, könnte man sich den Luxus der Unwissenheit vielleicht leisten. Doch waren es die europäischen Staaten, und unter ihnen insbesondere der deutsche, die dem Nahen Osten das Palästina-Problem aufbürdeten. Ihre Unfähigkeit, in Frieden mit den jüdischen Gemeinschaften in ihrer Mitte zu leben und schließlich das im Namen Deutschlands begangene Verbrechen der Ermordung von sechs Millionen Juden sind die Ursachen für die Idee der Etablierung eines jüdischen Staates in Palästina und für ihre Verwirklichung. Damit wurden die palästinensischen Flüchtlinge und Vertriebenen

zu Opfern zweiten Grades von Antisemitismus und Nationalsozialismus.

Die deutsche Gesellschaft muß daher mit einer unverjährbaren historischen Schuld und Verantwortung gegenüber den Juden leben, doch auf ihr lastet auch eine Bürde historischer Verantwortlichkeit für das Palästina-Problem. Dieses Problem geht uns alle an, zunächst in dem Sinne, daß wir uns über alle seine Aspekte informieren und sie verantwortungsvoll diskutieren sollten. Lediglich Antisemiten und versteckte oder offene Nazis sind für eine Mitsprache disqualifiziert. Wer an der deutschen Schuld und Verantwortung gegenüber den Juden zweifelt, hat kein Recht, über Schuld und Verantwortung gegenüber den Palästinensern zu sprechen. Auch wer sich nur um des arabischen Öls willen für die Palästinenser interessiert, sollte besser schweigen. Wer aber das moralische Problem erkannt hat, ist aufgerufen, hinsichtlich des Schicksals von Juden und Palästina-Arabern die „Fähigkeit zu trauern“ zu entwickeln.

### Einführung

Während sich Anfang dieses Jahres der amerikanische Sonderbotschafter Atherton zweifelt bemühte, die ägyptisch-israelischen Verhandlungen aus der Sackgasse herauszuführen, in die sie damals geraten waren, versammelten sich am 20. Januar 1979 in Nazareth etwa einhundert Mitglieder des „Komitees zur Verteidigung des arabischen Bodens“ mit mehr als der Hälfte der Bürgermeister arabischer Dörfer in Nordisrael. Diese Zusammenkunft prominenter Palästina-Araber mit israelischer Staatsbürgerschaft verabschiedete eine Resolution, in der sie ihre Unterstützung für „den Kampf unserer Brüder auf dem Westufer und im Gaza-Streifen gegen Okkupation, Annexion und kolonialistische Implantation“ sowie ihre „Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes unter der Führung der PLO für die Wiedererrichtung eines unabhängigen Staates“ zum Ausdruck brach-

te<sup>2)</sup>. Wenige Tage zuvor, am 17. Januar 1979, hatten mehrere arabische Studenten der Universitäten Jerusalem, Haifa und Tel Aviv ein gemeinsames Telegramm an die PLO gerichtet, in dem sie den palästinensischen Widerstand aufforderten, „den bewaffneten Kampf gegen Israel“ fortzusetzen<sup>3)</sup>.

Der Hinweis auf diese beiden Ereignisse soll folgendes verdeutlichen: Wenn wir uns mit dem Selbstverständnis und der Politik der Palästina-Araber seit 1967 befassen wollen, können wir uns nicht auf die Organisationen und

<sup>1)</sup> Dieser Beitrag ist die überarbeitete Fassung eines Vortrags, der im Mai 1979 im Rahmen des Studium Universale an der Universität Bonn gehalten wurde. Um den Umfang der Fußnoten zu begrenzen, wird nur eine Auswahl der wichtigsten Quellen und Literatur in europäischen Sprachen angegeben.

<sup>2)</sup> Le Monde, 23. 1. 1979.

<sup>3)</sup> Le Monde, 23. und 30. 1. 1979.

Aspirationen der außerhalb der Grenzen des ehemaligen Mandatsgebiets Palästina lebenden Palästinenser beschränken. Vielmehr stellt sich uns die palästinensische Nationalbewegung — d. h. die Gesamtheit der Träger und Protagonisten palästinensischer Nationalidentität und nationaler Aspirationen — seit 1967 in drei Bevölkerungskomponenten dar, die sich aufgrund unterschiedlicher politischer Bedingungen auch unterschiedlich artikulieren. Diese drei Komponenten sind die Palästina-Araber in Israel, die palästinensische Bevölkerung der besetzten Gebiete (also des Westufers und des Gaza-Streifens) sowie die in benachbarten Staaten lebenden Palästinenser. Relativ ausführlich wird dabei über die Palästina-Araber in Israel berichtet, da dieser Komplex die schwierigsten Probleme aufwirft und weil dazu in der Bundesrepublik wohl die größten Informationslücken bestehen<sup>4)</sup>.

Für die Palästinenser in ihrer Gesamtheit leitete die Okkupation Westjordanien und des Gaza-Streifens im Jahre 1967 eine neue Epoche der historischen Entwicklung ein. Vor 1967 stellten die in Israel lebenden Palästinenser eine hoffnungslos isolierte Minderheit „israelischer Araber“ dar; die Bevölkerung Westjordanien war mehr schlecht als recht in das Haschemitische Königreich integriert, und das Schicksal der aus Palästina geflohenen oder vertriebenen Araber einschließlich derer, die in Lagern in Westjordanien lebten, wurde von der Weltöffentlichkeit lediglich als ungeöstetes Flüchtlingsproblem registriert.

Durch die israelische Okkupation Rest-Palästinas trat 1967 eine ganz neue Situation ein. Zwar verminderte sich die Bevölkerung der besetzten Gebiete durch Flucht und Vertreibung im Zusammenhang mit den Kriegshandlungen von 1967 und ihren Nachwehen (für viele Palästinenser, insbesondere die Lagerbewohner, war dies der zweite Exodus) und seither durch Emigration und Deportationen um eine halbe Million Menschen. Dennoch lebt heute eine Mehrheit der ca. 3,5 Millionen Palästinenser unter israelischer Administration: 1,2 Millionen in den besetzten Gebieten und 600 000 in Israel<sup>5)</sup>.

<sup>4)</sup> Vgl. jedoch Frankfurter Rundschau, 7. 4. 1979 (Sonderseite unter dem Titel „... wo die Araber physisch eine große Fläche Land praktisch besetzen“), und Der Spiegel, Nr. 32/1979 („Auf morgen setzen. Die arabischen Israelis im Kernland des Juden-Staates werden aggressiver“).

<sup>5)</sup> Zur demographischen Entwicklung vgl. A. Schölch, Araber und Juden in Palästina — Die demographische Problematik eines hundertjährigen Konflikts, in: Journal für Geschichte, Heft 4, 1979.

Damit sind heute fast zwei Fünftel der Bevölkerung des unter israelischen Vorzeichen „wiedervereinigten Palästina“ Araber, wenig mehr als drei Fünftel sind Juden. Tag für Tag verändert sich diese Relation zugunsten der Araber, da die Wachstumsrate der arabischen Bevölkerung fast doppelt so hoch ist wie die der jüdischen. Der Zeitpunkt kann also vorherbestimmt werden, wann bei einem Anhalten des gegenwärtigen demographischen Trends die jüdische Bevölkerung „Erez Israels“ (d. h. Israels, des Westufers und des Gaza-Streifens) wiederum, wie vor 1948, eine Minderheit sein wird. Nur eine massive jüdische Immigration oder eine rigorose Politik der Vertreibung der Araber könnte unter den gegebenen Bedingungen den Prozeß der demographischen Minorisierung der jüdischen Bevölkerung aufhalten. Doch erstere ist nicht in Sicht und letztere erscheint nicht als ein gangbarer Weg. Um eine politische Minorisierung der jüdischen Bevölkerung zu verhindern, trennt die gegenwärtige israelische Regierung daher zwischen den besetzten *Territorien*, die unter israelischer Kontrolle bleiben und vor allem ökonomisch und militärisch integriert werden sollen, und der dort lebenden *Bevölkerung*, die sich „autonom“ entwickeln soll. Unweigerlich taucht das Gespenst südafrikanischer „Lösungen“ am Horizont auf, wenn derartige Perspektiven durchschaut werden — auch in Israel<sup>6)</sup>.

Neben dem demographischen Problem ist ein anderes folgenschweres Ergebnis der Okkupation Rest-Palästinas die Tatsache, daß aus Westjordanien und aus der Mehrheit der israelischen Araber seit 1967 wieder nationalbewußte Palästinenser wurden. In bezug auf das Westufer ist eine politische Abnabelung von Jordanien zu konstatieren, die ihren Ausdruck nicht zuletzt in einer Ablösung der bisherigen lokalen politischen Führungsschicht fand. In bezug auf die Palästina-Araber in Israel kann man vom Ende der Isolierung, von einer Reintegration in einem größeren palästinensischen, ja gesamtarabischen Kontext sprechen. Seitdem die Etablierung eines Palästina-Staates an der Seite Israels diskutiert wird, haben sich für die arabische Bevölkerung des jüdischen Staates ganz neue Perspektiven ergeben, die sich allerdings mit neuen Befürchtungen vermischen, daß ihre Probleme im Rahmen einer Globallösung ausgeklammert bleiben könnten.

<sup>6)</sup> Vgl. z. B. Meir Pa'il, The State of Israel and the Palestinian National Movement, in: New Outlook (Tel Aviv), Bd. 19/7, 1976, S. 33.

Im folgenden wird der Frage nachgegangen, wie sich das Bewußtsein der eigenen nationalen Identität bzw. wie sich die Perspektiven und Zielvorstellungen der Palästina-Araber in

Israel und in den besetzten Gebieten seit 1967 gewandelt haben und wie sich die politische Linie der PLO bzw. des Palästinensischen Nationalrats veränderte.

## Die Palästina-Araber in Israel<sup>7)</sup>

In Israel wurde schon bald nach dem Juni-Krieg, Ende 1967, ein politischer ‚Entfremdungsschub‘ unter der arabischen Bevölkerung registriert<sup>8)</sup>. Die israelischen Behörden reagierten Anfang der siebziger Jahre darauf u. a. mit einer Neudefinition der Erziehungsziele für arabische Schüler im Primar- und Sekundarschulbereich. An die Stelle einer simplen Erziehung zur Loyalität gegenüber dem jüdischen Staat wurde das Ziel der Herausbildung einer spezifischen Identität der Araber in Israel gesetzt, nach der sie sich weder als Israelis, noch als Araber, schon gar nicht als Palästinenser, sondern als *israelische Araber* fühlen sollten<sup>9)</sup>. Die offensichtlichen sozio-politischen Vereinigungsbestrebungen nach der Okkupation Rest-Palästinas sollten verringert und die Separierung der Araber in Israel von den übrigen Palästinensern aufrechterhalten werden. Doch die politische Entwicklung schritt über solche Zielsetzungen hinweg. So wies z. B. der Bürgermeister von Nazareth im Oktober 1976 in einer Rede die „absurde Theorie“, wie er sagte, von der spezifischen israelisch-arabischen Nationalidentität kategorisch zurück: „Es ist offensichtlich, daß dies ein demagogischer Versuch ist, die staatsbürgerli-

che Zugehörigkeit — nämlich diejenige zum Staat Israel — mit der nationalen Zugehörigkeit durcheinanderzuwerfen. Die Araber in Israel bilden einen integralen Bestandteil des palästinensisch-arabischen Volkes.“<sup>10)</sup>

Schon 1972 hatte eine Untersuchung über die nationale und die staatsbürgerliche Identität bei arabischen Oberschülern und Studenten in Israel ergeben, daß der nationalen Subidentität (der Tatsache, palästinensischer Araber zu sein) überragende Bedeutung beigemessen wurde, die staatsbürgerliche Subidentität (die Tatsache, israelischer Staatsbürger zu sein) aber nur von einer Minderheit von 15% der Befragten für bedeutsam gehalten wurde<sup>11)</sup>.

Dieses Selbstverständnis hat seither kontinuierlich an Profil gewonnen. Nach einer breit angelegten, 1974 und 1975 in Galiläa durchgeführten Erhebung, wo sich die Mehrheit der arabischen Bevölkerung konzentriert, fühlten sich nur 14% der Befragten mit dem Begriff ‚Israeli‘ voll zutreffend charakterisiert, aber 63% mit dem Begriff ‚Palästinenser‘. Die Auswirkungen der Okkupation des Westufers und der Diskussion über die Etablierung eines Palästina-Staates an der Seite Israels wurden in anderen Resultaten der gleichen Untersuchung evident: 29% der Befragten gaben an, sie würden ganz sicher in einen solchen Staat ziehen, sollte er errichtet werden, 38% wollten möglicherweise diesen Schritt tun; 34% der Befragten kündigten an, sie würden ganz sicher an seinem politischen Leben teilnehmen, und 40% würden ganz sicher ihre Kinder dorthin zur Schule schicken. 42% schließlich fühlten sich von arabischen politischen Führern außerhalb Israels repräsentiert<sup>12)</sup>.

<sup>7)</sup> Zur Entwicklung der Palästina-Araber in Israel seit 1967 vgl. u. a.: Jacob M. Landau, *The Arabs in Israel*, Oxford 1969; Ori Stendel, *The Minorities in Israel*, Jerusalem 1973; Khalil Nakhleh, *Cultural Determinants of Palestinian Collective Identity: The Case of the Arabs in Israel*, in: *New Outlook*, Bd. 18, 1975; Fouzi el-Asmar, *To Be An Arab in Israel*, London 1975; Sabri Jiryis, *The Arabs in Israel*, New York 1976; Sharif Kanaana, *Socio-Cultural and Psychological Adjustment of the Arab Minority in Israel*, San Francisco 1976; Hasan Amun u. a., *Palestinian Arabs in Israel: Two Case Studies*, London 1977; Israel Shakh, *Nicht-Juden im jüdischen Staat*, Bonn 1977; Franz Ansprenger, *Juden und Araber in einem Land*, München und Mainz 1978; Elia T. Zureik, *The Palestinians in Israel*, London 1979.

<sup>8)</sup> Vgl. Yochanan Peres, *Ethnic Relations in Israel*, in: *American Journal of Sociology*, Bd. 76, 1971, Tabellen 22 und 23, sowie Elia T. Zureik, *Arab Youth in Israel: Their Situation and Status Perceptions*, in: *Journal of Palestine Studies*, Nr. 11, 1974, S. 106.

<sup>9)</sup> Vgl. Khalil Nakhleh, *The Goals of Education for Arabs in Israel*, in: *New Outlook*, Bd. 20/3, 1977; siehe auch Yehuda Bien, *The Arab School — Studies in Human Problems*, Kibbutz Kfar Masaryk 1976; Sami Khalil Mar'i, *Arab Education in Israel*, Syracuse 1978.

<sup>10)</sup> Tawfiq Zayyad, *The Fate of the Arabs in Israel*, in: *Journal of Palestine Studies*, Nr. 21, 1976, S. 93.

<sup>11)</sup> John E. Hofman and Nadim Rouhana, *Young Arabs in Israel: Some Aspects of a Conflicted Social Identity*, in: *Journal of Social Psychology*, Bd. 99, 1976, Tab. 1; vgl. auch J. Hofman, *Identity and Inter-group Perception in Israel: Jews and Arabs*, Haifa 1976 (= *University of Haifa, Jewish-Arab Center, Occasional Papers on the Middle East*, Nr. 7), S. 15—18.

<sup>12)</sup> Mark A. Tessler, *Israel's Arabs and the Palestinian Problem*, in: *Middle East Journal*, Bd. 31, 1977, Tabellen I und V.

Konsequenter Ausdruck findet dieses neue Bewußtsein vor allem in Zeitungen, Schriften, Manifesten, Flugblättern etc. der arabischen Studentenorganisationen in Israel, des „Komitees zur Verteidigung des arabischen Bodens“ sowie anderer Organisationen wie der „Söhne des Landes“. So schrieb das arabische Studentenkomitee der Universität Tel Aviv im Juni 1976 in einem programmatischen Artikel: „Die Palästinenser in diesem Land sind ein untrennbarer Bestandteil des palästinensisch-arabischen Volkes, das bis 1948 in seiner Heimat Palästina lebte.“<sup>13)</sup> Zum „Tag des Bodens“ am 30. März 1976, auf den noch näher eingegangen wird, veröffentlichte die Union arabischer Studentenorganisationen in Israel ein Manifest „An unser ganzes palästinensisches Volk“, in dem es hieß: „Wir betonen mit Nachdruck, daß die Rebellion unserer palästinensischen Brüder in den besetzten Gebieten gegen die zionistische Okkupation, der Kampf unserer Brüder, der Flüchtlinge, für ihre heiligen Rechte auf Rückkehr in ihr Land und zu ihrem Grund und Boden, und schließlich der Kampf des palästinensischen Volkes innerhalb der ‚Grünen Linie‘ (= Israel, A.S.) gegen die Politik der nationalen Verfolgung, der rassistischen Diskriminierung, der Judaisierung des Landes und des blanken Diebstahls, die seit 1948 praktiziert wird und noch andauert, daß alle diese Kämpfe wesensmäßige Bestandteile des einen nationalen Kampfes sind, die nicht voneinander getrennt werden können.“<sup>14)</sup>

Ein letztes Beispiel: In einer Erklärung der Bewegung der „Söhne des Landes“ vom Februar 1978 heißt es u. a.: „Als ein untrennbarer Teil des arabisch-palästinensischen Volkes möchten wir unterstreichen, daß jede Lösung des Palästina-Problems die offizielle Anerkennung und internationale Garantie der nationalen Identität der palästinensischen Einwohner Israels einschließen muß, ihr Recht, in der Heimat zu bleiben sowie die Rückgabe ihres konfiszierten Bodens und Eigentums, ihrer Dörfer und ihrer sozialen Einrichtungen, nicht zuletzt die Durchsetzung aller ihrer kulturellen, sozialen, bürgerlichen und politischen Rechte.“<sup>15)</sup>

Dieses neue politische Bewußtsein und diese neue Identität fanden ihren Ausdruck auch in einem veränderten Wahlverhalten der Araber in Israel. Die Bedeutung der mit *Mapai* oder *Mapam* affilierten arabischen Listen ging seit 1967 kontinuierlich zugunsten arabischer Stimmen für die moskau-orientierte kommunistische Partei *Rakah* zurück. Bei den Knesset-Wahlen von 1965 hatte *Rakah* 23,6% der arabischen Stimmen erhalten, 1969 waren es 29,6%, 1973 schon 37% und 1977 fast 50%. Rund 72 000 arabische, aber nur 8 400 jüdische Wähler votierten 1977 für *Rakah*<sup>16)</sup>.

Dies bedeutet aber nicht, daß die Hälfte der arabischen Wähler von 1977 moskau-orientierte Kommunisten sind. Vielmehr verliehen sie mit ihrer Stimmabgabe für *Rakah* nicht nur ihren sozialen, sondern auch ihren nationalen Aspirationen Ausdruck: Da die Araber in Israel selbst keine palästinensisch-nationale Partei gründen können, wählen sie die einzige etablierte, legale nicht-zionistische Partei, welche die Araber in Israel als Teil des palästinensischen Volkes betrachtet und daher im israelischen Rahmen als nationale Minderheit anerkennt. Ebenso wichtig ist aber die Haltung von *Rakah* zum Problem der besetzten Gebiete und zur PLO. So forderte sie am 28. Juni 1976 in einem Kommuniqué zusammen mit der jordanischen KP: 1. Vollständige Räumung aller besetzten Gebiete einschließlich des arabischen Sektors von Jerusalem; 2. Anerkennung der legitimen nationalen Rechte aller Völker der Region einschließlich des palästinensischen Volkes, Anerkennung seines Rechts auf einen souveränen Staat auf dem Westufer einschließlich des arabischen Sektors von Jerusalem und des Gaza-Streifens sowie Anerkennung des Rechts der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr; 3. Anerkennung der PLO als der einzigen legitimen Repräsentantin der Palästinenser, wie dies im Herbst 1974 auf der arabischen Gipfelkonferenz in Rabat und im Frühjahr 1976 durch die Kommunalwahlen auf dem Westufer bestätigt wurde<sup>17)</sup>.

<sup>13)</sup> The Voice of Sheik Munis, in: Journal of Palestine Studies, Nr. 21, 1976, S. 155.

<sup>14)</sup> Zit. bei Fouzi el-Asmar, Israel Revisited, 1976, in: Journal of Palestine Studies, Nr. 23, 1977, S. 52.

<sup>15)</sup> Söhne des Landes, Erklärung zum Selbstverständnis der palästinensischen Bevölkerung in Israel, in: Evangelische Akademie Berlin (West), Nationale und soziale Faktoren im Emanzipationsprozeß des Nahen Ostens, Dokumentation 2/79.

<sup>16)</sup> Don Peretz, The Earthquake — Israel's Ninth Knesset Elections, in: Middle East Journal, Bd. 31, 1977, S. 263, und Yechiel Harari (Hrsg.), The Arabs in Israel, Givat Haviva 1977, S. 69; vgl. außerdem Subhi Abu-Gosh, The Election Campaign in the Arab Sector, in: Alan Arian (Hrsg.), The Elections in Israel 1969, Jerusalem 1972; Jacob M. Landau, The Arab Vote, in: ebenda; Moshe Shokeid, Israeli Arab Vote in Transition, in: Middle Eastern Studies, Bd. 14, 1978.

<sup>17)</sup> Le Monde, 30. 7. 1976.

Einfluß auf die hohe Stimmabgabe der Araber in Israel für *Rakah* dürfte auch gehabt haben, daß unmittelbar vor den Wahlen im Mai 1977 ein offizielles Treffen zwischen einer *Rakah*- und einer PLO-Delegation in Prag stattfand<sup>18)</sup>, wobei hinzugefügt werden muß, daß zuvor schon Repräsentanten der israelischen Friedensbewegung wiederholt mit PLO-Vertretern in Paris zusammengetroffen waren.

Zu einer Art Wendepunkt in der sozio-politischen Entwicklung der Palästina-Araber in Israel war schon im Vorjahr, im März 1976, der „Tag des Bodens“ geworden, der seither alljährlich am 30. März begangen wird. Dieser Tag des Protestes hat eine doppelte Bedeutung: Zum einen artikuliert die arabische Bevölkerung insbesondere Nordisraels (des sog. Kleinen Driecks und Galiläas) an diesem Tag in Streiks, Demonstrationen, Versammlungen, Manifesten etc. ihren massiven Widerstand gegen die fortdauernde Enteignung arabischen Landbesitzes in Israel und gegen die Politik der sog. Judaisierung Galiläas. Zum anderen wird an diesem Tag die Verbundenheit der Palästina-Araber in Israel mit denjenigen in den besetzten Gebieten und im Exil demonstriert. Der alljährliche „Tag des Bodens“ wurde auf der politischen Ebene zum Symbol der Einheit der drei palästinensischen Bevölkerungskomponenten; es kam an diesem Tag von Anfang an zu gemeinsamen bzw. koordinierten politischen Aktivitäten der arabischen Bevölkerung Israels und des Westufers, und dieser Tag wird auch von den Exil-Palästinensern begangen.

Der „Tag des Bodens“ hat also einen zweifachen konkreten Hintergrund: Angesichts der Tatsache, daß es innerhalb der „Grünen Linie“ (Territorium Israels vor dem Krieg von 1967) vor der Staatsgründung 585 arabische Dörfer gab, von denen heute nur noch 107 existieren, und daß, wie die Araber in Israel vorrechnen, ein Drittel des Staatsgebietes enteignetes arabisches Land sei<sup>19)</sup>, wird das Landproblem von den Palästina-Arabern als das Kernproblem ihrer Existenz in Israel betrachtet<sup>20)</sup>. Jede wei-

tere Enteignung ist daher ein Politikum ersten Ranges und ruft seit einigen Jahren massiven Widerstand hervor. Zum Hintergrund der „Tage des Bodens“ gehört auch die spezifische Situation Nordisraels (Galiläa und Distrikt Haifa), wo sich 63% der Palästina-Araber in Israel konzentrieren und wo sie in einzelnen Unterdistrikten sogar über 75% der Gesamtbevölkerung stellen<sup>21)</sup>. Dieses Gebiet hoher arabischer Bevölkerungskonzentration war im Teilungsplan der Vereinten Nationen von 1947 auch als Teil des arabischen Palästina-Staates vorgesehen.

Sowohl diese Fakten als auch der hohe Grad der politischen Mobilisierung gerade der Araber im Norden des Landes beunruhigt die israelischen Behörden in erheblichem Maße. Seit über die Etablierung eines Palästina-Staates an der Seite Israels diskutiert wird, stellt sich die Frage nach einem potentiellen Irredentismus des „arabischen Galiläa“ im Falle der Verwirklichung eines solchen Vorhabens<sup>22)</sup>. Auf jeden Fall aber will man der weiteren Konsolidierung einer solchen kompakten arabischen Enklave im jüdischen Staat durch ein Programm der „Judaisierung“ Galiläas einschließlich weiterer Enteignung arabischen Landbesitzes entgegentreten. So war 1976 im sogenannten König-Bericht<sup>23)</sup>, einem Bericht des Distriktkommissars von Galiläa an den Premierminister, u. a. vorgeschlagen worden, die arabischen Bevölkerungskonzentrationen im Norden zu verdünnen; den „negativen Elementen“ durch den Aufbau einer kooperationswilligen arabischen Führungsschicht entgegentreten; die Führung der *Rakah* wegen ihres Einflusses auf die arabische Bevölkerung durch eine „Sonderkommission“ demoralisieren zu lassen; die Beschäftigung von Arabern einzuschränken; den Steuerdruck auf die arabische Bevölkerung zu verstärken; Sozialhilfe für Kinderreiche nur noch jüdischen Familien zukommen zu lassen; Arabern den Hochschulzugang zu erschweren; die Emigration arabischer Hochschulabsolventen zu fördern etc. Daß das Bekanntwerden eines solchen Berichts wie auch die konkreten Maß-

<sup>18)</sup> Le Monde, 6. 5. 1977.

<sup>19)</sup> Zayyad, a. a. O., S. 94—96.

<sup>20)</sup> Zum Landproblem vgl. u. a.: Sabri Jiryis, The Legal Structure for the Expropriation and Absorption of Arab Lands in Israel, in: Journal of Palestine Studies, Nr. 8, 1973; Uri Davis and Norton Mezvinsky (Hrsg.), Documents from Israel 1967—1973, London 1975, Kap. 1; Ran Kislev, Land Expropriations: History of Oppression, in: New Outlook, Bd. 19/6, 1976; Jiryis, The Arabs in Israel; Uri Davis and Walter Lehn, And the Fund Still Lives, in: Journal of Palestine Studies, Nr. 28, 1978; Ilan Halevi, Sous Israel la

Palestine, Paris 1978; David Mandel, La Lutte pour la Terre en Israel, in: Le Monde Diplomatique, Nr. 301, April 1979.

<sup>21)</sup> Vgl. Schölch, a. a. O.

<sup>22)</sup> Siehe z. B. Victor Cygielman, Fears and Threats in Galilee, in: New Outlook, Bd. 19/2, 1976.

<sup>23)</sup> In europäischen Sprachen veröffentlicht u. a. in: Journal of Palestine Studies, Nr. 21, 1976, S. 190—200; ESG — Ökumenereferat (Hrsg.), Israel Information, Nr. 2, 1976, S. 2—20; Halevi, op. cit., S. 214—228.

nahmen der Landenteignung die Araber in Israel nur noch stärker politisierte und dem jüdischen Staat entfremdete, ist nicht verwunderlich. Der Militärkommandant der Nordregion, General Ben Gal, goß erst kürzlich (am

9. August 1979) noch einmal neues Öl ins Feuer, als er „die fünfhunderttausend Araber in Galiläa“ gegenüber einer Parlamentariergruppe öffentlich als „ein Krebsgeschwür am Körper des Staates Israel“ bezeichnete<sup>23a)</sup>.

## Die Palästina-Araber der besetzten Gebiete<sup>24)</sup>

Daß die Bevölkerung der besetzten Gebiete, insbesondere des Westufers, in den letzten Jahren in begrenztem Maße zu gemeinsamem politischem Handeln mit den Palästina-Arabern jenseits der „Grünen Linie“ fand, wurde schon erwähnt. Wichtigstes Resultat der Entwicklung des politischen Selbstverständnisses und der politischen Aspirationen war hier aber die Abkoppelung von Amman, wobei allerdings Einschränkungen gemacht werden müssen. Auf der einen Seite bestand zwar schon seit der Annexion des Westufers 1950 durch Jordanien — also lange vor dem „schwarzen September“ von 1970 — ein gewisses Mißtrauen in der palästinensischen Bevölkerung gegen die haschemitische Dynastie: wegen ihrer Rolle im Krieg von 1948 und bei den Waffenstillstandsverhandlungen von 1949 in Rhodos, wegen der politischen Unterprivilegierung der Palästinenser im Königreich und wegen der das Ostufer bevorzugenden Wirtschaftspolitik. Auf der anderen Seite aber blieb Transjordanien für die besetzten Gebiete das Tor zur arabischen Welt und der jordanische

König ein wichtiger Faktor im lokalen Kräftespiel.

Unter den Bedingungen der israelischen Okkupation entwickelten sich auf dem Westufer zunächst zwei politische Grundrichtungen<sup>25)</sup>: Die Anhänger der einen — insbesondere traditionelle Notabeln — traten für eine Rückkehr dieses Gebiets in den Schoß des Haschemitischen Königreichs ein, verbunden mit einer Verbesserung der Positionen der Palästinenser in diesem Staat, wenn möglich im Rahmen einer Föderation zweier autonomer Landesteile unter dem Schirm der Krone. Noch aus den Kommunalwahlen von 1972 gingen die pro-haschemitischen Lokalpolitiker als Sieger hervor.

Dagegen entwickelte sich aber das Streben nach staatlicher Unabhängigkeit, wobei man bis 1973 in erster Linie an eine lokale politische Führung dieses Staates dachte. Seit dem Oktoberkrieg von 1973, insbesondere aber seit Herbst 1974, nachdem die arabische Gipfelkonferenz in Rabat die PLO als die alleinige legitime Repräsentantin aller Palästinenser anerkannt und nachdem Arafat vor der UNO gesprochen hatte, wurde das Ziel der Erringung der Unabhängigkeit unter der Führung der PLO dominierend. Die Kommunalwahlen von 1976 katapultierten dann eine Mehrheit von Anhängern der PLO in die Rathäuser des Westufers. Von 205 Bürgermeistern und Stadträten, die in 24 Orten gewählt wurden, konnten 148 als Gefolgsleute der PLO und der Kommunistischen Organisation bezeichnet werden<sup>26)</sup>.

Bis zum heutigen Tage ist die Anerkennung der PLO als Repräsentantin aller Palästinenser durch die große Mehrheit der Bevölkerung unumstritten. So versammelten sich am 1. Oktober 1978 etwa 150 Bürgermeister, Stadträte

<sup>23a)</sup> Le Monde, 11. 8. 1979.

<sup>24)</sup> Zur Entwicklung in den besetzten Gebieten und zum Problem eines kleinpalästinensischen Staates vgl. u. a.: Clara Halter, Les Palestiniens du Silence, Paris 1974; Fuad Faris, A Palestinian State?, in: MERIP Reports, Nr. 33, 1974; Marius Haas, Hussein's Königreich, München 1975; Vivian A. Bull, The West Bank — Is It Viable?, Lexington 1975; Melvin Fried, Israels Besatzungspolitik 1967—1972, Diss. Tübingen 1975; Dunia Nahas, La Résistance palestinienne dans les territoires occupés, in: Travaux et Jours, Nr. 55, 1975; Jamil Hilal, Class Transformation in the West Bank and Gaza, in: MERIP Reports, Nr. 53, 1976; Hussein J. Agha, What State for the Palestinians?, in: Journal of Palestine Studies, Nr. 21, 1976; Brian van Arkadie, Benefits and Burdens: A Report on the West Bank and Gaza Strip Economies since 1967, New York and Washington 1977; Richard J. Ward u. a., The Palestine State. A Rational Approach, Port Washington 1977; Anne Sinai und Allen Pollack (Hrsg.), The Hashemite Kingdom of Jordan and the West Bank, New York 1977; Elias H. Tuma und Haim Darin-Drabkin, The Economic Case for Palestine, London 1978; Mohammed Abu Shilbaya, For A Modern Democratic State, in: New Outlook, Bd. 20/8, 1978; Thomas Parker, Les Maires de la Cisjordanie et de Gaza — Leur Politique et Leurs Doléances, in: Politique Étrangère, Bd. 43, 1978.

<sup>25)</sup> Zum folgenden vgl. Asher Susser, Hussein and the West Bank, in: Sinai und Pollack, a. a. O.; Clinton Bailey, Changing Attitudes Toward Jordan in the West Bank, in: Middle East Journal, Bd. 32, 1978; Ann Lesch, Politicization of the Occupied Palestinians, in: New Outlook, Bd. 20/8, 1978.

<sup>26)</sup> Der Spiegel, Nr. 20—21/1976.



und Vertreter berufsständischer, kultureller und religiöser Organisationen und Institutionen des Westufers und des Gaza-Streifens bei Jerusalem und verabschiedeten eine Neun-Punkte-Erklärung gegen das Abkommen von Camp David. Sie forderten darin den vollständigen Rückzug der israelischen Besatzungsarmee, die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser und einen unabhängigen Palästina-Staat mit Jerusalem als Hauptstadt; ferner bekräftigten sie die Anerkennung der PLO als einzige legitime Repräsentantin des palästinensischen Volkes. Einer Einladung des amerikanischen Sonderbotschafters, der die Beschlüsse von Camp David erläutern wollte, waren dagegen nur neun Notabeln gefolgt, und selbst diese betonten, daß Camp David keine Basis für eine Lösung des Konflikts sein könne<sup>27)</sup>.

Wenige Tage später versammelten sich mehrere Hundert Studenten und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens im Stadion der Universität Bir Zeit nördlich von Jerusalem, um gegen die „Verschwörung“ von Camp David zu protestieren. Der immer neu wiederholte Slogan lautete: „Nein zur Autonomie, ja zur nationalen Einheit, ja zur PLO!“<sup>28)</sup>

Politische Aktivitäten in einer nicht besatzungskonformen Richtung sind auf dem Westufer allerdings nur in sehr begrenztem Umfang möglich. Das zeigt z. B. die Situation der eben erwähnten Universität Bir Zeit, die ein intellektuelles Zentrum des nationalen Selbst-

verständnisses und des sozio-kulturellen Selbstbehauptungswillens der Palästinenser in den besetzten Gebieten darstellt. Sie kann nur unter großen Schwierigkeiten ihre universitären Aufgaben erfüllen und wurde erst kürzlich wieder von den Militärbehörden für längere Zeit geschlossen<sup>29)</sup>.

Nichtsdestoweniger sind die politischen und gesellschaftlichen Vertreter der Bevölkerung der besetzten Gebiete in den letzten Monaten noch enger zusammengedrückt. In einer Erklärung der Kommunalverwaltungen und der berufsständischen Organisationen vom 26. März 1979 zur Unterzeichnung des ägyptisch-israelischen Friedensvertrages wurden ebenso wie in den Resolutionen einer großen, im Juli 1979 in Jerusalem abgehaltenen Konferenz zur sozialen Lage auf dem Westufer und im Gaza-Streifen alle Pläne kategorisch zurückgewiesen, die nicht dem Ziel der Etablierung eines unabhängigen Staates unter der Führung der PLO dienen<sup>29a)</sup>. Nach der Deportationsverfügung gegen den Bürgermeister von Nablus im November 1979 wurde durch den Kollektivrücktritt aller Bürgermeister des Westufers die Kommunalverwaltung lahmgelegt. Schon vorher hatte die Militäradministration erwogen, die im April 1980 anstehenden Kommunalwahlen zu verschieben, weil sie unter den gegenwärtigen Bedingungen einen so totalen Wahlsieg der PLO-Anhänger befürchtet, daß die Autonomiepläne der israelischen Regierung mangels „gemäßigter“ Partner gegenstandslos sein würden<sup>29b)</sup>.

## Die Palestina Liberation Organization (PLO)

Daß die Politik der Palästinensischen Befreiungsorganisation<sup>30)</sup> seit 1967, insbesondere aber seit Ende 1973, eine sich verstärkende Resonanz auch innerhalb der palästinensisch-arabischen Bevölkerung Israels und der be-

setzten Gebiete hatte, wurde schon verdeutlicht. Im Prinzip kann sie sich also als Repräsentantin der Palästinenser verstehen, wenn gleich weder alle außerhalb der Grenzen von 1948 lebenden Palästinenser noch die Gesamtheit der Bevölkerung der besetzten Gebiete und schon gar nicht die Araber in Israel aus-

<sup>27)</sup> Le Monde, 3. 10. 1978.

<sup>28)</sup> Le Monde, 6. 10. 1978.

<sup>29)</sup> Vgl. A. Schölch, Die Universität Bir Zeit — ein Zentrum palästinensischer sozio-kultureller Selbstbehauptung, erscheint in: Orient, Bd. 20/3, 1979.

<sup>29a)</sup> Texte in Journal of Palestina Studies, Nr. 32, 1979, S. 162 f., und Nr. 33, 1979, S. 194—196.

<sup>29b)</sup> Le Monde, 14.—15. 10., 16. 11. und 17. 11. 1979.

<sup>30)</sup> Zur Entwicklung der palästinensischen Nationalbewegung der letzten Jahre vgl. u. a.: Pierre Rondot, Die palästinensische Revolutionsbewegung und die Nahost-Friedenskonferenz, in: Europa-Archiv, Heft 16/1974; Michael Curtis u. a. (Hrsg.), The Palestinians, New Brunswick 1975; Olivier Poupard, La Révolution Palestinienne et l'État Palestinien, in:

Politique Étrangère, Bd. 40, 1975; Muhammad Y. Muslih, Moderates and Rejectionists within the Palestine Liberation Organization, in: Middle East Journal, Bd. 30, 1976; Paul A. Jureidini und William E. Hazen, The Palestinian Movement in Politics, Lexington 1976; Walter Hollstein, Kein Frieden um Israel, Bonn 1977; Xavier Baron, Les Palestiniens, Un Peuple, Paris 1977; Olivier Carré, Le Mouvement National Palestinien, Paris 1977; Moshe Ma'oz, New Attitudes of the PLO Regarding Palestine and Israel?, in: Gabriel Ben-Dor (Hrsg.), The Palestinians and the Middle East Conflict, Ramat Gan 1978; Abu Ijad, Heimat oder Tod. Der Freiheitskampf der Palästinenser, Düsseldorf 1979.

nahms- und bedingungslos hinter der PLO-Politik stehen.

Als nun in Folgewirkung der Okkupation Rest-Palästinas Ende der sechziger Jahre die Debatte über die Etablierung eines Palästina-Staates an der Seite Israels einsetzte, stand die PLO solchen Bestrebungen bis Ende 1973 schroff ablehnend gegenüber. Sie hielt an dem seit 1967 verfolgten Kurs fest, wonach das Ziel die Etablierung eines demokratischen und säkularen Staates Palästina in den Grenzen von 1948 sein sollte, in dem Juden, Christen und Muslime gleichberechtigt zusammenleben könnten. Der Weg zur Erreichung dieses Ziels sollte in erster Linie der bewaffnete Kampf sein.

Seit Ende 1973 ließ sich die PLO jedoch auf die Diskussion über einen kleinpalästinensischen Staat ein, dessen Errichtung als ein erster Schritt auf dem Wege zum eigentlichen Ziel deklariert wurde. Einen solchen Schritt zu akzeptieren, so wurde Anfang 1974 im offiziellen Organ des Exekutivkomitees der PLO argumentiert, sei die einzige Möglichkeit, die israelische Herrschaft über die besetzten Gebiete zu beenden, die erneute Machtausübung König Husains zu verhindern und die nationale Unabhängigkeit des Westufers und des Gaza-Streifens unter Führung der PLO zu erreichen. Ein derartiger Teilstaat schaffe eine gesicherte Ausgangsbasis für die Durchsetzung der Forderung nach einem demokratischen Gesamtpalästina<sup>31)</sup>. In Verfolgung dieser Linie erklärte der Palästinensische Nationalrat<sup>32)</sup> auf seiner 12. Sitzung im Juni 1974 seine Bereitschaft zur Etablierung einer „unabhängigen nationalen Autorität“ in jedem Teil des palästinensischen Territoriums, der befreit würde<sup>33)</sup>.

In den folgenden drei Jahren war nun eine umfangreiche regionale und internationale Aktivität zur Erreichung dieses Ziels zu beobachten. Endlich schien sich eine Möglichkeit der Lösung des Palästina-Problems aufzutun. Auch in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft und in den USA tauchten nun in offiziellen Erklärungen Formeln wie „Verwirklichung der legitimen Rechte der Palästinenser“ oder gar „Befriedigung ihrer nationalen Aspirationen“ auf, denn gemeint war lediglich eine „Verwirklichung“ und „Befriedigung“ im

nicht-israelischen Teil Palästinas. Präsident Carter sprach schon bald nach seinem Amtsantritt von der Notwendigkeit einer Heimstätte (*homeland*) für die Palästinenser, wobei an die besetzten Gebiete gedacht war<sup>34)</sup>. Der Weg zur Realisierung dieser Vorstellungen sollte über Genf führen. Das Haupthindernis, das den Zusammentritt der Genfer Konferenz verhinderte, war jedoch — sowohl vor als auch erst recht nach dem Machtwechsel vom Mai 1977 in Israel — die ungelöste Frage, ob und in welcher Form die PLO bzw. die Palästinenser an den Beratungen beteiligt werden könnten.

Noch am 1. Oktober 1977, wenige Wochen vor der Sadat-Initiative, war es zu einer gemeinsamen amerikanisch-sowjetischen Nahost-Erklärung gekommen<sup>35)</sup>, in der die Genfer Konferenz, die nicht später als im Dezember 1977 zusammentreten sollte, als einziger Weg zu einer Lösung des Nahost-Konflikts bezeichnet wurde, und zwar unter Teilnahme aller in den Konflikt verwickelten Parteien einschließlich der Repräsentanten des palästinensischen Volkes. Vor allem die Schlüsselprobleme müßten gelöst werden, hieß es in dieser Erklärung weiter, darunter der Rückzug der israelischen Truppen aus (den) 1967 besetzten Gebieten<sup>36)</sup> und die Befriedigung der Rechte des palästinensischen Volkes.

Nach dem amerikanisch-ägyptisch-israelischen Alleingang, insbesondere nach dem ausscheiden der Palästinenser und der Sowjetunion aus dem Verhandlungsprozeß und dem notwendig daraus resultierenden Separatfrieden, mußte diese gemeinsame Erklärung als ein Dokument verpaßter Chancen erscheinen. Welche Überlegungen die amerikanische Administration veranlaßten, sich so schnell nach dieser Erklärung auf einen Separatfrieden einzulassen, der das Kernproblem der Palästinenser ausklammert, kann hier nicht erörtert werden. Doch deutet vieles darauf hin, daß die Mehrheit der beteiligten Akteure, insbesondere die amerikanische und die ägyptische Regierung (nicht jedoch die israelische), wiederanknüpfen möchte an die Entwicklung vor dem „Alleingang zu dritt“. Nur so ist z. B. die Debatte über eine Änderung der UN-Resolution 242 während der Sommermonate 1979 zu verstehen. Auch die PLO hat ihre Bereitschaft, die Uhr gleichsam um zwei Jahre zurückzu-

<sup>31)</sup> Zit. in Haas, a. a. O., S. 429.

<sup>32)</sup> Der Palästinensische Nationalrat stellt das Parlament, das Exekutivkomitee die Regierung dar.

<sup>33)</sup> Sabri Jiryis, On Political Settlement in the Middle East: The Palestinian Dimension, in: Journal of Palestine Studies, Nr. 25, 1977, S. 5.

<sup>34)</sup> Le Monde, 19. 3. 1977.

<sup>35)</sup> Text in: Europa-Archiv, Folge 4/1978, S. D 97 f.

<sup>36)</sup> Wie in der UN-Resolution 242 blieb auch hier die Frage des Rückzugs „aus Gebieten“ oder „aus den Gebieten“ umstritten.

stellen, unmißverständlich zu erkennen gegeben.

Es muß in Erinnerung gerufen werden, daß für die Entwicklung der politischen Positionen der PLO vom Ende des Jahres 1973 bis Ende 1977 die Tatsache bestimmend war, daß auch sie von dem Wunsch der Mehrzahl der arabischen Staaten, insbesondere Ägyptens, Saudi-Arabiens, Jordaniens und Syriens, nach einer politischen Lösung des Palästina-Konflikts nicht unberührt blieb. Mit Blick auf die libanesische Tragödie ist dies sogar eine ziemlich euphemistische Feststellung. Denn als im libanesischen Bürgerkrieg von 1975/76 eine sozialrevolutionäre Koalition der libanesischen Linken und der Palästinenser die Oberhand zu gewinnen drohte, war eines der Ziele der militärischen Intervention Syriens die Domestizierung der Palästinenser. Auch die PLO sollte auf den Kurs der politischen Lösung verpflichtet werden<sup>37</sup>). Wegen des anfänglichen palästinensischen Widerstandes gegen die syrische Tutel wurde im September 1976 in Damaskus die Forderung nach einer Ablösung des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, laut; im November 1976 schlug die syrische Parteizeitung *Baith* sogar vor, die palästinensischen Kampforganisationen von der nächsten Sitzung des Palästinensischen Nationalrats auszuschließen (was vor allem auf die *Fatah* zielte), weil sie sich im Libanon diskreditiert hätten und unfähig seien, über eine Beteiligung an der Genfer Konferenz und die Etablierung eines kleinpalästinensischen Staates zu diskutieren<sup>38</sup>).

Mit derartigen Drohungen brauchte jedoch nicht ernst gemacht werden. Der Palästinensische Nationalrat stimmte auf seiner 13. Sitzung im März 1977 (zur gleichen Zeit, als Carter von der Notwendigkeit einer Heimstätte für die Palästinenser sprach) der Errichtung eines unabhängigen Nationalstaats in einem Teil Palästinas zu und erklärte die Bereitschaft zur Beteiligung an einer politischen Lösung des Palästina-Konflikts. Der bewaffnete Kampf sollte also nicht mehr der einzige Weg zur Durchsetzung der nationalen Interessen des palästinensischen Volkes sein<sup>39</sup>).

Nach diesem Beschluß, am 7. April 1977, wurde Arafat dann erstmals offiziell von Breschnew in Moskau empfangen, nachdem er zuvor schon zehnmal in der Sowjetunion ge-

wesen war, ohne daß ihm diese Ehre zuteil geworden wäre<sup>40</sup>). Denn die Sowjetunion, die 1947/48 maßgeblich an der Etablierung des Staates Israel beteiligt war, verfolgt keine Politik, die auf die Liquidierung Israels zielt. Sie ist bereit, zusammen mit den USA im Rahmen einer Globallösung auch den Bestand Israels zu garantieren. Dies wurde in der schon zitierten gemeinsamen amerikanisch-sowjetischen Erklärung vom 1. Oktober 1977 noch einmal klar zum Ausdruck gebracht. Die Garantie bestehender Grenzen ist zudem in der UN-Resolution 242 enthalten, welche Basis der Genfer Verhandlungen sein sollte.

Auch die PLO signalisierte schon im Sommer und Herbst 1977 mehrfach ihre Bereitschaft, die UN-Resolution 242 zu akzeptieren und damit implizit die Existenz Israels anzuerkennen, wenn dieses Dokument dahin gehend geändert würde, daß es anstelle von „Flüchtlingen“ vom „palästinensischen Volk“ und seinen nationalen Rechten sprechen würde<sup>41</sup>). Selbst der Machtwechsel in Israel brachte also die skizzierte Entwicklung nicht zu einem abrupten Ende, obwohl die palästinensischen Organisationen der sog. Ablehnungsfront, die von einer politischen Lösung (d. h. von Verhandlungen) nichts wissen wollten, ihre Linie voll bestätigt sahen, als Begin nach seinem Wahlsieg in die besetzten Gebiete eilte und dort von „befreitem Boden“ sprach<sup>42</sup>).

Der eigentliche Wettersturz trat erst nach der Sadat-Initiative ein. Als der ägyptische Präsident am 9. November 1977 in Kairo seine Bereitschaft erklärte, vor die Knesset zu treten, befand sich Arafat unter den ungläubig applaudierenden Zuhörern. Es dauerte einige Zeit, bis er sich faßte. Erst die Konferenz der sog. Verweigerungsfront in Tripolis im Dezember 1977 brachte eine Verhärtung der Positionen. Vor dem Zusammentritt dieser Konferenz hatte der PLO-Sprecher Labadi noch erklärt: „Wir sind nach wie vor bereit, unseren eigenen Staat auf dem Westufer und im Gaza-Streifen zu gründen; ... dies bedeutet ganz klar, daß wir bereit sind, mit dem Staat Israel zu koexistieren und in noch zu definierende Beziehungen mit ihm zu treten. Wir sind bereit, uns zu diesem Zweck zur Genfer Konferenz zu begeben unter der wohlverstandenen Bedingung, daß wir als legitime Repräsentanten des palästinensischen Volkes dorthin geladen werden.“<sup>43</sup>) Nach dem Gipfel jedoch ver-

<sup>37</sup>) Vgl. A. Schölch, Der libanesische Bürgerkrieg, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/77.

<sup>38</sup>) Le Monde, 9. 9. und 26. 11. 1976.

<sup>39</sup>) Jiryis, On Political Settlement, S. 3—7.

<sup>40</sup>) Le Monde, 9. 4. 1977.

<sup>41</sup>) Le Monde, 10. 8., 24. 9. und 2.—3. 10. 1977.

<sup>42</sup>) Le Monde, 21. 5. 1977.

<sup>43</sup>) Le Monde, 1.—2. 12. 1977.

kündete Abu Ijad: „Sadat und Begin haben die Genfer Konferenz begraben, an der teilzunehmen wir bereit waren, und sie sind deshalb verantwortlich für unsere neue Verhaltensweise.“ Die wahre Verweigerungsfront sei in Kairo, Jerusalem und Washington zu suchen. Die drei Regierungen strebten nicht nach einem dauerhaften Frieden, sondern wollten vielmehr eine Kapitulation der Palästinenser<sup>44)</sup>.

Das Politische Programm des 14. Palästinensischen Nationalrats vom Januar 1979<sup>45)</sup> stellt dementsprechend einen gewissen Bruch in der Entwicklung der politischen Linie der vier Jahre von Ende 1973 bis Ende 1977 dar. In der Präambel ist ausdrücklich wieder vom Recht des palästinensischen Volkes die Rede, „einen demokratischen Staat auf der *Gesamtheit* unseres nationalen Bodens zu errichten“ (dies sind Formulierungen, die der 13. Nationalrat nicht mehr gebraucht hatte), und es wird die Notwendigkeit betont, „den bewaffneten Kampf fortzusetzen und noch zu verstärken“. Der zentrale, mehrfach wiederholte Programmpunkt bleibt allerdings dem Programm von 1977 verpflichtet. Er lautet: „Wir halten fest an den unveräußerlichen nationalen Rechten unseres Volkes auf seine Heimat Palästina, an seinem Recht auf Rückkehr und auf

Selbstbestimmung auf seinem Boden ohne äußere Einmischung sowie an seinem Recht, ohne Vorbedingungen seinen unabhängigen Staat auf seinem Boden zu errichten.“ Diese Formulierungen lassen nach wie vor die Etablierung eines Staates in einem Teil Palästinas zu. Die Politik der letzten Monate macht auch deutlich, daß die PLO bereit ist, an den Diskussionsstand von 1977 anzuknüpfen — sofern sie Gesprächspartner finden sollte. So erklärte der Vertreter des Exekutivkomitees der PLO bei einem Kolloquium im September 1979 im Parlamentsgebäude in Rom, zu dem ein italienisches Allparteienkomitee eine israelische Delegation (darunter Knesset-Mitglied Uri Avneri) und eine Delegation der PLO eingeladen hatte, daß das Endziel nicht mehr der demokratische und laizistische Staat in Gesamtpalästina, sondern die Etablierung eines unabhängigen Staates in den besetzten Gebieten sei. Der Vorsitzende und andere Mitglieder des Exekutivkomitees der PLO haben zudem in vielen Variationen ihre Bereitschaft zur Koexistenz mit Israel erklärt und über die Bedingungen der gegenseitigen Anerkennung gesprochen<sup>46)</sup>. Daher überrascht es nicht, daß sich nach einer Anfang Oktober 1979 in Israel veröffentlichten Umfrage schon 28,6 % der Israelis für Friedensverhandlungen mit der PLO aussprachen<sup>47)</sup>.

## Sechs Thesen

Sechs zusammenfassende Thesen lassen sich formulieren:

1. Die nunmehr zwölfjährige Okkupation Rest-Palästinas, d. h. des Westufers und des Gaza-Streifens, hatte einen Wiedervereinigungseffekt für die drei palästinensischen Bevölkerungskomponenten, was ihre Identität, ihr politisches Bewußtsein und ihre nationalen Aspirationen anbelangt.
2. Die Aspirationen der Palästina-Araber in Israel und der Bevölkerung der besetzten Gebiete bilden (zusammen mit denen der unterprivilegierten orientalischen Juden) ein explosives Problemensemble, das einer Konsolidierung der israelischen Gesellschaft im Wege steht, schon allein in demographischer Hinsicht.
3. Unter den Bedingungen der gegenwärtigen israelischen Regierungspolitik gegenüber den besetzten Gebieten und den nationalen Aspi-

rationen der Palästinenser erscheint eine dauerhafte friedliche Lösung des Konflikts als unmöglich. Es ist zu einem Gemeinplatz der Tagespolitik geworden, daß das Kernproblem des Konflikts — das Schicksal der Palästinenser in ihrer Gesamtheit — durch den ägyptisch-israelischen Vertrag einer Lösung noch nicht nähergebracht wurde.

4. Die politischen Ziele der PLO können nicht als statische, unwandelbare Größe gesehen werden, wie dies bis vor kurzem noch weithin geschah; sie sind vielmehr im jeweiligen Kontext der politischen Entwicklung zu beurteilen. Sie sind auch eine Funktion regionaler und internationaler Konstellationen sowie der Politik bzw. des Drucks der arabischen Regierungen, von denen die PLO finanziell und militärisch abhängig ist.

5. Sowohl vor der Sadat-Initiative als auch wieder in jüngster Zeit hat die PLO ihre Be-

<sup>44)</sup> Le Monde, 6. 12. 1977.

<sup>45)</sup> Englischer Text in Journal of Palestine Studies, Nr. 31, 1979, S. 165—169.

<sup>46)</sup> Le Monde, 16.—17. 9., 18. 9., 28. 9., 3. 10. und 7.—8. 10. 1979.

<sup>47)</sup> Le Monde, 3. 10. 1979.

reitschaft erklärt, mit Israel zu koexistieren, unter bestimmten Bedingungen die Existenz des Staates Israel anzuerkennen und an dessen Seite einen palästinensischen Staat zu etablieren.

6. Ein dauerhafter Frieden ist weder gegen die Palästinenser noch ohne die Sowjetunion

möglich. Jede Globallösung und damit auch die Existenz Israels muß von der Sowjetunion mitgarantiert werden, weil ein Teil der arabischen Regierungen und bedeutsame soziale Kräfte in den arabischen Ländern eine Hegemonialstellung der USA im Vorderen Orient nicht hinzunehmen bereit sind.

## **Avner Yaniv: Schwierige Alternativen im arabisch-israelischen Konflikt. Zwischen einer zweiten Teilung und einem dritten Palästina-Staat**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/79, S. 3—16

Angesichts der Bemühungen, den Nahost-Konflikt zu lösen, zeichnet sich ein weltweiter Trend ab, für die Schaffung eines dritten palästinensischen Staates auf dem ursprünglichen Mandatsgebiet einzutreten. Demgegenüber besteht in Israel ein weitgehender Konsens zugunsten einer zweiten Teilung des historischen Mandatsgebietes, der die Schaffung eines zusätzlichen Staates diametral entgegensteht. Der Autor geht der Frage nach, welche dieser beiden Alternativen als praktische politische Lösung die vernünftigere wäre.

Zu Beginn werden die Hauptargumente für die Alternative „dritter Staat“ dargelegt. Im zweiten Teil werden dann die Argumente auf der Grundlage der Konzeption der Alternative „zweite Teilung“ auf ihre Stichhaltigkeit hin eingehend überprüft. Das Resultat der Analyse lautet, daß ein dritter Staat zwischen Jordanien und Israel nicht lebensfähig wäre und nicht zur Beilegung des Konflikts beitragen würde. Er könnte weder das Flüchtlingsproblem lösen, noch würde er die Energieprobleme des Westens oder die Gefahr einer Kollision der Supermächte im Nahen Osten aus der Welt schaffen. Seine einzige Chance läge in einer vollständigen Neufestsetzung der Zielvorstellungen der PLO. Wegen der inneren Gewaltstruktur und der ideologischen Plattform der PLO erscheint diese Umorientierung jedoch höchst unwahrscheinlich. Im historischen Kontext sind die derzeitigen palästinensischen Bestrebungen im Rahmen einer zyklischen Bewegung zu sehen, die seit jeher zwischen den beiden Polen „Panarabismus“ und „Palästina-zentrismus“ pendelt. Daher ist die „Palästinensische Revolution“ keine eigenständige Größe, sondern sie wird unmittelbar beeinflusst von dem jeweiligen Stand der labilen inter-arabischen Beziehungen.

Auf der Suche nach einer tragfähigen Alternative sollte man versuchen, einen Kompromiß zwischen einem „dritten Staat“ und einer „zweiten Teilung“ zu finden. So wäre eine Unterscheidung zwischen Israels strategischer und politischer Ostgrenze möglich. Während die strategische Grenze sich mit der Waffenstillstandslinie nach dem Sechs-Tage-Krieg decken sollte, d. h. mit dem Jordanfluß, könnte die politische Grenze möglicherweise mit den Linien vor Juni 1967 übereinstimmen. In der zwischen diesen Linien liegenden Zone könnte ein autonomes Gebiet für die Palästinenser errichtet werden, das mit Jordanien konföderativ verbunden wäre. Dieser Kompromiß wäre keine Ideallösung, erscheint aber als vernünftiger und durchführbarer Vorschlag.

## **Rolf Tophoven: PLO — Zwischen Terror und Diplomatie**

Aus Politik und Zeitgeschichte B 50/79, S. 17—34

Die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO kann seit dem letzten Nahostkrieg (Oktober 1973) auf internationaler Ebene einen wachsenden Prestigegewinn verzeichnen. Jüngstes Glied in der Kette politischer Anerkennung ist das Bündnis der PLO mit den Revolutionären im Iran. Durch die Interdependenz von Nahostkonflikt und westlicher Ölversorgung gewinnt die Allianz zwischen Khomeini und Yassir Arafat gefährliche Brisanz.

Während die PLO sich westeuropäischen und amerikanischen Gesprächspartnern gegenüber seriös gibt, kommt es in Nahost fast täglich zu Versuchen palästinensischer Kommandos, den Terror nach Israel hineinzutragen. Doch der nach dem Sechs-Tage-Krieg als Guerillastrategie konzipierte Kampf der Fedayin hat unter operativen Gesichtspunkten inzwischen allenfalls den „Stellenwert“ eines Bomben-Terrorismus erreicht. Auf politischer Ebene hat es die PLO nicht vermocht, die auf die Zerstörung Israels abzielenden Artikel in der „Palästinensischen Nationalcharta“ zu streichen. Dadurch versperrt sich die Palästinensische Dachorganisation vorerst alle Möglichkeiten, von Israel als Verhandlungspartner akzeptiert zu werden.

Das Unvermögen der PLO, sich in der Frage der Anerkennung Israels flexibler zu zeigen, wird vor allem durch zwei Faktoren bestimmt: einmal setzen die Gegner des ägyptisch-israelischen Friedensabkommens innerhalb der arabischen Welt auf die PLO als Speerspitze ihrer aggressiven Kampagne gegen Israel und Ägypten; zum anderen erlauben es die innere Zerrissenheit der PLO, ihre Zersplitterung in ein Establishment um Arafat und seine El Fatah sowie die weitgehend vom Irak und Libyen unterstützten Kräfte der sogenannten „Ablehnungsfront“ um die extrem linken Kreise eines George Habbash nicht, sich auf eine Existenz- und Anerkennungsformel für den Staat Israel zu einigen. Diese innerpalästinensische Konstellation wird im Westen oft falsch eingeschätzt oder gar nicht erst gesehen. Hinzu kommt, daß es Yassir Arafat angesichts versteckt vorgetragener, doch permanenter Drohungen, das Öl zu politischer Erpressung einzusetzen, leicht fällt, unter westeuropäischen Politikern Ansprechpartner zu finden. Geschickt gesetzte verbale „Konstruktionen“ betonen außerdem noch die „Friedfertigkeit“ der PLO. Doch die Äußerungen führender PLO-Vertreter, auch jene Arafats, gegenüber der arabischen Welt und ihren Medien klingen anders. Hier dominiert eine harte Haltung. Es gibt keine inhaltliche Kluft mehr zwischen den Reden des PLO-Führers und denen von George Habbash. Diese Widersprüchlichkeit im Verhalten der PLO-Spitze läßt Skepsis angebracht erscheinen.

## Alexander Schölch: Zum Selbstverständnis und zu den politischen Bestrebungen der Palästina-Araber seit 1967

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/79, S. 35—45

Der Beitrag geht von der Tatsache aus, daß die entwurzelten Palästinenser Opfer zweiten Grades des europäischen Antisemitismus und des deutschen Nationalsozialismus sind und daß daher auf Europa und insbesondere auf Deutschland eine Last historischer Mitverantwortlichkeit für das Palästina-Problem in seiner Gesamtheit ruht. Auf dieser Basis wird nach den politischen Aspirationen der Palästina-Araber gefragt. Zunächst wird das gewandelte politische Selbstverständnis der Araber in Israel untersucht, sodann die Haltung der Palästinenser in den besetzten Gebieten dokumentiert; schließlich wird die Politik der PLO beleuchtet.

Allgemein muß festgehalten werden, daß die nunmehr zwölfjährige Okkupation des Westufers und des Gaza-Streifens einen Wiedervereinigungseffekt für die drei palästinensischen Bevölkerungskomponenten hatte (Palästina-Araber in Israel, in den besetzten Gebieten und außerhalb des ehemaligen Mandatsgebietes Palästina), was ihre Identität, ihr politisches Bewußtsein und ihre nationale Aspirationen anbelangt. Die Mehrheit der Araber in Israel wurde seit 1967 wieder zu selbstbewußten Palästinensern, die auf ihre Rechte als nationale Minderheit pochen. Das Westufer nabelte sich politisch von Jordanien ab; die große Mehrheit der Bevölkerung der besetzten Gebiete bekennt sich zur PLO und fordert die Etablierung eines unabhängigen Palästina-Staates auf dem Westufer und im Gaza-Streifen. Indem sie sich seit 1974 auf diese „kleinpalästinensische Lösung“ einließen, vollzogen auch der Palästinensische Nationalrat und das Exekutivkomitee der PLO einen grundlegenden Kurswechsel, der heute die Bereitschaft zu einer auf dem Verhandlungsweg zu findenden Form der Koexistenz mit Israel einschließt. Der Beitrag sagt nichts Neues, wenn er zu dem Schluß kommt, daß der so oft beschworene „gerechte und dauerhafte Frieden im Nahen Osten“ ohne die Mitberücksichtigung der Hoffnungen und Forderungen aller drei palästinensischen Bevölkerungskomponenten nicht erreicht werden kann.